7&8/2017

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

36 Seiten Sonderteil zum 64. Österreichischen Gemeindetag und der Kommunal-messe 2017 – zum Herausnehmen
ab Seite 45

Pflegeregress ist Geschichte

Die Abschaffung der Regressmöglichkeit stellt die Pflegefinanzierung vor neue Herausforderungen – Gemeinden und vor allem Länder sind davon stark betroffen.
Seite 12

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90 | Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstraße 6

Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M
ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432

Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

DAS VERANLAGUNGSANGEBOT DER KOMMUNALKREDIT FÜR GEMEINDEN UND GEMEINDENNAHE UNTERNEHMEN.

KOMMUNAL KREDIT DIREKT

Veranlagen Sie mit Kommunalkredit Direkt!

Attraktive Zinsen

Attraktiv.

Die Kommunalkredit bietet **attraktive Zinsen**, fix für die gewählte Laufzeit.

Einfach.

Schon ab einem Betrag von EUR 20.000,- und einem Zeitraum ab einem Monat können Sie die Termineinlage online durchführen.

Schnell.

Mit **Kommunalkredit Direkt** haben Sie **rund um die Uhr** Überblick über Ihre Finanzen.

Kostenfrei.

Die Abwicklung erfolgt kostenfrei – ohne Verrechnung von Kontoführungsprovisionen, Spesen oder Gebühren. Was bleibt, ist Ihr Ertrag.

Mehr Infos und Anmeldung:

Hotline +43 1 / 31 6 31-750 **E-Mail** kommunalkreditdirekt@kommunalkredit.at
Internet www.kommunalkreditdirekt.at

KOMMENTAR

WER ANSCHAFFT, **SOLL AUCH ZAHLEN**

Den Gemeindetag in Salzburg habe ich zum ersten Mal in meiner neuen Rolle erleben dürfen. Es war ein unglaubliches Erlebnis, ich danke den vielen Gemeindevertreter/innen, die mit dabei waren und damit auch ein großes Zeichen gesetzt haben, das man bis Wien gehört und gesehen hat.

Gerade in Vorwahlzeiten ist das besonders wichtig, denn das sind oft jene Zeiten, in denen man den Eindruck gewinnt, dass Geld abgeschafft ist. Hier ein Wahlzuckerl, dort ein Versprechen, am Ende kostet das den Gesamtstaat viel Geld, sehr oft sind wir in den Gemeinden davon betroffen.

Ein exemplarisches Beispiel dafür ist die Abschaffung der Regressmöglichkeit für die Pflege. In seltener Einigkeit hat die Bundesregierung diesen Beschluss gefasst, mitgetragen sogar von einigen Oppositionsparteien. Mit den Folgen haben wir in den Gemeinden und Bundesländern zu kämpfen. Wir müssen und wir werden sehr genau darauf achten, dass uns daraus mittel- und langfristig keine zusätzlichen Kosten entstehen. In die politische Debatte und Bewertung dieses Themas will ich mich gar nicht einmischen. In die Kostenfolgen müssen wir uns einmischen, sonst bleiben wir am Ende auf sehr hohen Summen sitzen. Denn eines ist klar und wird von allen Experten prognostiziert: Wenn der Pflegeregress weg ist, dann wird der Druck und Zustrom in die Pflegeheime merkbar ansteigen. Das bedeutet daher auch, dass es nicht nur um den Einnahmenentfall aus dem Regress geht, es geht in hohem Ausmaß auch um die notwenige Errichtung neuer Pflegeplätze. Wenn der Bedarf steigt, dann brauchen wir diese Plätze und natürlich auch das zusätzliche Personal dafür. Das wird viel Geld kosten, das sollte die Bundesregierung wissen. Und wie in vielen anderen Fällen, sollte in diesem Fall ganz besonders gelten: Wer anschafft, der muss auch zahlen! Darauf werden wir sehr genau achten.

Es gibt auch Erfreuliches zu berichten: Nach langem Kampf ist es uns gelungen, eine seit Jahren bestehende Ungerechtigkeit endlich zu beseitigen: Künftig steht auch den Mitgliedern unserer Feuerwehren der kostenfreie Zugang zu Hepatitis-Schutzimpfungen zur Verfügung. Für viele andere Berufsgruppen und Einsatzorganisationen war das schon bisher so. Ich bin froh, dass nun auch die Feuerwehren diese Möglichkeit haben.

Ich danke Ihnen für Ihr großes Engagement in den Gemeinden, für die vielen persönlichen Begegnungen am Gemeindetag in Salzburg und die guten Wünsche, Ideen und Anregungen, die Sie mir schicken. Bitte arbeiten Sie weiterhin mit dieser Kraft und diesem Engagement in Ihren Gemeinden.

> **„WIR MÜSSEN UND WIR WERDEN SEHR GENAU DARAUF ACHTEN,** DASS UNS AUS DER ABSCHAFFUNG DER REGRESSMÖGLICHKEIT MITTEL- UND LANGFRISTIG KEINE ZUSÄTZLICHEN KOSTEN ENTSTEHEN.“

MAG. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
alfred.riedl@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Delegierten des 64. Österreichischen Gemeindetages haben eine Veranstaltung der klaren Worte erlebt. Vor allem, weil Wahlkampf in der Luft lag – die halbe Regierung war anwesend und wusste sich mit Versprechen und Ankündigungen den Gemeinden perfekt zu präsentieren. Aber die Erfüllung solcher Wahlzuckerln wird ja – wie die Gemeinden aus leidvoller Erfahrung wissen – allzu oft auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen. Tenor der Gemeindevertreter: Die zusätzlichen Kosten muss jedenfalls der Bund tragen, diejenigen, die das beschlossen haben!

Diese Debatten konnten jedoch die gute Stimmung auf der Kommunalmesse, die gemeinsam mit dem Gemeindetag stattfand, nicht trüben. Rund 200 Aussteller zeigten auf mehr als 12.000 m² Ausstellungsfläche innovative Produkte und Dienstleistungen, die es den Kommunen ermöglichen, das „Leben im digitalen Dorf“ zu meistern, wie auf der Fachtagung diskutiert wurde.

Sollten Sie den Gemeindetag versäumt haben, können Sie hier auf 36 Seiten – auch zum Herausnehmen – alle wichtigen Highlights nachlesen. Wir freuen uns schon jetzt auf ein Wiedersehen beim nächsten Gemeindetag mit Kommunalmesse Ende September 2018 in Dornbirn!

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

/12

Der Pflegeregress ist Geschichte

Die Abschaffung des Regresses stellt die Finanzierung vor neue Herausforderungen

/45

Salzburg: 64. Gemeindetag und Kommunalmesse 2017

Auf 36 Seiten finden Sie alles, was es über den 64. Österreichischen Gemeindetag und die Kommunalmesse 2017 zu wissen gibt

INHALT

/82

Thalgau und seine Begegnungszone

Die Flachgauer Gemeinde Thalgau setzt neue Maßstäbe in Sachen Begegnungszone

/102

Fahrdienstleiter wurde Ortschef

Andreas Haitzer leitet die Geschicke von Schwazach im Pongau

FOTOS: // KOMMUNAL // www.christof-reich.com // shutterstock/Chayantorn Tongmorn

KOMMUNAL 07-08/2017

MEINUNG

„Schwieriger als gedacht“ 6
Gemeindebund-General Walter Leiss über so manch naive Vorstellung zur „Aufgabenorientierung“

POLITIK & RECHT

Breitbandoffensive 16
Wie Gemeinden zum Vorsteuerabzug aus Vorleistungen kommen

Schritt für Schritt 18
Der Fahrplan zum neuen Haushaltsrecht nimmt Konturen an

Feuerwehr: Kommt das Aus für Mehrwertsteuer? 22
Mit der eklatanten steuerlichen Benachteiligung von Feuerwehren könnte jetzt Schluss sein

GEMEINDETAG & MESSE

„Hausverstand und zehn Gebote“ 46
Die Aussagen am 64. Österreichischen Gemeindetag waren ein klarer Auftrag

Deutliche Worte 51
Die Resolution des Gemeindetages

Kommunalmesse steht für Innovation 52
Ein Rundgang durch die Leistungsschau für die Kommunalwirtschaft

GESTALTEN & ARBEITEN

Wie Digitalisierung Gemeinden revolutioniert 94
Interview mit Matthias Lichtenthaler, Leiter der „Digitalen Transformation im Bundesrechenzentrum“

LAND & LEUTE

Gemeinden & Social Media: Neue Strategien fehlen 104
Neue Strategien sind gefragt

Selbstfahrende Fahrzeuge unterwegs 109
Das Kuratorium für Verkehrssicherheit fasst die wichtigsten Fragen zusammen

Verfallen und vergessen 110
Neues Buch beschreibt „Lost Places“ in der Alpen-Adria-Region

Aus den Bundesländern 112

Personalia, Termine und Impressum 116

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

A1 Telekom Austria AG	93	Liebherr-Werk Bischofshofen GmbH	89
Blühendes Österreich	91	Murexin	97
Bundesministerium für Finanzen	41	Österreichische Apothekerkammer	92
Bundesministerium für Inneres	34	Österreichische Post AG	99
Forum Mobilkommunikation	81	RIS GmbH	98
IG Lebenszyklus Hochbau	119	TÜV Austria CERT GMBH	90

WAHLRECHTSREFORM

DIE WIRREN IM AUFGABENORIENTIERTEN FINANZAUSGLEICH

Die aufgabenorientierte Finanzierung ist eine langjährige Forderung verschiedener Finanzausgleichspartner, aber auch externer Institutionen. Auch der Österreichische Gemeindebund hat die Forderung nach einem aufgabenorientierten Finanzausgleich unterstützt, allerdings immer verknüpft mit einer ebenfalls notwendigen Aufgabenreform. Die aufgabenorientierte Finanzierung bedeutet, dass die Ertragsanteile nicht nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel, abgestellt auf Hauptwohnsitzer und Gewichtungsfaktoren (ABS), sondern nach anderen Kriterien erfolgen soll. Wer bestimmte Aufgaben erledigt, soll die dafür erforderlichen Mittel erhalten, und wer mehr erbringt, soll auch mehr Geld erhalten. Weshalb die Forderung nach einer aufgabenorientierten Finanzierung von unterschiedlichen Seiten vorgebracht wurde, lässt sich damit begründen, dass ein jeder etwas anderes darunter verstanden hat. Insgesamt war die Erwartung, mehr Mittel aufgrund der Aufgabenorientierung als nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel zu erhalten, immer ausschlaggebend. Keiner hat in diesem Zusammenhang jedoch die Frage gestellt, um welche Aufgaben, die gesondert finanziert werden sollten, es sich handelt. Die Aufgaben und das, was die Gemeinden für ihre Bürger leisten, sind sehr unterschiedlich. Unterschiede ergeben sich zwischen ländlichen und städtischen Gemeinden und sogenannten reichen und armen Gemeinden. Nicht jede „Aufgabe“ bzw. Leistung, die von Gemeinden bereitgestellt wird, kann über einen derartigen Verteilungsmechanismus finanziert werden. Man muss zwischen sogenannten Basis- oder Pflichtaufgaben, die jede Gemeinde zu erfüllen hat, und freiwilligen Aufgaben und Leistungen, die zur Standortverbesserung und -attraktivierung dienen, unterscheiden. Zusätzlich ist es erforderlich, gewisse Normkosten und Benchmarks einzuführen, da nicht automatisch jeder Aufwand ersetzt werden kann.

Diese für eine aufgabenorientierte Finanzierung notwendige Vorarbeit wurde noch nicht geleistet. Es besteht noch keine Einigung darüber, was als Basis/Pflichtaufgaben und darüber hinausgehende Aufgabenerfüllung anzusehen ist. Es erscheint auch schwierig, nur einen Teilaspekt herauszunehmen, der aufgabenorientiert finanziert wird, und damit in die finanzielle Beziehung nur partiell einzugreifen. Die gesamte finanzielle Situation der Gemeinden ist nämlich zu berücksichtigen. Zwangsläufig sind mit einer aufgabenorientierten Finanzierung finanzielle Verschiebungen verbunden, die keiner hinnehmen will und kann.

„Der aufgabenorientierte Finanzausgleich kann nicht bedeuten, dass sich die **Gemeinden den damit verbundenen Mehraufwand selbst finanzieren.**“

Wie komplex die Sachlage ist, zeigen die Verhandlungsrunden bei der aufgabenorientierten Elementarpädagogik. Zuerst mussten die entsprechenden Daten erhoben, ergänzt und geprüft werden. Gleichzeitig war man mit verschiedenen Begrifflichkeiten konfrontiert, da Kinderbetreuungseinrichtungen in den Bundesländern durchaus unterschiedlich bezeichnet und betrieben werden. Nicht berücksichtigt waren beispielsweise auch Tagesmütter, die einen Teil der institutionellen Kinderbetreuung erbringen und auch von Gemeinden finanziert werden. Überhaupt ist die Gesamtfinanzierungssituation länderweise unterschiedlich. In Niederösterreich werden beispielsweise die Kindergartenpädagoginnen vom Land als Personalsubvention zur Verfügung gestellt. In anderen Ländern wird in unterschiedlichem Ausmaß ein finan-

zieller Zuschuss gewährt. Darüber hinaus ist es sehr schwierig, die Zuordnungskriterien für die aufgabenorientierte Finanzierung zu finden. Ist Grundlage die Anzahl der Kinder, der Gruppen, der Öffnungszeiten, der Schließtage, der Betreuung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache etc.? Wie werden Aufwendung anderer Art, wie Transportkosten für Gemeinden ohne Standort eines Kindergartens, berücksichtigt?

Viele Kriterien und Anknüpfungspunkte, die insgesamt ein sehr komplexes System nach sich ziehen. Die Daten, die einem derartigen Modell zugrunde gelegt werden, müssen nachvollziehbar und valide sein. Sie unterliegen auch entsprechenden Veränderungen, was eine Anpassung erfordert. Besonders schwierig ist der Umstand, dass die aufgabenorientierte Finanzierung aus einem Anteil der Gemeindeertragsanteile erfolgen soll. Ein bestimmter Prozentsatz soll vorweg abgezogen und nach diesen Kriterien aufgeteilt werden. Ausgehend vom Status quo gibt es damit Befürchtungen, dass diejenigen bestraft werden, die jetzt schon ein hohes Angebot bereithalten und deswegen, weil andere dann aufholen, weniger Mittel erhalten. Aber auch diejenigen, die wegen geringer Kinderzahl ihr Angebot reduzieren müssen, haben die Befürchtung, dann weniger Mittel aus dem Finanzausgleich zu erhalten.

Damit zeigt sich, dass die aufgabenorientierte Finanzierung nicht so einfach umsetzbar ist. Wenn mit der Aufgabenorientierung auch eine Verbesserung des Angebots einhergehen soll, bedarf es zusätzlicher Mittel. Aber weder eine Integration der § 15a-Mittel, die der Bund bereitstellt, noch eine dauerhafte Absicherung dieser Mittel, noch zusätzliche Mittel für diese Aufgabe sind vorgesehen. Über die Auswirkungen des diskutierten 2. verpflichtenden Kindergartenjahres wurde überhaupt noch nicht gesprochen.

Der aufgabenorientierte Finanzausgleich kann aber nicht bedeuten, dass mehr Kinderbetreuungseinrichtungen mit höherer Qualität bereitgestellt werden und die Gemeinden sich den damit verbunden Aufwand selbst finanzieren.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss @gemeindebund.gv.at

Setzen Sie ein Zeichen für mehr Sicherheit.

2017 INFRASTRUKTUR WETTBEWERB DER GEMEINDEN

Jetzt mitmachen beim Infrastruktur Sicherheits-Check der Gemeinden.

Wie sicher ist Ihre Gemeinde in den Bereichen Grundversorgung, Gebäude oder Verwaltung? Verschaffen Sie sich Gewissheit. Denn die Wiener Zeitung und der TÜV Austria durchleuchten gemeinsam mit Ihnen die Infrastruktur Ihrer Gemeinde für Ihre Sicherheit. Die Teilnehmer mit der besten Performance werden im Rahmen einer feierlichen Gala am 18. Jänner 2018 im Marmorsaal des Wiener Belvedere gekürt. Mehr Info unter **wienerzeitung.at/sicherstegemeinde**

Unser Partner: TÜV AUSTRIA

wienerzeitung.at

WIENER ZEITUNG
Zusammenhänge verstehen

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER

Das virtuelle Gemeindeamt soll allen offen stehen

Die aktuelle Ausgabe des KOMMUNAL setzt sich mit dem Rückblick auf den Österreichischen Gemeindetag auseinander und beschäftigt sich zudem mit den Zukunftsbereichen IT und E-Government. Der Gemeindetag stand auch dieses Jahr wieder im Zeichen des Austauschs zahlreicher kommunaler Agenden. Während der konstruktiven und unterhaltsamen zweitägigen Veranstaltung wurde neben vielen Attraktionen unter anderem der aktuelle Gemeindeinvestitionsbericht vorgestellt. Dieser bestätigt eine durchaus optimistische Sichtweise, wenn es um die Investitionen innerhalb der Gemeinden geht. Vor allem die Zukunftsbereiche IT und E-Government sollen demzufolge verstärkt in den Fokus der Entscheidungsträger gelangen und gefördert werden. Eine besondere Rolle spielt hierbei auch die interkommunale Zusammenarbeit und die Kooperation mit privaten Partnern, da größere Investitionen im Vorfeld oftmals intensiver Beratung bedürfen. Interne Fortbildungen, die das Know-how der Entscheidungsträger verbessern, bilden dabei eine wichtige Grundlage, um anwenderbezogene Designs für den Gemeindebereich hervorzubringen. Maßgeschneiderte Lösungen ermöglichen die einfachere Handhabbarkeit künftiger Herausforderungen auf kommunaler Ebene.

Der aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend zeigt zudem, dass eine transparente Verwaltung einen positiven Einfluss auf die Gemeinde hat. Neben den unverzichtbaren und wertvollen persönlichen Kontakten soll die Konzentration auf die Schwerpunkte IT und E-Government das virtuelle Gemeindeamt für jedermann öffnen. Im Sinne einer positiven Entwicklung sind vor allem auch die Themen Datenschutz und Anti-Korruption zu beachten. Mit den Erkenntnissen, die aus dem Gemeindeinvestitionsbericht hervorgehen, steht einer stabilen, transparenten und zugleich digitalisierten Zukunft nichts im Wege.

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

„Wasser in Gefahr!"-Aufschrei im Sommer 1992

Alarm bei den Bürgermeistern, bei den Planern, der Industrie, bei den Bürgern: Die notwendigen Ausgaben für Abwasserbeseitigung und die Bereitstellung von Trinkwasser werden im nächsten Jahrzehnt explodieren, die finanzielle Bedeckung aber ist höchst unsicher."
Mit diesen drastischen Worten hatte Franz Romeder, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, schon zum Jahreswechsel 1991/92 Alarm geschlagen. Auf Grund des neuen Wasserrechts musste damals binnen zehn Jahren der Großteil der bestehenden Kläranlagen saniert und tausende Kilometer Kanal neu abgedichtet werden. Zusammen mit den dafür notwendigen Neubauten berechnete der Gemeindebund damals einen Finanzbedarf von rund 200 Milliarden Schilling – das wären heute rund 14,5 Milliarden Euro. Und das, ohne Berücksichtigung der Inflationsentwicklung! Vermutlich würde der Betrag dann eher bei 20 Milliarden Euro liegen.

Romeder machte damals klar, dass eine derartig riesige Aufgabe ein Bundesanliegen sei und von den Gemeinden nicht finanziert werden könne. Eine Sichtweise, die der damalige oö. Landesrat(!) Josef Pühringer mit den Worten unterstrich, dass „sich der Bund nicht aus der Verantwortung stehlen könne".

Und Erwin Pröll, damals LH-Stellvertreter, betonte, dass „unrealistische Fristen und Finanzierungsformen fallen sollen, weil damit der Umwelt mehr geschadet als genützt wird." Pröll schlug einen Prioritätenkatalog vor, der den Gemeinden einen zumutbaren Zeitplan für Investitionen ermögliche. Je nach Dringlichkeit sollten Fristen stufenweise in Kraft treten und die Fördermittel des Bundes darauf abgestimmt werden.

Raiffeisen
Meine Bank
Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL
SERVICE
für die Zukunft der Region
Wenn’s um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.
Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften. www.raiffeisen.at

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„Ich sehe das als wirkliches **Versprechen oder Signal an die jungen Leute.“**

Thomas Stelzer,
für Finanzen zuständiger Landeshauptmann Oberösterreichs, zur Schuldenbremse, die mit dem Budget 2018 eingeführt wird.

„Die Verbandsleitung ist **mit 58,728 Kilometern** an Glasfaserkabeln **praktisch fertig verlegt.“**

Hans-Peter Bock,
Bürgermeister von Fließ und Obmann des Gemeindeverbands Breitbandversorgung Oberes Gericht. Zusammengerechnet wurden bisher 800.000 Euro aufgewendet. Mehr auf **www.gemeindeverband-tirol.at**

„Ich will **die Barrieren niederreißen.“**

Jörg Leichtfried,
Infrastrukturminister, will laut „Kurier“ Bürokratie, Informationsdefizit und Verfahrensdauer für den Ausbau der Breitband-Infrastruktur eindämmen und die Verfahrensdauer von 18 auf zehn Monate drücken.
kurier.at/wirtschaft/beim-breitbandausbau-lassen-gemeinden-foerderungen-liegen/268.295.262

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

KROATIEN

Touristen mussten auf Steinen sitzen

Wegen der Kommunalwahlen in Kroatien können derzeit an den großen Stränden des jüngsten EU-Mitgliedslandes keine Liegestühle und Sonnenschirme ausgeliehen und aufgestellt werden. Weil erst Anfang Juni in einer zweiten Wahlrunde entschieden wurde, welche Partei die Bürgermeister stellt, wurden bis Anfang Juni oft noch keine Konzessionen für das Aufstellen von Liegen und Schirmen erteilt. Denn die Aufträge dazu werden traditionell an enge Parteifreunde vergeben, die sich im Gegenzug gegenüber der Partei spendierfreudig zeigen.
Trotz der angelaufenen Sommersaison müssen die Urlauber derzeit auf dem meist harten Boden Platz nehmen – oder selbst die Ausrüstung mitbringen. Auf der Insel Brac löste die frühzeitige Konzessionsvergabe für den weltberühmten Strand „Goldenes Horn“ an eine Firma aus dem entfernten Zagreb einen politischen Skandal aus, im Zuge dessen die Regierung den zuständigen Regionalverwaltungschef seines Amtes enthob.
Mehrere Politiker fordern nun eine grundsätzliche Gesetzesänderung. Jene der regierenden rechtskonservativen HDZ verwiesen gegenüber der Tageszeitung „Vecernij list“ aber auch darauf, dass das bestehende Gesetz ihnen wenig Spielraum lasse. Ein Lokalpolitiker der Opposition forderte gegenüber der Zeitung, alle Konzessionen zu prüfen.

http://orf.at/stories/2393866/2393875/

SCHWEDENS BAHN FÄHRT UNTER DIE HAUT

Schwedens Staatsbahn bietet den Ersatz von Tickets durch Chip-Implantate in der Hand an. Bis zu 2000 Personen ließen sich das schon einsetzen. Firmen „chippen“ laut einem Bericht auf „Die Presse“-Online sogar Mitarbeiter.

Schweden hat Bargeld bereits weitgehend abgeschafft, nun kommen Fahrkarten dran – und zwar unter die Haut. Vor allem in der Businessclass der staatlichen Bahn SJ AB gibt es immer mehr Reisende zu sehen, die nicht mehr Tickets hervorkramen, sondern nur eine Hand Richtung Kontrolleur halten. Dieser zückt eine Art Sensor, hält ihn über die entgegengereckte Hand – und liest so die Informationen eines winzigen elektronischen Dauerfahrscheins aus, der unter der Haut steckt.

http://diepresse.com/home/ausland/welt/

FOTOS: // ÖVP // shutterstock // Wikipedia/Julia Hitthaler // SPÖ/Bea Uhart // Bildquelle youtube

ENERGIE ALLIANZ AUSTRIA

ÖSTERREICHS GEMEINDEN BRAUCHEN ZUVERLÄSSIGE PARTNER. DAMALS WIE HEUTE.

Die großen Themen der Gesellschaft werden damals wie heute vom technologischen Fortschritt getragen. Die Unternehmen der EnergieAllianz Austria, Österreichs führendem Energievertrieb für Strom und Erdgas, begleiten: 3 Landeshauptstädte, 5 Statutarstädte, 88 Stadtgemeinden, sowie 656 Gemeinden – durch die Herausforderungen der Energiewende. Mit verantwortungsvoller Preispolitik, speziellen Energieberatungen sowie 100% Ökostrom aus Österreich sind wir ein zuverlässiger Partner für unsere Kunden aus der öffentlichen Verwaltung. Die EAA vereint das unternehmerische Know-How und die über 100-jährige Erfahrung unserer Gesellschafter: ENERGIE BURGENLAND; EVN; WIEN ENERGIE

INFO: 01 90410-0 ODER OFFICE@ENERGIEALLIANZ.AT
WWW.ENERGIEALLIANZ.COM

energie BURGENLAND

EVN

WIEN ENERGIE

POLITIK & RECHT

BREITBAND
Vorsteuerabzug aus Vorleistungen
Seite 16

HAUSHALTSRECHT
Zeitplan nimmt Konturen an
Seite 18

FEUERWEHREN
Kommt das Aus für die Mehrwertsteuer?
Seite 22

DER PFLEGEREGRESS IST GESCHICHTE

Die Abschaffung der Regressmöglichkeit für Pflegepatienten und ihre Angehörigen stellt die Pflegefinanzierung vor neue Herausforderungen. Länder und Gemeinden sind vom Wegfall dieser Möglichkeit stark betroffen. Und die Kosten steigen in den kommenden Jahren massiv.

TEXT/ Daniel Kosak

Mit Mehrheitsbeschluss haben die Parlamentsparteien Ende Juni den sogenannten Pflegeregress abgeschafft. Bislang konnten die Bundesländer, die in der Regel Betreiber der Pflegeheime sind, auf das Vermögen von Pflegepatienten, zum Teil auch auf Vermögenswerte von Angehörigen oder Erben zugreifen. Damit, sowie mit dem Zugriff auf Pensionen und Pflegegeld der Patienten, wurde die Pflegebetreuung finanziert.

Die Gemeinden wiederum sind in fast allen Bundesländern an der Kofinanzierung der Pflege beteiligt. Dies geschieht über das Umlagesystem aus den Sozialbudgets, teils auch über Sozialverbände. „Wir hatten in diesem Bereich ja schon in den letzten Jahren sehr merkbare Steigerungen", weiß Gemeindebund-Chef Alfred Riedl. „Die Sozialbudgets der Kommunen beinhalten die Finanzierung der Pflege, aber auch die Kosten für die Mindestsicherung. In beiden Bereichen steigen die Kosten, zum Teil im zweistelligen Prozentbereich pro Jahr."

Erst vor wenigen Tagen hat der Fiskalrat eine umfangreiche Studie vorgelegt, in der verschiedene Szenarien berechnet werden. Ohne Gegenmaßnahmen, so der Fiskalrat, liegen die Pflegekosten im Jahr 2021 um 685 Mio. Euro höher als bislang budgetiert wurde. Das würde auch den sogenannten „Kostendämpfungspfad", zu dem Länder und Gemeinden im Finanzausgleich verpflichtet wurden, deutlich überfordern. Dieser Pfad erlaubt Steigerungen der Bruttoausgaben für Pflege in diesem Zeitraum von 3,6 Mrd. auf 4,5 Mrd. Euro. Mit den prognostizierten Steigerungen steigen diese Kosten aber auf 5,2 Mrd. Euro.

Der Beitrag des Bundes beträgt etwas mehr als die Hälfte der öffentlichen Mittel für das Pflegewesen (im Bereich der Altersleistungen). Im Jahr 2021 liegt der Finanzierungsanteil der Länder und Gemeinden bei zumindest 52% (Bund: 48%). Dabei steigt die Dotierung der Pflegefondsmittel – ausgehend von 350 Mio. EUR (Bundesanteil 2/3; Anteil der Länder und Gemeinden 1/3) in den Jahren 2016 und 2017 – bei einer jährlichen Valorisierung um 4,5% schrittweise auf 417 Mio. EUR bis zum Jahr 2021 an. Der Pflegefonds läuft in der derzeitigen Form jedoch Ende 2021 aus, sodass eine nachhaltige Finanzierungslösung nach 2021 erforderlich ist.

Der steigende Bedarf an Pflegeleistungen ergibt sich hauptsächlich aus der demographischen Entwicklung der Bevölkerung. Derzeit sind rund fünf Prozent der Menschen älter als 80 Jahr, im Jahr 2060 steigt dieser Anteil auf elf Prozent. Damit erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass deutlich mehr Menschen pflegebedürftig werden. Dazu kommt, so schreibt der Fiskalrat, dass aktuell ein sehr großer Teil der Patienten daheim von Angehörigen, mit Hilfe mobiler Pflegedienste oder durch Hauspflegekräfte betreut werden. „Mit dem Wegfall der Regressmöglichkeit wird der Zustrom in die Pflegeheime spürbar zunehmen", sagt Riedl. Der Fiskalrat belegt diese Befürchtung in seiner Studie. Der Trend zur formellen Pflege werde u. a. auch aufgrund der steigenden Frauenerwerbsquote und der Zunahme von Einpersonenhaushalten steigen. Professionelle häusliche Pflege und institutionelle Pflege- und Betreuungsleistungen würden an Bedeutung gewinnen. Je nach berechnetem Szenario verdoppeln sich bis 2060 die Kosten in Prozent des BIP auf bis zu 3,59 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Auch der Ökonom Gottfried Haber meldete sich in dieser Debatte zu Wort. Es werde eine

DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG KOMMUNIKATION & MEDIEN IM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND.

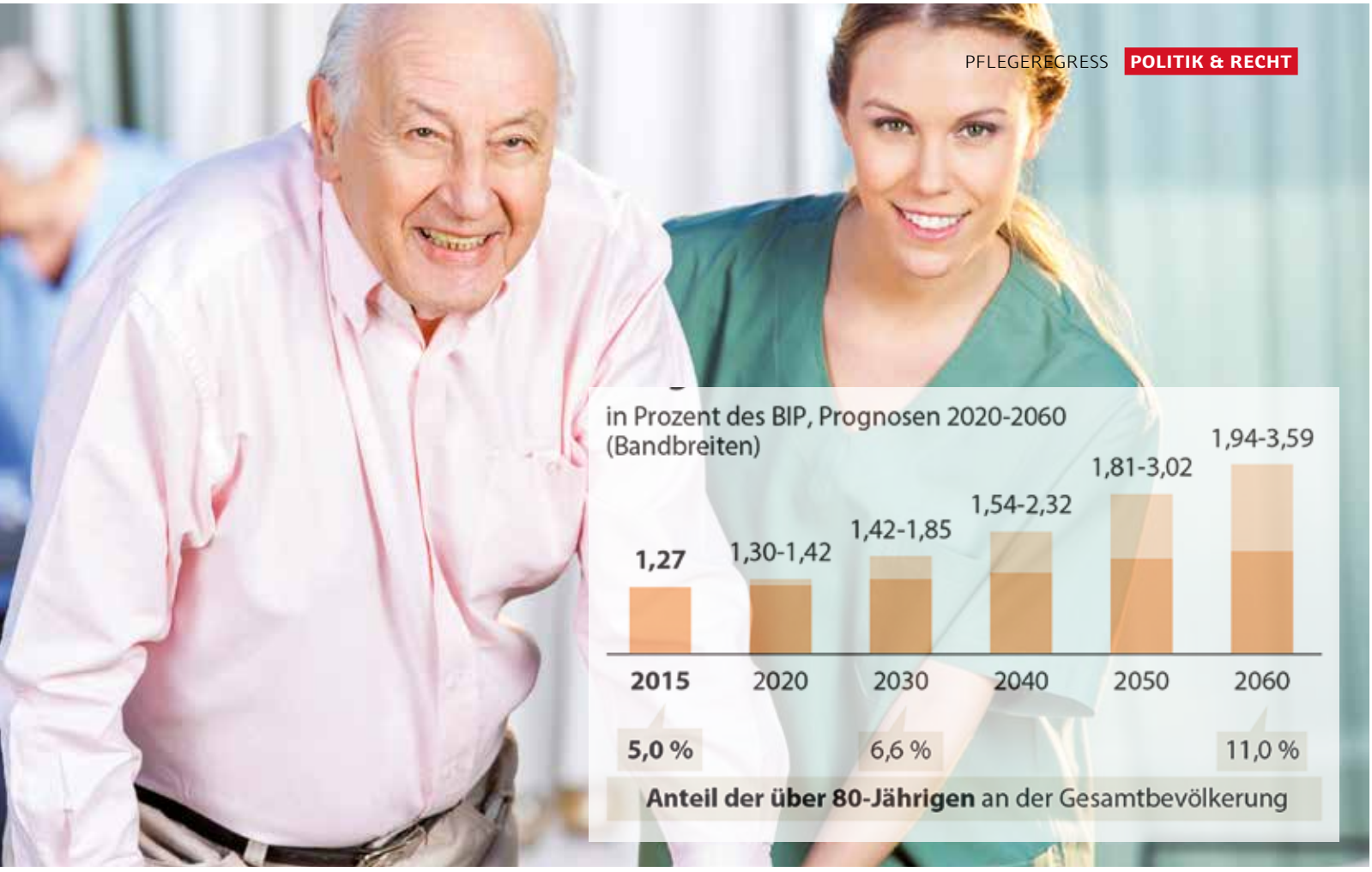


FOTO: Shutterstock/napocska

steigende Nachfrage nach Heimplätzen geben. „Viel wesentlicher aber ist, dass wir immer länger leben, aber nicht notwendigerweise immer gesünder werden. Es wird langfristig einen enormen Mehrbedarf an Pflege geben", so Haber in einem ORF-Interview.

„Die Zahlen sprechen also eine eindeutige Sprache", sagt Riedl. „Wir halten uns aus der politischen Debatte diesbezüglich als Gemeindevertreter heraus. Wenn der Bund den Ländern künftig den Regress verbietet, dann ist das sein gutes Recht als Gesetzgeber. Es ist dann aber auch seine Verpflichtung, dass die dadurch wegfallenden Mittel den Ländern und Gemeinden ersetzt werden", so Riedl. Alles andere wäre unverantwortlich. „Ich habe am Gemeindetag sehr genau zugehört, als Sebastian Kurz in diesem Zusammenhang versprochen hat: ‚Wer anschafft, der zahlt auch'."

Die Probleme, erklärt Riedl, liegen ja nicht allein im Entfall der Mittel, die man durch fehlende Regressmöglichkeiten nicht mehr zur Verfügung habe. „Der Entfall wird den Zustrom in die Pflegeheime ganz erheblich erhöhen, wenn nicht mehr aufs Vermögen zugegriffen werden kann. Das bedeutet, dass wir mehr Betreuungsplätze, mehr Infrastruktur, mehr Pflegepersonal brauchen." Vor wenigen Tagen hat die Vorarlberger Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) die Kosten für ihr Bundesland hochgerechnet. Die Abschaffung des Regresses bringe ihr Bundesland in eine völlig neue Situation. Man habe eigentlich keinerlei Ausbaupläne bis 2025 gehabt. Nun müsse man neu planen. Der Regressentfall koste das Ländle 8,5 Mio. Euro. Der nun notwendige Neubau von Kapazitäten rund 20 Mio. Euro, die zusätzlichen Betriebskosten weitere neun Mio. Euro. Macht alleine für Vorarlberg rund 37 Mio. Euro an Mehrkosten. Im Worst Case bedeutet dies sogar bis zu 60 Mio. Euro nur für Vorarlberg.

„Ich persönlich wäre ja der Meinung, dass wir die häusliche Pflege, die mobilen Dienste und den Alltag pflegender Angehöriger erleichtern sollten", sagt Riedl. „Ich hoffe, dass dieser Zugang nicht unter die Räder kommt, denn die meisten Menschen wollen – auch wenn sie Pflege brauchen – lieber daheim sein in ihrem vertrauten Umfeld. Die Betreuung in diesem Umfeld müssen wir stärken, nicht nur den Regress abschaffen."

Der Gemeindebund werde aber, so Riedl, die Bundesregierung an ihre Zusagen weiterhin erinnern. „Das Prinzip ‚Wer anschafft, zahlt' muss in diesem Fall, aber auch in allen anderen Vorhaben auch in Zukunft Gültigkeit haben."

Gemeindebund-Chef Alfred Riedl: „Das Prinzip ‚Wer anschafft, zahlt und wer zahlt, der schafft an' muss in diesem Fall, aber auch in allen anderen Vorhaben auch in Zukunft Gültigkeit haben."

BREITBANDOFFENSIVE 2020

VORSTEUERABZUG AUS VORLEISTUNGEN?

Es gibt seitens des Bundes viele Förderungen für den Breitbandausbau. Aber die Frage ist: Können Gemeinden den Vorsteuerabzug aus den Vorleistungen geltend machen?

TEXT / Ursula Stingl-Lösch

Für die Breitbandoffensive 2020 stellt die Bundesregierung den österreichischen Gemeinden massive Förderungen zur Verfügung. Mit diesen soll der Aufbau bzw. die Stärkung der Infrastruktur in den ländlichen Gemeinden vorangetrieben werden. Denn eines ist klar, ohne eine attraktive und schnelle Anbindung an das Internet können die Unternehmen von heute nicht konkurrieren. Eine Folge ist die Abwanderung von Unternehmen aus den ländlichen Bereichen.

Obwohl in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich an die Versorgungsproblematik herangegangen wird (unter anderem hat das Land Niederösterreich für die Entwicklung der Breitbandoffensive 2020 die nöGIG gegründet), stellt sich länderübergreifend die Frage nach der steuerlichen Behandlung:

Im ersten Schritt auf dem Weg zur Anbindung einer Gemeinde und deren Bewohner und Betriebe an das leistungsstarke Breitband muss zunächst einmal die Infrastruktur geschaffen werden. Diese besteht aus der sogenannten Leerverrohrung, welche genau definierte Merkmale aufweisen muss, damit sie für das Breitbandinternet genutzt werden kann.

Die Verlegung der Leerverrohrung erfolgt durch die einzelne Gemeinde. Als kostensparende Variante hat sich hier die Mitverlegung mit aktuell geplanten Tiefbauprojekten (zum Beispiel Kanal-, Wasser-, Straßenarbeiten) ergeben. Derzeit geht man bei der Mitverlegung von einer Kostenersparnis von rund 60 Prozent aus.

> **„Die Gemeinde trägt bis zum Zeitpunkt der Übertragung** bzw. Verwertung der Infrastruktur an einen Breitbandnetzbetreiber **das finanzielle Risiko sowie das Risiko einer allfälligen Wertminderung.“**

Die Gemeinde trägt bis zum Zeitpunkt der Übertragung bzw. Verwertung der Infrastruktur an einen Breitbandnetzbetreiber (z. B. Kabelnetz, nöGIG, A1 Telekom) das finanzielle Risiko sowie das Risiko einer allfälligen Wertminderung. Sie trägt aber auch das Risiko, dass die geschaffene Infrastruktur von keinem Breitbandnetzbetreiber übernommen wird. Denn eine vertraglich verankerte Ankaufsverpflichtung besteht nicht.

Nach derzeitigem Wissensstand wird nur die Infrastruktur der Gemeinde an den Breitbandnetzbetreiber verkauft (Grundstücksflächen sind in dem Kauf nicht enthalten!) und mit den technischen Vorkehrungen in Betrieb genommen.

Aus unserer Erfahrung konnten mehrere mögliche Varianten der Zusammenarbeit zwischen einer Gemeinde und dem Breitbandnetzbetreiber erarbeitet werden:

- **Variante 1** – Gemeinde ist Bauherr: Die Gemeinde führt alle notwendigen Arbeiten (u. a. Graben, Verlegen etc.) im Bereich der öffentlichen Straßen auf eigene Rechnung durch (u. a. Vergabe einzelner Arbeitsschritte an Bauunternehmen). Sie hat die Baubewilligung und stellt und finanziert alle notwendigen Materialien selbst. Die Gemeinde muss sicherstellen, dass die Materialien dem Handbuch des Breitbandnetzbetreibers entsprechen. Förderanträge an den Bund sind von der Gemeinde selbst zu stellen.

MAG. URSULA STINGL-LÖSCH IST STEUERBERATERIN BEI DER NÖ GEMEINDE BERATUNGS & STEUERBERATUNGSGESMBH
ustinglloesch@noegbg.at

Die Erbringung von Vorleistungen im Zusammenhang mit der Leerverrohrung ist nicht von vornherein ein umsatzsteuerlicher Betrieb gewerblicher Art.

- **Variante 2** – Gemeinde ist Bauherr mit Unterstützung durch den Breitbandnetzbetreiber: Die Gemeinde führt auch hier alle notwendigen Arbeiten (im Bereich der öffentlichen Straßen) auf eigene Rechnung durch und verfügt über die Baubewilligung. Der Breitbandnetzbetreiber stellt und finanziert die notwendigen Materialien und verkauft sie an die Gemeinde. Die Förderanträge werden durch den Breitbandnetzbetreiber im Namen der Gemeinde gestellt.
- **Variante 3** – Breitbandnetzbetreiber ist Bauherr: Die Gemeinde führt die notwendigen Arbeiten (Graben, Verlegen etc.) im Bereich der öffentlichen Straßen im Auftrag des Breitbandnetzbetreibers durch (inkl. Weitervergabe an Bauunternehmen etc.). Die Baubewilligung erhält in diesem Fall der Breitbandnetzbetreiber, welcher die Materialien beistellt und finanziert. Die Gemeinde verrechnet die erbrachten Leistungen an diesen und handelt de facto wie ein Bauunternehmen. Der Breitbandnetzbetreiber stellt alle Förderanträge.

Die zentrale Frage ist, ob die Vorleistungen der Gemeinde, welche erst zu einem späteren Zeitpunkt vom Breitbandnetzbetreiber abgegolten werden, bereits jetzt zum Vorsteuerabzug berechtigen.

Da die Erbringung von Vorleistungen im Zusammenhang mit der Leerverrohrung nicht von vornherein ein umsatzsteuerlicher Betrieb gewerblicher Art (BgA) ist, müssen für den Vorsteuerabzug (inkl. damit einhergehender Umsatzsteuerpflicht für die erbrachten Leistungen) die Voraussetzungen für einen BgA gemäß § 2 Abs. 1 KStG erfüllt werden:

- Wirtschaftliche Selbstständigkeit
- Ausschließliche oder überwiegend nachhaltige privatwirtschaftliche Tätigkeit von wirtschaftlichem Gewicht (derzeit 2900 Euro netto)
- Erzielung von Einnahmen oder im Falle des Fehlens der Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr von anderen wirtschaftlichen Vorteilen
- Keine Tätigkeit der Land- und Forstwirtschaft

Bei Erfüllung aller Voraussetzungen liegt ein Betrieb gewerblicher Art (kurz: BgA) vor. Mehrere gleiche Vorhaben (u. a. auch eine spätere Neuverlegung in einem neuen Siedlungsgebiet) können zu einem Betrieb gewerblicher Art zusammengefasst werden.

> „Wir empfehlen, einen „BgA Breitband“ mit einer eigenen Steuernummer für die Körperschaftsteuer zu registrieren, **um den Vorsteuerabzug abzusichern.“**

Fazit – Umsatzsteuerpflicht und Vorsteuerabzug: Die von der Gemeinde in diesem Zusammenhang ausgeübte Tätigkeit entstammt keinem hoheitlichen Ursprung. Sie ist als gewerbliche Tätigkeit einzustufen. In weiterer Folge liegt das Hauptaugenmerk zur Einstufung als BgA gemäß § 2 Abs. 1 KStG auf der Einnahmenerzielung:

Diese ist wohl im Zeitpunkt der Veräußerung oder jeder anderen Form der Nutzungsüberlassung gegeben und wird regelmäßig die Einnahmengrenze von 2900 Euro netto übersteigen. Allerdings gibt es in der Anlaufphase keine regelmäßigen Einnahmen. Dies ist jedoch dann nicht schädlich, wenn bei späterer Aufnahme der vollen Tätigkeit die Einnahmengrenze regelmäßig überschritten wird.

Einer Geltendmachung des Vorsteuerabzuges aus den Vorleistungen durch die Gemeinden steht somit nichts mehr im Wege. Allerdings sind in diesem Zusammenhang natürlich auch einige „Spielregeln“ einzuhalten: Wir empfehlen daher, den „BgA Breitband“ mit einer eigenen Steuernummer für die Körperschaftsteuer zu registrieren, um den Vorsteuerabzug abzusichern. Mit der Vergabe einer eigenen Steuernummer ist dann jährlich eine Steuererklärung inkl. Bilanz oder Einnahmen-Ausgaben-Rechnung abzugeben. Nützen Sie dies, um allfällige Verluste der Vorjahre mit einem etwaigen Gewinn im Jahr des Verkaufs der Infrastruktur gegenzurechnen.

In weiterer Folge sind die Einnahmen aus dem Verkauf oder jeder anderen Nutzungsüberlassung der Leerverrohrung der Umsatzsteuer zu unterwerfen.

NEUES HAUSHALTSRECHT AB 1. JÄNNER 2020

ZEITPLAN NIMMT **KONTUREN AN**

Die Pilotprojekte sind abgeschlossen und fließen nun in die anstehende Novelle zur VRV 2015 ein. Die Landesgesetzgeber können ab Herbst/Winter 2017 tätig werden, danach kann die Anpassung der EDV-Programme und ab Mitte 2018 die Schulung der Gemeindemitarbeiter starten.

TEXT / Konrad Gschwandnter

Im Sommer 2017 werden die Weichen für die konkrete Umsetzung des neuen Haushaltsrechts für Länder und Gemeinden gestellt. Der Finanzminister wird (im Einvernehmen mit der Rechnungshof-Präsidentin) eine gemeinsam mit Ländern und den Gemeindebünden verhandelte Novelle zur neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV 2015) erlassen. Die VRV 2015 wurde von Experten des Bundesministeriums für Finanzen, des Rechnungshofes, aller Länder und von Gemeinde- und Städtebund in unzähligen Arbeitsgruppensitzungen ausgearbeitet. Da jedoch großer Zeitdruck für die Erlassung der VRV 2015 bestand, konnte keine „Feinprüfung" insbesondere des Kontenplans (mit dem Ziel einer weitgehenden Vereinheitlichung der Verbuchung) und der umfangreichen Beilagen der VRV hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzbarkeit in der Buchhaltung, im Budgetvollzug und bei der Ausweisung der Ergebnisse im Rechnungsabschluss wie auch im Voranschlag durchgeführt werden. Die nötige Novelle wird somit eine Reihe inhaltlicher Anpassungen enthalten und aller Voraussicht nach auch einen neuen gemeinsamen Zeitpunkt für das Inkrafttreten vorsehen:

So der Finanzminister und die Rechnungshof-Präsidentin dieser Forderung der Länder und

FAHRPLAN ZUR UMSETZUNG SCHRITT FÜR SCHRITT

VERANTWORTUNG BUND/LÄNDER

AKTUELL

Vorbereitung in Arbeitsgruppen und Verhandlung (Bundesministerium für Finanzen, Rechnungshof, Länder, Gemeinden) der Novelle zur VRV 2015: zum Beispiel Darstellung aller Konten im Detailnachweis, Schaffung eines Projekt- und eines Vergütungsnachweises, Behandlung von Rücklagen, Beteiligungen etc. (auch im Sinne der Maastricht-Kriterien); Aktualisierung und Ergänzung des Kontierungsleitfadens für Städte und Gemeinden und so weit wie möglich Abstimmung mit der geplanten Kontierung der Länder; Harmonisierung der Abschreibungsdauer zwischen VRV 2015 und der bisherigen Gebührenkalkulation; künftiger Inhalt der mittelfristigen Haushaltsplanung und vieles mehr.

SEPTEMBER 2017

Verlautbarung der Novelle zur VRV 2015 und Veröffentlichung der gemeinsamen Mindeststandards (2016 und 2017 in drei Pilotprojekten mit Echtdaten gemeinsam durch BMF, Gemeindeaufsichten und Gemeindebünde entwickelt) für die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Städte und Gemeinden, die auch die Grundlage für die Vorarbeiten der EDV-Anbieter, Kommunalakademien etc. darstellen.

der Gemeindebünde zustimmen, werden mit 1. Jänner 2020 alle Länder und Gemeinden auf das neue Haushaltsrecht umstellen; ein solcher gemeinsamer Umsetzungstermin wird auch von der Statistik Austria befürwortet. Grundsätzlich wäre es möglich, bereits früher umzustellen, nicht zuletzt aufgrund der notwendigen Anpassungen der Landesgesetze und der EDV-Programme sowie der anschließend erforderlichen umfangreichen Schulungsmaßnahmen der Gemeindebediensteten und der kommunalen Mandatare ist ein Start vor dem 1. Jänner 2020 jedoch nicht zu empfehlen.

Welche Vorbereitungen können jetzt schon erfolgen? Wie auch aus der nachstehenden Darstellung des Fahrplans zur VRV-Umsetzung ersichtlich ist, stehen einige Aspekte der VRV 2015 noch in Diskussion und werden Einzug in die Novelle im August/September 2017 finden. Weitere für das künftige kommunale Haushaltswesen relevante Anpassungen werden im Rahmen der im Winter/Frühjahr 2018 zu beschließenden landesgesetzlichen Änderungen der Gemeinde- und Haushaltsordnungen folgen. Bereits jetzt tritt jedoch eine Vielzahl von Akteuren mit Beratungs- und Schulungsangeboten zum neuen Haushaltswesen an die Gemeinden heran. Einen Mitarbeiter schon jetzt zu einem Veranstaltungstag über die Grundlagen des künftigen Rechnungswesens zu schicken, ist sicher nicht verkehrt, Beratertage zu bezahlen oder teure VRV-Schulungen für die Mitarbeiter in Anspruch zu nehmen, ist jedoch erst ab dem Sommer 2018 sinnvoll, wenn die ergänzenden landesgesetzlichen Regelungen sowie die Anpassung der EDV-Systeme an die neue VRV weitgehend abgeschlossen sind.

> „Aufgrund der erforderlichen umfangreichen Schulungsmaßnahmen der Gemeindebediensteten und der kommunalen Mandatare **ist ein Start vor dem 1. Jänner 2020 nicht zu empfehlen.“**

Wenn Ihre Gemeinde jetzt schon Vorarbeiten machen möchte, bietet sich die (Erst-) Erfassung samt Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Sachanlagevermögens (§ 24 VRV 2015) an. Was die Bewertung betrifft, sollte jedenfalls noch die Novelle zur VRV abgewartet werden, da sich hier noch Änderungen bei den Nutzungsdauern und damit auch den Abschreibungen ergeben können. Für die Bewertung von unbebauten Grundstücken und land- und fortwirtschaftlichen Flächen gibt es ein eigenes Verfahren. Informationen zum sogenannten Grundstücksrasterverfahren sind bereits unter https://www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/basispreise.html abrufbar. Ebenfalls bereits erfasst werden können die Kulturgüter der Gemeinden. Falls durch verlässliche Unterlagen oder vorliegende Schätzgutachten die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vorliegen, sind diese künftig zu berücksichtigen, falls nicht, sind sie in die „Liste nicht bewerteter Kulturgüter“ (eine Anlage zum Rechnungsabschluss) aufzunehmen.

Zur Zeitplanung ist betreffend die Vermögenserfassung und -bewertung zu sagen, dass die Werte (Abschreibungen) im Sommer/Herbst 2019 für die Erstellung des ersten Vor- »

GEMEINDEVERANTWORTUNG

HERBST 2017 BIS FRÜHJAHR 2018

Erarbeitung und Umsetzung der nötigen landesgesetzlichen Anpassungen der Haushaltsgesetze und Gemeindeordnungen.

FRÜHJAHR UND SOMMER 2018

Anpassung der EDV-Programme (inkl. zwei- bis dreimonatigem Testbetrieb) an die bundes- sowie ergänzenden landesrechtlichen Vorgaben (Haushaltsausgleich und Schuldentilgung, Bereiche, die darlehensfinanziert werden können, Haushaltswesen der Gemeindeverbände und so weiter) und Entwicklung konkreter, möglichst einheitlicher Schulungsunterlagen und -programme für die Gemeinden.

AB SOMMER/HERBST 2018

Schulung der Gemeindebediensteten (weniger als 5000 Personen) **und Mandatare** (weniger als 10.000 Personen) der Städte und Gemeinden sowie der rund 3000 Gemeindeverbände.

anschlags nach der neuen VRV (Haushaltsjahr 2020) benötigt werden. Dem Vorbild des Bundes folgend, der seine Eröffnungsbilanz zum 1. 1. 2013 im Dezember 2013 fertiggestellt hat, wird die erste vollständige kommunale Bilanz, die dann nicht nur das Vermögen, sondern auch Forderungen und Verbindlichkeiten der Gemeinden beinhaltet, Anfang 2021 vorzulegen sein. Eine solche Vorgehensweise, die Eröffnungs- und die Schlussbilanz in einem gemeinsamen Arbeitsschritt im zweiten Halbjahr 2020 zu erstellen und mit dem Rechnungsabschluss 2020 (also Anfang des Jahres 2021) vorzulegen, scheint auch aus verwaltungsökonomischer Sicht geboten. Überdies muss bei Erstellung der Eröffnungsbilanz auch bereits der letzte „alte" Rechnungsabschluss 2019 vorliegen, was gemäß den Gemeindeordnungen im Frühjahr 2020 der Fall ist.

Fahrplan zur Umsetzung der VRV 2015: Viele der sicherlich herausfordernden Fragestellungen, die das neue Haushaltswesen mit sich bringen wird (z. B. die Ermittlung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläen oder Pensionen, die Darstellung und Bewertung von Finanzaktiva wie etwa Wertpapieren sowie generell die Abschlussbuchungen zum Jahresende), sind derzeit noch in Diskussion. Der genaue Zeitplan für das Erlassen der Novelle zur VRV 2015 ist noch nicht ganz klar, zumal zuletzt auch die Statistik Austria bezüglich der Maastricht-Berechnungen einige Änderungsvorschläge formuliert hat. Angesichts der Neuwahlen ist jedoch mit dem Erlassen der Novelle durch Finanzminister Schelling spätestens im September zu rechnen. Legistisch gesehen kommen anschließend die Landesgesetzgeber zum Zug, speziell in jenen Bereichen, wo mangels Regelungskompetenz des Finanzministers die VRV 2015 nicht greift bzw. Regelungen aus der VRV 1997 nicht in die VRV 2015 übernommen wurden (z. B. wann ein ausgeglichener Haushalt vorliegt oder wenn es darum geht, einzelne Investitionsprojekte, etwa den Bau eines Kindergartens, transparent darzustellen). Untenstehende Darstellung zum „Fahrplan VRV 2015" soll nun nicht nur die bundes- und landesrechtlichen, sondern auch die weiteren Schritte der Gemeinden zur Umsetzung der VRV 2015 abbilden.

> „DIE ERSTE VOLLSTÄNDIGE KOMMUNALE BILANZ, **DIE VERMÖGEN, FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN DER GEMEINDEN BEINHALTET**, WIRD ANFANG 2021 VORZULEGEN SEIN."

KONRAD GSCHWANDNTER, BAKK. BA, IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
konrad.gschwandtner@gemeindebund.gv.at

GEMEINDEVERANTWORTUNG

SOMMER/HERBST 2019

Erstellung des ersten „neuen" Voranschlags für das Haushaltsjahr 2020 nach VRV 2015
(da noch keine Eröffnungsbilanz vorliegt, sind die für den neuen VA erforderlichen Abschreibungs- und Rückstellungsbeträge näherungsweise zu berechnen bzw. zu schätzen).

FRÜHJAHR 2020

Erstellung des letzten „alten" Rechnungsabschlusses
nach VRV 1997.

ANFANG 2021

Beschluss des ersten „neuen" Rechnungsabschlusses
(Haushaltsjahr 2020)
und Vorlage der Eröffnungsbilanz
nach der VRV 2015.

KOMMUNALES INVESTITIONSPROGRAMM

ZWECKZUSCHÜSSE AB 1. JULI ABRUFBAR

Antragsfrist für Kommunales Investitionsprogramm angelaufen: Vom 1. 7. 2017 bis 30. 6. 2018 können die Zweckzuschüsse des Bundes für kommunale Bau-Investitionen abgerufen werden.

Das Kommunalinvestitionsgesetz (KIG 2017) ist mit 1. 7. 2017 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt können 365 Tage lang die insgesamt 172,82 Millionen Euro an Zweckzuschussmitteln des Bundes, die der Finanzminister den Gemeinden im Finale der Finanzausgleichsverhandlungen im Herbst 2016 zugesagt hat, abgerufen werden.

Für die Vollziehung bedient sich das BMF seiner Buchhaltungsagentur (BHAG). Die Anträge (durch Gemeinde oder Gemeindeverband), beizulegende Bestätigungen, Beilagen und Abrechnungen sowie die Ausfüllhilfen für die Formulare sind unter www.bhag.gv.at abrufbar, Eingaben oder auch Anfragen sind per E-Mail an kip@bhag.gv.at einzubringen. Die konkrete Höhe des Zweckzuschusses für Ihre Gemeinde (gemäß einem fixen Verteilungsschlüssel sind es rund 18–22 Euro je Einwohner) ist auch auf der Homepage des BMF oder des Österreichischen Gemeindebundes abrufbar.

Wie komme ich zum Geld? Der volle Betrag, der für Ihre Gemeinde reservierten Mittel ist dann abrufbar, wenn die Anträge rechtzeitig und vollständig gestellt wurden (Fristende ist 30. 6. 2018) und zusätzliche Investitionen in mindestens vierfacher Höhe des Zuschusses bis längstens 31. 1. 2021 in Form eines oder mehrerer Projekte nachgewiesen werden können, die unter einen der zehn Verwendungszwecke des KIG fallen. Die maximale Unterstützung je Projekt beträgt also 25%. Zusätzliche Drittmittel (z. B. Landesförderungen) sind grundsätzlich nicht schädlich, Personalkosten und Eigenleistungen von Gemeinden sind nicht förderfähig und werden daher herausgerechnet.

WEITERE INFOS

sowie die Formulare, Ausfüllhilfen und Beilagen sind unter **www.bhag.gv.at** abrufbar.
Anträge auf Auszahlung des Zweckzuschusses sind bis 30. 6. 2018 per E-Mail unter **kip@bhag.gv.at** einzubringen.

Zusätzlich sind die Investitionen gemäß KIG 2017 dann, wenn von den Projekten zum 31. 12. 2016 lediglich die Planungskosten im Voranschlag 2017 bzw. Budget einer Gemeindeimmobiliengesellschaft enthalten waren und der Baubeginn frühestens am 1. 4. 2017 erfolgte. Dementsprechend wird es für „KIG-Projekte“ eines Nachtragsvoranschlags bedürfen oder die Projekte finden Einzug in den Voranschlag 2018. Mittel, die nicht abgerufen werden können, werden über den Strukturfonds gemäß dem neuen Finanzausgleichsgesetz verteilt.

Einschränkung der Verwendungszwecke als Wermutstropfen. Bereits im Gesetzesentwurf wurde verankert, dass straßenbauliche Maßnahmen lediglich dann förderbar sind, wenn eine neue Busspur errichtet wird. Darüber hinaus werden Fahrzeuginvestitionen (und damit z. B. auch ein Schülerbus) generell nicht gefördert. Aber nicht nur der Gesetzestext selbst schränkt seine eigene Zielsetzung ein, sondern auch die Durchführungsbestimmungen. So werden in der Vollziehung unter dem Verwendungszweck „Öffentlicher Verkehr“ Stromtankstellen als förderfähig erklärt, obwohl es hier eigentlich um Individualverkehr geht. Warum bei einer solch flexiblen Definitionsauslegung (die ja zu begrüßen ist) gleichzeitig jedoch Investitionen in Fahrradwege, die keine unmittelbare Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel darstellen, oder Straßenbeleuchtung explizit von der Förderfähigkeit ausgeschlossen werden, ist nicht nachvollziehbar. Die nächsten 1–2 Jahre werden daher zeigen, ob die vom Bund durch das KIG erhoffte Dreiviertelmilliarde Euro an zusätzlichen kommunalen Investitionen auch ausgelöst werden kann.

FEUERWEHREN

KOMMT DAS **AUS FÜR DIE MEHRWERTSTEUER?**

Seit vielen Jahren leiden die heimischen Feuerwehren unter einer eklatanten steuerlichen Benachteiligung bei der Anschaffung neuer Gerätschaften. Damit könnte nun bald Schluss sein.

Mehr als 300.000 aktive Feuerwehrleute sind in den insgesamt 4500 Freiwilligen Feuerwehren des Landes engagiert. „Sie erfüllen damit einen Auftrag, der gesetzlich eigentlich bei der Gemeinde liegt“, stellt Gemeindebund-Chef Alfred Riedl klar. „Die professionelle Ausführung dieser Leistungen könnten wir uns nicht einmal annähernd leisten.“ Allein die Berufsfeuerwehr der Stadt Wien kostet die Steuerzahler pro Jahr mehr als 170 Mio. Euro. Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für alle anderen Feuerwehren in Österreich liegen bei rund 333 Milionen Euro.

„Der entscheidende Punkt ist“, sagt Riedl, „dass die Freiwilligen Feuerwehren darüber hinaus Eigenmittel von 500 bis 600 Mio. Euro pro Jahr selbst aufbringen.“ Umso unverständlicher sei es, dass eine Freiwilligenorganisation für die Erbringung einer Leistung, die der öffentlichen Sicherheit dient, auch noch Steuern bei Anschaffungen zahlen muss. „Der Staat besteuert quasi sich selbst, obwohl er seine Aufgaben auslagert.“

Worum geht es konkret? Die Feuerwehren müssen – im Rahmen ihrer Ausrüstungsverordnungen – Gerätschaften und Fahrzeuge selbst beschaffen. „Zu zwei Drittel finanzieren das die Feuerwehren selbst, ein Drittel steuern im Durchschnitt die Gemeinden aus öffentlichen Mitteln bei.“ Das heißt auch, dass derzeit auf jede Anschaffung die Zahlung von 20 Prozent Mehrwertsteuer notwendig ist. „Unverständlich“, findet das der Gemeindebund seit Jahren und kämpfte bei allen Finanzministern der letzten Jahre um Erleichterung. Vergebens. Aus EU-gemeinschaftsrechtlichen Gründen sei eine Befreiung nicht möglich, hieß es zuletzt aus dem Ministerium. Die Tätigkeit der Feuerwehren sei keinem gewerblichen Bereich zuordenbar, daher könne es auch kein Recht auf Vorsteuerabzug bei Beschaffungen geben. „Wir versuchen allerdings auf europäischer Ebene einen Diskussionsprozess in Gang zu bringen, damit Möglichkeiten im Sinne der Feuerwehren gefunden werden können“, sagt Michaela Berger, Sprecherin des Ministeriums.

„Ich gehe nicht davon aus, **dass es rasch zu einer EU-weiten Befreiung kommen wird.**“

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Den Niederösterreichern hat’s nun gereicht, sie wollten nicht mehr länger warten. Rückwirkend bis 1. Jänner 2017 bekommen alle Feuerwehren, die seitdem Anschaffungen getätigt haben, die Mehrwertssteuer vom Land NÖ refundiert. Rund vier Millionen Euro macht das pro Jahr aus, weil 20 Mio. Euro jährlich für den Ankauf von rund 150 neuen Fahrzeugen investiert werden. Bis es eine bundesweite Lösung gebe, werde das Land einspringen, versprechen

FOTOS // shutterstock.com

LH Johanna Mikl-Leitner und der zuständige Landesrat Stefan Pernkopf.

Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl sieht das als Chance, nun eine bundeseinheitliche Lösung zu finden. „Ich gehe nicht davon aus, dass es rasch zu einer EU-weiten Befreiung kommen wird“, befürchtet Riedl. „Wir müssen das zuerst auf nationaler Ebene lösen. Wenn nicht über eine Befreiung, dann eben über eine Refundierung. Es kann dauerhaft nicht sein, dass der Finanzminister die Steuer kassiert und die Länder und Gemeinden sie den Feuerwehren refundieren müssen. Wir werden hier mit dem Finanzminister Gespräche führen und weiterhin auf eine Lösung drängen.“

In einem anderen wichtigen Bereich sei hingegen eine Erleichterung gelungen. „Nach jahrelangem Kampf sind die Feuerwehren nun in einem Bereich anderen Einsatzorganisationen gleichgestellt: Ab sofort haben sie auch Zugang zur kostenfreien Hepatitis-Schutzimpfung. Das ist ein wichtiger Schritt; großer Dank geht hier an die Bundesregierung, die das mittels Nationalratsbeschluss noch vor dem Sommer ermöglicht hat. Zuvor hatte der Innenminister schon angekündigt, zwischenzeitlich die Kosten übernehmen zu wollen. Nun kommt das aus dem allgemeinen Bundesbudget.“

GLOSSE

ALFRED RIEDL ÜBER DIE STEUERBEFREIUNG FÜR FEUERWEHREN

Das **Floriani-Prinzip**

Mit dem Floriani-Prinzip meint man, dass jemand ein Problem einfach auf jemand anderen abschiebt, anstatt es selbst zu lösen. In politischen Umfeldern geschieht das immer wieder. Jemand sagt: „Ja, ich verstehe dein Problem, aber es soll bitte jemand anderer lösen.“

Ahnen Sie, was ich damit meine? Im nebenstehenden Artikel geht es genau um dieses Floriani-Prinzip, und zwar nicht, weil der heilige Florian der Schutzpatron der Feuerwehren ist. Seit Jahren ist die Problemlage bekannt. Die Feuerwehren müssen für oft sehr kostenintensive Anschaffungen auch noch die Mehrwertsteuer bezahlen. Das verteuert de facto alle relevanten Dinge um 20 Prozent. Seit Jahren sagen alle zuständigen Bundespolitiker den Feuerwehren – und damit auch den Gemeinden – ihre Unterstützung zu. Seit Jahren hören wir: „Wir würden das Problem wirklich gerne lösen, aber leider, leider ist das EU-Recht und wir können nichts ändern.“

Insgesamt geht es jährlich um 30 bis 35 Millionen Euro an Mehrwertsteuer auf gesetzlich notwendige Pflichtanschaffungen, die von den Feuerwehren und der öffentlichen Hand (Gemeinde) an die Finanzämter (Bund) abgeliefert werden müssen. Der Staat zahlt Steuer an sich selbst. Das ist skurril. Und es ist in vielen anderen Bereichen auch nicht üblich. Rettungsorganisationen sind etwa mehrwertsteuerbefreit.

Eine Reform für die Feuerwehren wäre leicht möglich und rasch umsetzbar. Wenn eine Steuerbefreiung auf Anschaffungen der Feuerwehren wegen des EU-Rechts nicht möglich ist, dann kann der Finanzminister die eingenommenen Summen einfach an die Feuerwehren und/oder die Gemeinden als Erhalter zweckgewidmet rücküberweisen. Dazu bedürfte es keiner großen Gesetzesänderung, sondern hauptsächlich des politischen Willens. Niederösterreich hat nun vorgemacht, wie das geht und springt ein, bis es eine bundesweite Lösung gibt. Jetzt ist die Bundespolitik am Zug, um den Ball aufzugreifen und eine Lösung für alle Feuerwehren auf den Tisch zu legen. Dann könnten wir den Sonntagsreden, die den Einsatz und die Existenz unserer Feuerwehren loben, vielleicht auch wieder größeren Glauben schenken. Und wir müssten uns nicht ständig ans Floriani-Prinzip erinnern.

alfred.riedl@gemeindebund.gv.at
Mag. Alfred Riedl ist Präsident des Österreichischen Gemeindebund.

INVESTITIONEN IN GEMEINDEN

STIMMUNG OPTIMISTISCHER ALS ZULETZT

Obwohl mehr als die Hälfte aller Gemeinden die finanzielle Situation eher schlecht bewertet, ist die Stimmung für Investitionen wieder etwas optimistischer.

TEXT / Hans Braun

Die bereits zum sechsten Mal durchgeführte Erhebung über die kommunalen Investitionsvorhaben bietet einen fundierten Überblick über die aktuelle Situation in den Gemeinden und ermöglicht zudem vielfältige Vergleiche in Bezug auf die Ergebnisse der letzten Jahre. Eingangs lässt sich festhalten, dass die Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene 2017 tendenziell wieder optimistischer auf die künftigen Investitionen blicken und das geplante Investitionsvolumen um rund sechs Prozent steigen sollte.

Die aktuelle finanzielle Lage der Gemeinden. Die subjektive Einschätzung der finanziellen Lage zeigt, dass in den Gemeinden gegenüber dem Vorjahr eine optimistischere Stimmung herrscht. 2017 schätzen 46 Prozent (plus fünf Prozentpunkte) der Gemeinden ihre finanzielle Lage als „sehr gut" oder „eher gut" ein und 52 Prozent (minus vier Prozentpunkte [Pp.]) als „eher schlecht" oder „sehr schlecht". Ein Prozent gab keine Angabe ab.

Es lässt sich auch ein Rückgang bei der Zahl der österreichischen Abgangsgemeinden, also jenen Gemeinden, die ein negatives ordentliches Haushaltsergebnis ausweisen, beobachten. Die Anzahl der so ausgewiesenen Abgangsgemeinden sank 2015 um 18,4 Prozent bzw. 180 Gemeinden im Vergleich zum Jahr davor auf 797. Ein Rückgang konnte somit ebenso beim Anteil der Abgangsgemeinden an der Gesamtanzahl österreichischer Gemeinden verzeichnet werden, der von 42 Prozent im Jahr 2014 auf 38 Prozent im Jahr 2015 sank. Die hohe Anzahl der Abgangsgemeinden erklärt der Gemeindefinanzbericht 2016 durch die hohen Investitionen, die im Haushalt als Ausgaben behandelt werden.

Die Beurteilung der finanziellen Lage variiert deutlich zwischen kleineren und größeren Gemeinden, wobei insbesondere kleine Gemeinden eine negativere Einschätzung abgeben.

Ausgaben steigen weiter. Die Sozialausgaben in Österreich steigen kontinuierlich an. Nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels werden Pflege und Betreuung älterer bzw. kranker Menschen zur immer stärkeren finanziellen Belastung für die kommunale Ebene. Die Gemeinden kommen dabei gemeinsam mit den Ländern primär für die Sachleistungen (z. B. in Form mobiler Dienste oder Seniorenheime) auf. Dass die Ausgaben in den Gemeinden vor allem für Sozialaufgaben gestiegen sind, zeigt auch die Befragung. Während der Anteil an Gemeinden, die angeben, die Kosten seien in den letzten zehn Jahren merklich gestiegen, in nahezu allen Bereichen konstant bleibt, wurde der stärkste Anstieg im Bereich der Gesundheitsversorgung und Altenpflege verzeichnet.

Aber auch infrastrukturelle Investitonen verursachen in immer mehr Gemeinden Kosten: 66 Prozent (–9 Pp.) der Befragten geben an, die Ausgaben seien für den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen sowie für die Verkehrssicherheit gestiegen. Mehr als die Hälfte der Gemeinden in Österreich (58 Prozent, +2 Pp.) gibt an, die Kosten für den Erhalt und Bau von Bildungseinrichtungen seien ebenfalls gestiegen. In 46 Prozent (+5 Pp.) der Fälle sagen die Befragten, die Kosten seien für Katastrophen- und Umweltschutz sowie für Rettungskräfte gestiegen, bei 45 Prozent (–1 Pp.) für den Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft. 44 Prozent (+1 Pp.) der Befragten geben an, die Kosten für EDV, Computer IT & E-Government sowie Hard- und Software seien in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen. 32 Prozent (±0 Pp.) der Befragten geben ferner an, die Gemeindekosten für den Erhalt und Bau kommunaler Bauten seien gestiegen.

Am unteren Ende stehen die Kostenposten Fuhrpark und Geräte (27 Prozent, +1 Pp.), Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildung (24 Prozent, +2 Pp.), Energie, Umweltschutz und Klima (18 Prozent, +1 Pp.), Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur (16 Prozent, +1 Pp.), Gebäudetechnik (16 Prozent, –3 Pp.) sowie der Erhalt und Bau in der Abfallwirtschaft (14 Prozent, –7 Pp.).

Geplante Investitionen bis 2018. Wie werden Entscheidungen – insbesondere Investitionsvorhaben – in den Gemeinden Österreichs getroffen und beschlossen? Eine Mehrheit von 86 Prozent gibt an, ihre Entscheidungen würden vorrangig auf sachlichen Erwägungen basieren, nur fünf Prozent sagen, dass Entscheidungen gemäß politischer Erwägungen getroffen werden, zehn »

Prozent machen hier keine Angabe.

Am häufigsten werden Investitionen in den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen bzw. zur Verkehrssicherheit geplant: Mit Ausnahme von 13 Prozent der Gemeinden planen alle, bis Ende 2018 in diesen Bereich zu investieren. Der Investitionswert beläuft sich dabei für die Hälfte der Gemeinden auf bis zu 500.000 Euro, für 17 Prozent auf bis zu einer Million Euro und für ebenfalls 17 Prozent sogar auf mehr als eine Million.

Am zweithäufigsten geplant werden Investitionen in den Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft sowie in Bildungseinrichtungen (67 Prozent), wobei die Investitionssumme in Bildungseinrichtungen etwas höher liegt. Ebenfalls sind von noch mehr als jeder zweiten Gemeinde Investitionen in den Bereichen „Katastrophen- und Naturschutz, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung“ (63 Prozent), „EDV, Computer, IT- & E-Government, Hard- und Software“ (60 Prozent) und „Erhalt und Bau kommunaler Bauten“ (59 Prozent) geplant. Im EDV-Bereich liegen die geplanten Investitionskosten am niedrigsten (49 Prozent bis unter 100.000 Euro). In den Katastrophen- und Naturschutz planen 51 Prozent der Gemeinden maximal 500.000 Euro zu investieren, in Fuhrpark und Geräte 59 Prozent. In den Erhalt und Bau kommunaler Bauten planen immerhin 25 Prozent, mehr als 500.000 Euro bis Ende 2018 zu investieren.

Von 53 Prozent der Gemeinden sind Investitionen in Freizeit- und Tourismuseinrichtungen geplant, wobei die Investitionen nur selten die 500.000-Euro-Grenze übersteigen dürften. In allen anderen abgefragten Bereichen planen nur im Schnitt 30 bis 40 Prozent der Gemeinden, bis Ende 2018 überhaupt größere Investitionen zu tätigen. Auffällig dabei ist die geringe Investitionsfreudigkeit in Gesundheit und Soziales, also z. B. Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen: Nur 35 Prozent der Gemeinden wollen hier weiter investieren.

Finanzierungsarten und alternative Finanzierungsmöglichkeiten. Die angeführten Investitionsvorhaben legen teilweise beträchtliche Kosten offen, deren Finanzierung auf unterschiedliche Art erfolgen kann. Für die meisten Gemeinden stehen Landesförderungen (88 Prozent, +3 Pp.), Eigenmittel (79 Prozent, +2 Pp.), Bundesförderungen (63 Prozent, -4 Pp.) sowie Darlehen/Kredite (63 Prozent, -2 Pp.) an

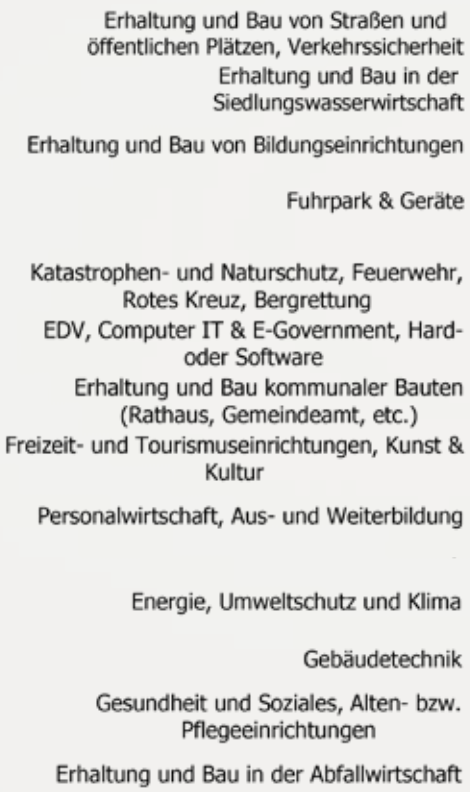
STUDIE „INVESTITIONEN IN GEMEINDEN“

Die Studie wurde im März 2017 von Pitters® Trendexpert im Auftrag von Raiffeisen International und den Initiatoren des Kommunalwirtschaftsforums sowie dem Österreichischen Kommunal-Verlag erstellt.

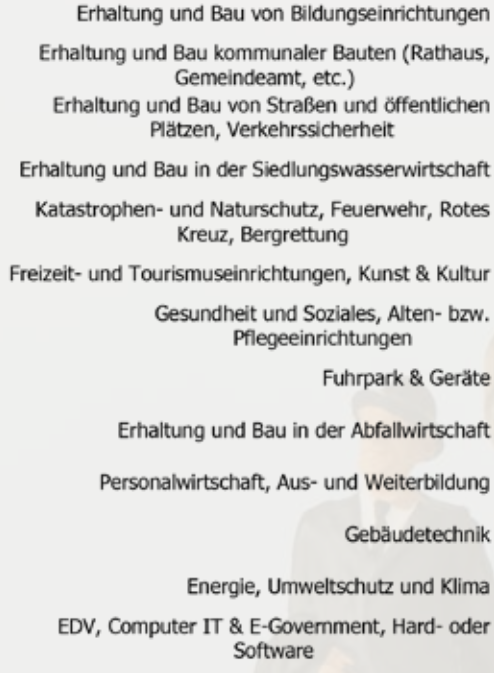
Im Rahmen dieser Untersuchung führte Pitters® Trendexpert von 14. März bis 4. Mai 2017 insgesamt 435 Online-Interviews (CAWI) mit Verantwortlichen auf Gemeindeebene (Bürgermeister, Amtsleiter u. a.) durch. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei rund 12 Minuten. Zentrale Fragen der Studie waren die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinden sowie Hindernisse und Möglichkeiten künftiger Investitionen.

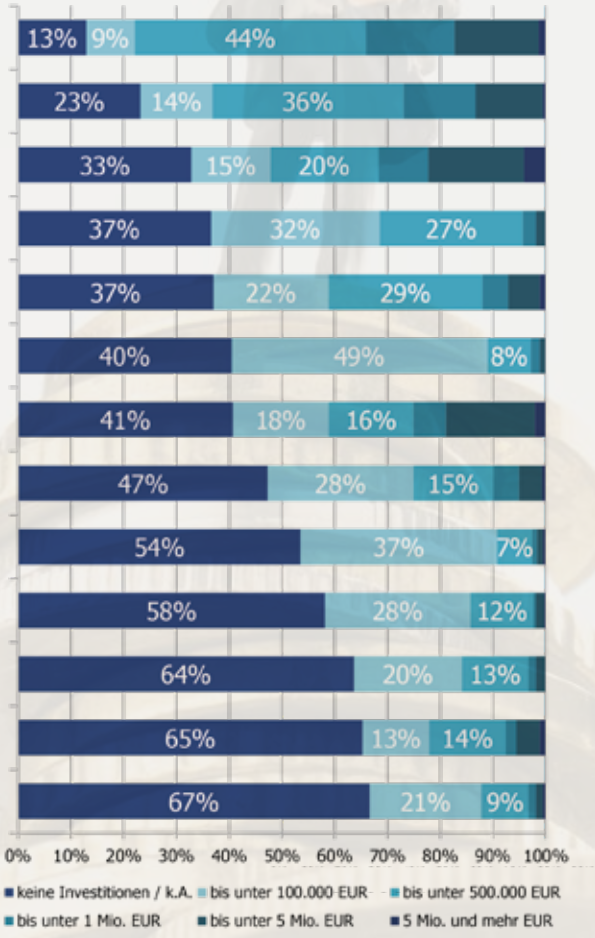
Auf unserer Website finden Sie unter folgendem QR-Code die Studie in der Langfassung.

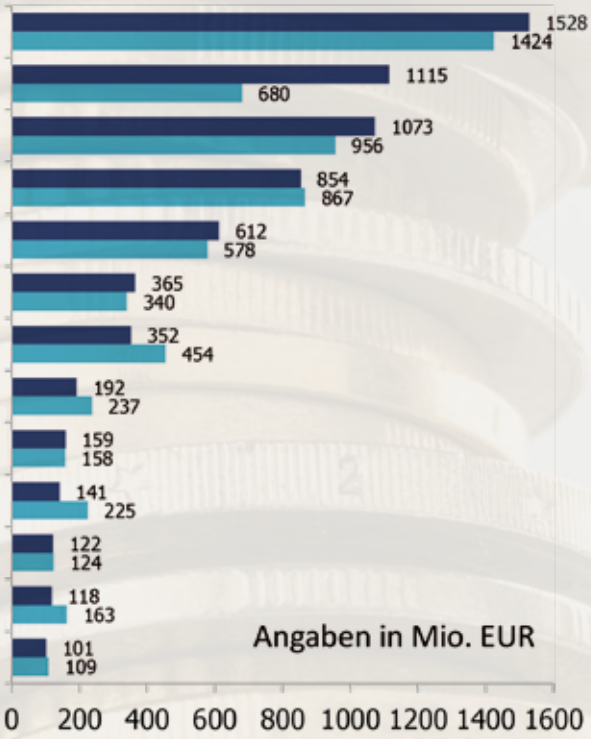
GEPLANTE INVESTITIONEN BIS ENDE 2018



INVESTITIONEN IM VERGLEICH
2016 UND 2017







oberster Stelle der Möglichkeiten. Während die Wichtigkeit von Landes- und Bundesmitteln mit zunehmender Ortsgröße etwas zurückgeht, sind private Investoren in kleineren Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern von Bedeutung.

EU-Förderungen werden von 31 Prozent der Gemeinden als wichtige Finanzierungsquelle für die geplanten Investitionen genannt, für 40 Prozent spielen sie hingegen keine Rolle. Dass 29 Prozent der Gemeinden sich zu EU-Förderungen nicht äußern bzw. diese nicht kennen, zeigt den Informationsbedarf, der diesbezüglich noch besteht. Weniger eine Rolle spielen Leasings (neun Prozent, -2 Pp.) und private Investoren (vier Prozent, -4 Pp.).

Alternative Finanzierungen finden derzeit im kommunalen Bereich zunehmenden Zuspruch. Eine populäre Form stellt Crowd-Funding bzw. Schwarmfinanzierung dar. Hierbei werden benötigte Investitionsbeträge bzw. Teile davon durch die Akkumulierung vieler kleiner Beträge gesammelt.

Durch das Alternativfinanzierungsgesetz wird die Finanzierung kleinerer Projekte (bis 1,5 Millionen Euro) erleichtert, da bis zu diesem Betrag keine Prospektpflicht besteht, sofern der Betrag pro Anleger 5000 Euro nicht überschreitet. Beispielsweise werden mit Hilfe dieser Form der Alternativfinanzierung Photovoltaikanlagen oder Bürgerkraftwerke gebaut.

Größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene. „Was ist aus Ihrer Sicht das größte Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene?“ – Diese Frage wurde in der Vergangenheit in der Regel mit fehlenden Finanzierungen und fehlenden Förderungen beantwortet.

49 Prozent der Gemeinden nennen die fehlende Finanzierung als größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene, weitere 15 Prozent sehen es als zweitgrößtes Hindernis (Summe: 64 Prozent, +2 Pp.). Fehlende Förderungen werden von elf Prozent der Gemeinden als größtes Hindernis und von weiteren 32 Prozent als zweitgrößtes Hindernis eingestuft (Summe: 43 Prozent, -2 Pp.). Alle weiteren potenziellen Hindernisse werden nur noch von wenigen Gemeinden als relevant eingestuft, etwa der fehlende politische Konsens auf übergeordneter Ebene (Summe: elf Prozent, +5 Pp.) oder der fehlende politische Konsens auf Gemeindeebene (Summe: acht Prozent, +3 Pp.).

„COMMUNAL AUDIT" NEU

„MIT WEITBLICK IN DEN SPIEGEL SCHAUEN"

Die Folgen der Landflucht stellen viele Gemeinden vor große Herausforderungen. Umso wichtiger ist eine effiziente und effektive Verwaltung.

Das neue Communal Audit verspricht maßgeschneiderte Erfolgsstrategien. Bundesminister Andrä Rupprechter und Bürgermeister Anton Gonaus aus Kirchberg an der Pielach im Gespräch über wesentliche Veränderungen im Auditverfahren und den ersten Testlauf.

Herr Bundesminister, am 25. Juli wird ihr Masterplan für den ländlichen Raum präsentiert. Er soll der zunehmenden Landflucht Einhalt gebieten. Welche Rolle spielt dabei das neue Communal Audit?

ANDRÄ RUPPRECHTER: Wir geben den Gemeinden ein innovatives Werkzeug in die Hand, mit dem sie maßgeschneiderte Strategien entwickeln können. Es geht nicht darum, dass wir eine bestimmte Richtung vorgeben, sondern dass wir jede Gemeinde auf ihrem ganz persönlichen Weg unterstützen. Zugleich können wir Gemeinden mit ähnlichen Projekten vernetzen. Gemeinsam gestalten wir attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume – das ist das beste Rezept gegen die Landflucht.

Herr Bürgermeister Gonaus, Sie nehmen mit Ihrer Gemeinde zurzeit am ersten Testlauf für das neue Verfahren teil. Was wird dabei konkret analysiert?

ANTON GONAUS: Es sind so gut wie alle erdenklichen Bereiche abgedeckt – von der Lebensqualität bis zur Verwaltung. Die Kennzahlen sind dementsprechend vielseitig und betreffen zum Beispiel Verwaltungsmitarbeiter pro Einwohner, Kosten pro Quadratkilometer Straße, Förderungen im Umweltbereich und so weiter.

Warum war das Communal Audit für Sie als Bürgermeister interessant?

GONAUS: Man kann sich als Gemeinde in den Spiegel schauen – aber mit dem nötigen Weitblick. Bin ich mit meiner strategischen Ausrichtung auf dem richtigen Weg? Harmonieren die statistischen Daten mit den politischen Aktivitäten? Ist meine Verwaltung modern und professionell aufgestellt?

RUPPRECHTER: Genau das ist unser Ziel. Der Auditprozess macht deutlich, wo eine Gemeinde steht und welche konkreten Maßnahmen für ihre Zukunft wichtig sind. So werden Tendenzen, Potenziale und Entwicklungen klar erkennbar und sämtliche Mittel können optimal eingesetzt werden. Best-Practice-Beispiele liefern zusätzliche Inspiration.

> „Das neue Verfahren trägt aktiv dazu bei, nachhaltige **Lösungen zu finden."**
>
> **Anton Gonaus**

GONAUS: Im Vergleich mit anderen Gemeinden erkennt man noch besser, was gut funktioniert und wo Luft nach oben ist. Dabei ist es wichtiger denn je, über die klassische Verwaltung hinaus zu denken. Wir müssen überlegen, wie wir unsere gesamte Region attraktiver machen können.

Es gibt das Communal Audit ja schon seit dem Jahr 2003, warum wird es jetzt rundum erneuert?

RUPPRECHTER: Zwischen 2003 und 2013 haben wir fast 700 Audits ermöglicht und das Verfahren 2015 von einem unabhängigen Beratungsunternehmen evaluieren lassen. Die Rückmeldungen aus den Gemeinden waren durchwegs positiv, aber es gab auch eindeutige Verbesserungsvorschläge: Mehr Unterstützung in der praktischen Umsetzung und weniger Aufwand in der Organisation. Beides haben wir uns zu Herzen genommen.

Anton Gonaus und Andrä Rupprechter im Gespräch.

FOTO/© BMLFUW / William Tadros

GONAUS: Aus meiner Sicht war es ein wichtiger Schritt, das Audit umzugestalten. Den Gemeinden stehen immer weniger Mittel zur Verfügung, aber die hohen Servicestandards sollen trotzdem gehalten werden. Das neue Verfahren trägt aktiv dazu bei, nachhaltige Lösungen zu finden.

Worin unterscheidet es sich konkret vom „alten" Communal Audit?
RUPPRECHTER: Ab sofort werden nicht nur Strukturdaten und der Finanzhaushalt analysiert, es wird auch der Managementreifegrad einer Gemeinde festgestellt. Abgefragte Punkte reichen vom Webauftritt über die Kostenrechnung bis hin zum Katastrophenschutzplan. Wird die Gemeinde effizient geführt, vergleichbar mit einem Privatunternehmen? Zum Abschluss des Auditverfahrens wird ein sogenannter Basisreport erstellt. Wir haben aber noch ein zusätzliches Angebot geschaffen: ein Individualmodul mit zwei Workshops. Hier geht es um konkrete Umsetzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Was ist zu tun, welche Schwerpunkte setzen wir? Am Ende stehen klare Ziele und eine nachhaltige Entwicklungsstrategie.

> „**Wir geben den Gemeinden ein innovatives Werkzeug in die Hand**, mit dem sie maßgeschneiderte Strategien entwickeln können."
>
> **Andrä Rupprechter** über das neue Communal Audit

Ein sehr ambitioniertes Projekt – wie gestaltet sich nun der Testlauf und welche Erkenntnisse hat er bislang gebracht?
RUPPRECHTER: In einem Pilotprojekt mit acht Testgemeinden wurde geprüft, ob die Datenerhebung in der Praxis reibungslos funktioniert – von der Abstimmung mit potenziellen Datenlieferanten über Vorlagen für Berichte bis zur Frage, ob sämtliche Kennzahlen sinnvoll sind.
GONAUS: Bestimmte Kennzahlen klingen zwar aufschlussreich, lassen sich in der Praxis aber schwer festmachen. Zum Beispiel: Was genau werten wir als ehrenamtliche Tätigkeit und was wäre eher als regelmäßiger Nachbarschaftsdienst einzuordnen? Oft ist es schwer, eine klare Grenze zu ziehen. Auch der CO_2 Ausstoß lässt sich nicht seriös auf einzelne Gemeinden herunterbrechen. Andere Kennzahlen könnten hingegen dazukommen, wie zum Beispiel zur Barrierefreiheit.

Zu guter Letzt die wohl wichtigste Frage: Ab wann und wie können Gemeinden am neuen Communal Audit teilnehmen?
RUPPRECHTER: Ab Herbst 2017 steht das Communal Audit neu allen ländlichen Gemeinden Österreichs offen. Die Umsetzung ist unkompliziert: Antrag und Abwicklung werden vom jeweiligen Beratungsunternehmen übernommen. Somit entfällt jeglicher Aufwand bei der Förderabwicklung. Schon vorhandene Daten sollen automatisiert bereitgestellt werden, um den Arbeitsaufwand in den Gemeinden zu reduzieren. Diesbezüglich arbeiten wir beispielsweise mit der Statistik Austria zusammen.
GONAUS: Als Bürgermeister kann ich anderen Gemeinden nur empfehlen, das Angebot anzunehmen und sich für das Auditverfahren anzumelden. Es ist kostenlos und macht sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch Sinn. Die Strukturdaten sind auch eine gute Basis für Gespräche mit Fördergebern, Banken oder Investoren.
RUPPRECHTER: Abschließend möchte ich ebenfalls noch einmal hervorheben: Die Teilnahme am Audit ist kostenlos und wird im Rahmen des Österreichischen Programms für Ländliche Entwicklung 2014–2020 zu 100 Prozent gefördert.

ULRIKE MURSCH-EDELMAYR IM GESPRÄCH

„APOTHEKEN SIND GESUNDHEITS-NAHVERSORGER“

Die Apothekerkammer hat erstmals in ihrer 70-jährigen Geschichte eine Präsidentin. KOMMUNAL hat bei der Kommunalmesse in Salzburg die Gelegenheit beim Schopf gepackt und der neuen Frau Präsidentin ein paar Fragen gestellt.

Frau Präsidentin, auf die Apothekerkammer wie auch auf die gesamte Gesundheitsbranche in Österreich scheinen diverse kräftige Veränderungen zuzukommen. Wie planen Sie, die Apotheker durch diese stürmischen Zeiten zu bringen?
Die Apothekerschaft hat ein umfassendes und vor allem sinnvolles Angebot für eine verbesserte Gesundheitsversorgung. Wir spielen als kompetente und vertrauensvolle Berater eine wichtige Rolle für die Österreicherinnen und Österreicher – das beginnt bei der Prävention, geht über die Früherkennung, die Beratung über Wechselwirkungen bei Kranken, sei es akut oder chronisch Kranken, bis hin zum Ansprechpartner bei allen Gesundheitsfragen.
All das sehr niederschwellig, man kommt einfach zu uns in die Apotheke und wir diskutieren auf Augenhöhe respektvoll die gegebenen Fragestellungen. Die neuen Wege im Gesundheitswesen sollten die Apotheken als erste Anlaufstellen stärken und somit die Gesundheitsversorgung, darunter fällt auch die Arzneimittelversorgung, verbessern.

Wie beurteilen Sie das Interesse von Drogeriemärkten, Supermärkten und Online-Plattformen, auch rezeptfreie Medikamente verkaufen zu wollen? Wie will die Kammer damit umgehen?
Arzneimittel haben erwünschte Wirkungen, aber auch Nebenwirkungen. Unser Credo lautet: Nur soviel wie nötig, aber so wenig wie möglich an Medikamenten. Denn viele Menschen nehmen eher zuviele Arzneimittel ein, hier ist besonders die Information über Wechselwirkungen sehr bedeutsam, weil eine umfassende Beratung die Anzahl der eingenommenen Arzneimittel reduzieren kann.
Weise wäre es in diesem Sinn, den guten, etablierten und verlässlichen Vertriebsweg Apotheke zu stärken und nicht eine Ausfransung der Vertriebswege zu forcieren. Denn die Einnahme von zu vielen Medikamenten – noch dazu ohne apothekerliche Beratung bezüglich Wechselwirkungen – führt zu vermehrten Arzneimittel-Nebenwirkungen, die im schlimmsten Fall zu einer Hospitalisierung führen können. Für uns als Kammer steht die Arzneimittelsicherheit der Bevölkerung an erster Stelle.

Wie sehen Sie die Rolle der Apotheken vor allem im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung in den ländlichen Gebieten?
Die Apotheken sind vielerorts die letzten Nahversorger. Bei uns in Neuzeug in Oberösterreich mit 1800 Haushalten gibt es neben der Apotheke nur noch zwei Banken und ein Lebensmittelgeschäft, und das ist in vielen Orten so.
Die Apotheken sind echte Gesundheits-Nahversorger und übernehmen in manchen Gemeinden auch die Postpartnerschaften für die Bewohner. Die Hälfte der 1400 Apotheken ist auf dem Land oder in Kleinstädten. Schon jetzt sind die Apotheken auf dem Land wichtige Arbeitgeber und für die Bürgermeister beliebte Frequenzbringer im Ort. Gemeinsam mit den Ärzten vor Ort können wir die Bevölkerung umfassend versorgen.

Abschließend ein Themenwechsel: Sie sind die erste Frau an der Spitze der Kammer, auch bei den Landesverbänden sind meines

FOTO: Apothekerkammer

Wissens fast nur Männer in den Führungspositionen. Und das, obwohl bei „den Apothekern" gerade die Frauenqoute sehr hoch ist - brechen hier Ihrer Ansicht nach neue Zeiten an?
Die Apotheke ist weiblich, da haben Sie recht. Jede zweite Apotheke wird von einer Frau geleitet, und wir bieten mit unseren Teilzeitmodellen attraktive Frauenarbeitsplätze an.
Ich freue mich sehr, dass mit mir noch dazu zum 70. Geburtstag der Österreichischen Apothekerkammer erstmals eine Frau an der Spitze dieser wichtigen Standesvertretung steht.
Ich bin aber nicht allein auf weiter Flur. Mit Mag. Susanne Ergott-Badawi ist eine zweite Frau ins Präsidium der Österreichischen Apothekerkammer eingezogen und in allen Bundesländern bekleiden Frauen auch Spitzenpositionen.

Zwei neue Präsidenten auf der Kommunalmesse: Ende Juni trafen sich der neue Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und die neue Apotheker-Präsidentin Ulrike Mursch-Edelmayr zum Gedankenaustausch.

ZUR PERSON
Ulrike Mursch-Edlmayr (58) ist selbstständige Apothekerin in Neuzeug, Oberösterreich. Sie ist seit Jahren in der Standespolitik aktiv. Von 2012 bis Juni 2017 war Mursch-Edlmayr Präsidentin der Apothekerkammer Oberösterreich. Mit Dr. Mursch-Edlmayr steht erstmals in der 70-jährigen Geschichte der Apothekerkammer eine Frau an der Spitze.
Die Österreichische Apothekerkammer ist die gesetzliche Berufsvertretung der rund 6000 angestellten und selbstständigen Apothekerinnen und Apotheker, die sowohl in öffentlichen Apotheken als auch in Krankenhäusern tätig sind. Als Interessenvertretung des Berufsstandes leistet die Kammer einen entscheidenden Beitrag für die Gesundheit der Bevölkerung und setzt sich dafür ein, dass selbstständige und angestellte Apotheker als Angehörige eines freien Heilberufs die Arzneimittelversorgung über Apotheken sicherstellen. Alle Apothekerinnen und Apotheker sind Mitglieder der Österreichischen Apothekerkammer, die eine Körperschaft öffentlichen Rechts ist und außer der Interessenvertretung auch hoheitliche Aufgaben wahrnimmt.

Apotheken auf einen Blick
In Österreich spielen die öffentlichen Apotheken eine wichtige Rolle als Gesundheitsnahversorger. Ob Großstadt, Kleinstadt oder Gemeinde: Die österreichischen Apotheken liefern Qualität auf höchstem Niveau. Insgesamt beraten rund 6000 akademisch ausgebildete Apothekerinnen und Apotheker in 1400 Apotheken die Bevölkerung in Gesundheitsfragen. Die Beratungskompetenz ist eine der zentralen Leistungen der Apotheker. Zusätzlich erbringen über 350 Apothekerinnen und Apotheker wertvolle Versorgungs- und Beratungsleistungen für die Patienten in den österreichischen Krankenanstalten.
Mehr auf **www.apothekerkammer.at**

EUROPA-STAATSPREIS-GEWINNER 2017

„ROUTE28“ IST WERTVOLLER BEITRAG FÜR BÜRGERNAHES EUROPA

Das Projekt „Route28 – Die Europareise mitten in Wien“ wurde von einer hochkarätigen Fachjury zum Siegerprojekt aus 65 Einreichungen bestimmt. Die Gewinner des mit 10.000 Euro dotierten Preises, Mag. Katharina Moser und Stefan Apfl, und ihr Projektteam verwandelten anlässlich des Europatages 15 verschiedene Orte in Wien in europäische Länder, die von mehr als 800 TeilnehmerInnen „bereist“ wurden. Eines war allen Stationen gemein: Bei Route28 geht es um das Mitmachen und Eintauchen in europäische Kulturen. Aufgrund des großen Erfolgs des Projektes gibt es Überlegungen, Route28 in Zukunft auch in anderen Städten durchzuführen. Der Preis wurde 2015 ins Leben gerufen und ging dieses Jahr bereits in die dritte Runde.

EUROPÄISCHER SOLIDARITÄTSKORPS

Kommission will **eigenes Budget**

Seit Dezember 2016 gibt es ein Europäisches Solidaritätskorps, das jungen Leuten von 18 bis 30 Jahren die Möglichkeit bietet, Freiwilligendienst auch im EU-Ausland zu leisten. Die EU-Kommission schlägt dafür ein eigenes Budget von 340 Millionen Euro vor.

Mithilfe des Solidaritätskorps werden Freiwillige und Organisationen, die sie einsetzen wollen, zusammengeführt. Angeboten werden mehrmonatige Freiwilligendienste, Praktika, aber auch Arbeitserfahrung. In der ersten Phase des Solidaritätskorps gab es bereits 30.000 Anmeldungen auf der Online-Plattform der EU-Kommission. Jetzt schlägt die Kommission vor, die Rechtsgrundlage für das Programm zu vereinheitlichen und bis 2020 ein Budget von 341 Millionen Euro bereitzustellen. Außerdem wird das Angebot erweitert und soll zukünftig auch die Gründung von Solidaritätsprojekten und kleine Freiwilligenteams fördern.
Für Gemeinden ist dieses Programm insofern interessant, als sie etwa nach Naturkatastrophen, aber auch zur Unterstützung kommunaler Angebote wie Kindergarten oder Nachmittagsbetreuung mit dem Solidaritätskorps zusammenarbeiten und Freiwillige aus anderen Mitgliedstaaten in die Gemeinde einladen können.
Das Solidaritätskorps kann als Ergänzung des Erasmus-Programms gesehen werden und bietet bildungswegsunabhängige Auslandserfahrung.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1383_de.htm

EU-Haushalt 2018: **Entwurf**

Die Kommission legte Ende Mai den Haushaltsentwurf für 2018 vor. Mit über 161 Milliarden Euro an Mitteln für Verpflichtungen sollen neue Arbeitsplätze – insbesondere für junge Menschen – geschaffen und das Wachstum sowie strategische Investitionen angekurbelt werden. Aufbauend auf den Maßnahmen, die bereits in früheren Jahren unternommen wurden, soll mit dem nächsten EU-Haushalt den Herausforderungen weiterhin effektiv begegnet werden, die mit der Migration innerhalb und außerhalb der EU verbunden sind. Dank einer verbesserten Berichterstattung werden die konkreten Ergebnisse, die durch die EU-Mittel erzielt werden, noch stärker in den Blickpunkt rücken. Der Entwurf des Haushaltsplans bewegt sich innerhalb der vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten im mehrjährigen Finanzrahmen gesteckten Grenzen. Dabei wird allerdings davon ausgegangen, dass der Rat die bereits beschlossene Halbzeitrevision des mehrjährigen Finanzrahmens rasch nach den Wahlen im Vereinigten Königreich am 8. Juni formal annimmt. Andernfalls steht ein Teil der zusätzlich vorgeschlagenen Ausgaben, etwa die verbleibenden 700 Millionen Euro für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Zeitraum 2018–2020, auf dem Spiel und die Kommission müsste wahrscheinlich mit Haushaltsmitteln, die für die Landwirtschaft reserviert sind, zusätzliche Sicherheits- und Migrationsausgaben bestreiten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1429_de.htm

Europa **in Bewegung**

Mobilität und Verkehr sollen in Europa modernisiert werden. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrssektors zu wahren. Außerdem soll der Wandel hin zu sauberer Energie und Digitalisierung sozial gerecht gestaltet werden. Vizepräsident Jyrki Katainen (Bild): „ Hier geht es nicht nur um Verkehr. Wir nehmen auch Rücksicht auf neu entstehende Wirtschaftstrends. Das ist eine Chance, die europäische Wirtschaft moderner und nachhaltiger zu gestalten.“

Initiative **„WiFi4EU“**

Die Gemeinden in der EU bieten künftig an öffentlichen Orten, in den Magistratsabteilungen, in Parks und Bibliotheken Gratis-WLAN an. Bis 2020 soll das Projekt „WiFi4EU“ Wirklichkeit werden. Darauf einigten sich Kommission, Parlament und Rat. 120 Millionen Euro werden für 6000 bis 8000 Gemeinden europaweit bereitgestellt. Das Verfahren soll einfach und unbürokratisch ablaufen, so Andrus Ansip, zuständiger EU-Kommissar (Bild).

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1470_en.htm

FOTOS // BMeiA // © European Union , 2017/Mauro Bottaro/Adriana Lopez Sanfeliu/ Jennifer Jacquemart //

WARN- UND INFORMATIONSDIENST „KATWARN ÖSTERREICH“

DIE BEHÖRDE WARNT: **GRATIS UND SICHER FÜR GEMEINDEN**

Ab 1. Juli 2017 stellt das Innenministerium einen individuellen multifunktionalen Warn- und Informationsdienst für die Bevölkerung zur Verfügung. Damit ist eine Rundum-Sicherheit mit „ihrem persönlichen Schutzengel“ gewährleistet.

FOTO // shutterstock/Juergen Faelchle

Am 1. Juli 2017 ging die Applikation „KATWARN Österreich/Austria“ in Betrieb. „KATWARN Österreich/Austria“ ist ein neuer Warndienst für die Bevölkerung. Bei Unglücksfällen wie Großbränden, Bombenfunden oder Stürmen ermöglicht KATWARN den verantwortlichen Behörden, ihre Warninformationen direkt und ortsbezogen an die Mobiltelefone der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu senden. Darüber hinaus können auch sicherheitsrelevante Informationen, wie zum Beispiel zu Veranstaltungen, an interessierte Nutzergruppen themenbezogen und ortsunabhängig übermittelt werden.

Lebenswichtige Informationen: „KATWARN Österreich/Austria bietet den Menschen über Lautsprecheransagen, Sirenen und Rundfunk hinaus Informationen, die lebenswichtig sein können. Ob zu Hause, unterwegs oder bei der Arbeit – KATWARN Österreich/Austria bringt behördliche Warnungen direkt und kostenlos auf das Mobiltelefon“, erklärt Johann Bezdeka, Leiter der Gruppe II/B (Fremdenpolizei-, Zivil- und Katastrophenschutzmanagement) im Innenministerium. „Die Infrastruktur ermöglicht dabei auch die Einbeziehung öffentlicher Kommunikationsplattformen wie etwa die elektronischen Informationstafeln öffentlicher Verkehrsmittel.“

Das Bundesministerium für Inneres ist nicht nur für die allgemeine Sicherheits- und Kriminalpolizei verantwortlich, sondern auch mit der Koordination des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements betraut. Im Rahmen dieser gemeinsamen Verantwortung für die Sicherheit Österreichs stellt es die besondere Herausforderung dar, Österreichs Bevölkerung sowie die große Zahl an Touristinnen und Touristen über sicherheitsgefährdende Situationen zeitnah zu informieren und vor drohenden Gefahren zu warnen.

„Der fortschreitenden Digitalisierung muss auch bei der Verbreitung von Informationen über Gefahren und Naturkatastrophen Rechnung getragen werden. Die Entwicklung dieses Warn- und Infodienstes ist daher essenziell, um Informationen rasch und zeitnah einem möglichst breiten Personenkreis zur Verfügung zu stellen“, sagt Bezdeka. „Das Innenministerium wird daher in einem ersten Schritt diesen Warn- und Infodienst erproben. Danach werden die gewonnenen Erkenntnisse gemeinsam mit den Ländern einer umfassenden Analyse unterzogen werden. Danach wird eine Entscheidung über die weitere Ausrollung getroffen.“

Schnittstelle zu den sozialen Medien: „Mit KATWARN wurde für Österreich ein behördenübergreifendes einheitliches System für individuelle Warninformationen am Puls der Zeit geschaffen, das auch den Ländern für deren Zuständigkeitsbereich ab sofort zur Verfügung steht“, erklärt Johann Bezdeka und verweist dabei auch auf die positiven Erfahrungen und erfolgreichen Nutzungen von KATWARN in Deutschland. „KATWARN Österreich/Austria stellt somit ein Segment zur Information und Warnung der Bevölkerung dar, das bestehende etablierte Systeme und Kommunikationswege zur Bevölkerung wesentlich ergänzt, eine Schnittstelle zu den sozialen Medien enthält und in die behördliche Arbeit integriert wird.“

Die KATWARN-App wurde vom deutschen Fraunhofer

„KATWARN Österreich/Austria" ermöglicht den verantwortlichen Behörden, ihre Warninformationen direkt und ortsbezogen an die Mobiltelefone der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu senden.

MEHR INFOS
Weitere Informationen zur App finden Sie auf den unten angeführten Links und Downloads.

Links:
KATWARN-Homepage
www.katwarn.at

Downloads zu KATWARN
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Zivilschutz/katwarn/download_link/start.aspx

FOKUS-Forschungsinstitut entwickelt und wird in Österreich ausschließlich nicht-kommerziell genutzt werden.

Vorteile von „KATWARN Österreich/Austria"

KATWARN ist eine kostenlose behördliche Warninformation per App-, SMS- und E-Mail-Dienst. Sie weist Kommunikations-Ebenen in ansteigenden Warnstufen auf:

- Themeninformation (sicherheitsrelevante Informationen, in der Vorstufe zur Warnung, z. B. im Umfeld von Veranstaltungen),
- Warnung (Verhaltenshinweise),
- Extreme Gefahr/Alarm (Schutz suchen),
- Entwarnung.

Darüber hinaus verschickt die App ortsbezogene Warninformationen mit grafischer Information und Verhaltenshinweisen. Es können individuell bis zu sieben Orte bzw. Adressen (Wohnsitz, Büro, Wohnort der Eltern, Kindergarten etc.) gespeichert werden. Zusätzlich gibt es eine Schutzengel-Funktion: Wer sich im bewarnten Gebiet befindet oder sich in ein solches begibt, wird informiert.

Technische Besonderheiten: KATWARN ist eine App für iOS-, Android- und Windows-Mobiltelefone. Die App speichert keine personenbezogenen Daten und kann kein Bewegungsprofil der Nutzer erstellen. Darüber hinaus ist „KATWARN Österreich/Austria" mit internationalen Warninformationsdiensten wie „KATWARN Deutschland" kompatibel.

ROBERT STOCKER/BMI

GEMEINSAM.SICHER

SICHERHEITSBEAUFTRAGTE IN JEDER POLIZEIINSPEKTION

Ausgewählte Polizistinnen und Polizisten arbeiten seit 1. Juni 2017 bei „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ noch enger mit der Bevölkerung zusammen. Probleme sollen an der Wurzel erkannt und gemeinsam Lösungen mit den Beteiligten gefunden werden.

FOTO // BMI A.Tuma

„DAS ‚SICHERHEITSFORUM' IST EIN WICHTIGES INSTRUMENT, **UM BETROFFENE ZU BETEILIGTEN ZU MACHEN."**

GEMEINSAM.SICHER
in Österreich

Die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" wird seit 1. Juni 2017 österreichweit umgesetzt. Seitdem steht in jeder Polizeiinspektion eine Polizistin oder ein Polizist als Ansprechpartner zur Verfügung. Als „Sicherheitsbeauftragte" arbeiten diese eng mit Bürgerinnen und Bürgern zusammen, sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Organisationen und Institutionen. In 34 Bezirks- und Stadtpolizeikommanden gibt es Polizistinnen und Polizisten, die als „Sicherheitskoordinatoren" den Dialog zwischen Polizei und Bevölkerung fördern. In den anderen Bezirks- und Stadtpolizeikommanden übernahm mit 1. Juni 2017 der Kommandant oder sein Stellvertreter diese Funktion neben seinen sonstigen Aufgaben.

Sicherheitsforum. Die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" gibt der Polizei und den Menschen die Möglichkeit, Probleme an der Wurzel zu erkennen und gemeinsam Lösungen mit den Beteiligten zu entwickeln. Das „Sicherheitsforum" ist ein wichtiges Instrument, um Betroffene zu Beteiligten zu machen. Es ist eine freiwillige Plattform, in der gemeinsam Lösungen entwickelt und im jeweiligen Zuständigkeitsbereich der Teilnehmer umgesetzt werden. Die Menschen werden so in Themen, die ihre Sicherheit betreffen, einbezogen und wirken bei der Gestaltung der Sicherheit mit. Durch diese Einbindung können Ängste abgebaut und das Sicherheitsgefühl verbessert werden. Ziel ist, sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam ein Verständnis für Probleme herzustellen, um anschließend Lösungsansätze zu entwickeln. Die Polizistinnen und Polizisten koordinieren das Sicherheitsforum, auch wenn die Zuständigkeiten nicht direkt bei der Polizei liegen. Das Sicherheitsforum ist erfolgreich, wenn Verantwortlichkeiten geklärt und Maßnahmen vereinbart und umgesetzt werden. Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Bestandteil moderner Polizeiarbeit, die nicht nur die Verfolgung von Straftätern und das Verhindern von Delikten umfassen sollte. Sicherheitsforen sind das Werkzeug, mit dem die Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden. Österreich folgt damit einem internationalen Trend. Projekte zur Bürgerbeteiligung finden sich in fast allen europäischen Ländern.

Fachtagung. Verantwortliche der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" tauschten bei einer Fachtagung am 20. und 21. April 2017 in Wien Erfahrungen mit Fachexpertinnen und -experten aus Deutschland und der Schweiz aus und formulierten Maßnahmen für die Weiterentwicklung der Initiative. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass Sicherheit als „hohes Gut gemeinsam gestaltet werden sollte" und für eine bürgernahe Polizeiarbeit alle Beteiligten ins Boot geholt werden müssten. Bei der Fachtagung wurde die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" vom Projektteam in die Linie übergeben.

Ziel der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" ist, Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrer Gemeinde oder Stadt mitwirken zu lassen sowie den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, einer Stadtverwaltung und der Polizei zu verbessern. Die Initiative startete im April 2016 mit Pilotprojekten in den Bezirken Schärding in Oberösterreich und Mödling in Niederösterreich sowie in Eisenstadt im Burgenland und in Graz in der Steiermark. Im Sommer 2016 wurde die Initiative auch in Wien gestartet.

MEHR INFOS

Die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" wird laufend auf Wirksamkeit und Schwächen überprüft und auch innerhalb der Polizei ständig weiterentwickelt. Mehr Informationen zur Initiative erhalten sie unter **gemeinsamsicher@bmi.gv.at**,

www.facebook.com/BundesministeriumFuerInneres/videos

www.youtube.com/c/bundesministeriumfurinneresosterreich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BM.I

200 JAHRE KATASTER

ARBEIT OHNE ENDE

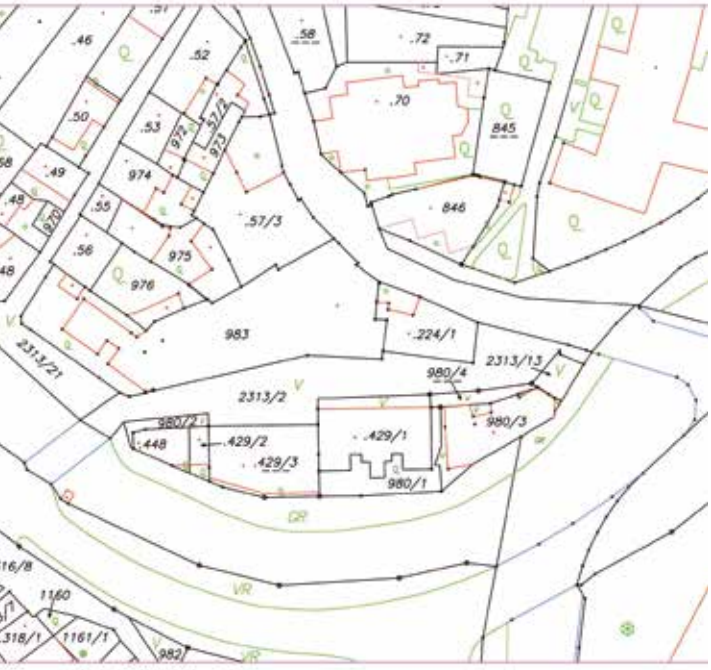
Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) hat als Metrologie-Institut, Geodaten-Provider und generell als Eich- und Vermessungsbehörde ein sehr breites Aufgabenspektrum und ist nicht nur Hüterin des Katasters. KOMMUNAL sprach über diese sehr österreichische Institution mit BEV-Präsident Wernher Hoffmann.

TEXT / Hans Braun

1817 legte Kaiser Franz I. mit der Unterzeichnung des Grundsteuerpatents den Grundstein für die Einrichtung des Katasters in Österreich und in den Ländern der ehemaligen Habsburger-Monarchie. Dieser Kataster hat sich seitdem natürlich ständig weiter entwickelt und ist heute ein vielseitig verwendetes digitales Produkt. Dafür verantwortlich ist das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen. Im heurigen Jubiläumsjahr stellen sich meist völlig neue Herausforderungen für das Amt.

Heute liegen die Schwerpunkte im Wesentlichen auf behördlichen Aspekten, wie die Führung des Katasters durch die Vermessungsämter oder der Vollzug des gesetzlichen Messwesens durch die Eichämter. Der Tätigkeitsbereich im Kataster macht auch, wie Wernher Hoffmann, Präsident des BEV, im Gespräch anmerkt, personell den größten Teil aus. Die Aufgaben der Eichämter reichen von der Überprüfung eichpflichtiger Messgeräte bis hin zur Kontrolle der Füllmengen von Fertigpackungen. „So können Konsumenten vertrauen, dass beispielsweise in einem Tetra-Pack von einem Liter auch wirklich ein Liter drinnen ist. Ebenso wird überprüft, dass nur zugelassene und geeichte Strom- oder Wasserzähler eingesetzt werden, die richtig messen“, wie Wernher Hoffmann anmerkt. Dass in Österreich richtig gemessen wird, dafür sorgt das BEV als Metrologie-Institut. Das hat nichts mit Meteorologie zu tun – es ist „die Repräsentanz der physikalischen Größen“, wie es Hoffmann formuliert. Es geht um Zeit, um Masse, um Länge und so weiter, um international anerkannte Messgrößen, um die sich im täglichen Leben vieles dreht und die von der Wirtschaft gebraucht werden. Stolz ist der BEV-Präsident auch auf die führende Rolle in der Längenmessung und dass das Meter als Längeneinheit von Österreich aus weltweit koordiniert wird.

Für Gemeinden ist vor allem der Vermessungsbereich wichtig, weil sie Geodaten be-



Zwischen der aktuellen digitalen Katastralmappe und dem Franziszeischen Kataster von 1826 liegen Welten.

Wernher Hoffmann, Präsident des Bundesamts für Eich- und Vermesswesen, im Gespräch mit dem Autor.

ziehen, die sie für die Gemeindeverwaltung brauchen. Und gerade beim Kataster werden laufend Daten aktualisiert, die sich die Gemeinden holen müssen. „Die Kosten dafür sind aber relativ gering", beruhigt Hoffmann, „wir reden hier von ein paar Cent bis ein paar Euro." Genauso wichtig ist das Adressregister, das im BEV geführt wird. Hoffmann: „Das ist eigentlich ein Vorzeigeprojekt, wie Daten in Kooperation aktualisiert werden." Die Gemeinden vergeben Straßennamen und Hausnummern, das Werkzeug für diese Arbeit, also für das Geocodieren, kommt vom BEV. Diese Daten kommen dann ins zentrale System und sind somit als amtliche Datenbestände für alle verfügbar.

Ähnlich funktioniert es mit den Straßen- und Wegeinformationen. „Unsere Partner sammeln Daten und stellen sie zur Verfügung, wir bearbeiten sie und liefern verwertbare Grundlagen. Bei allem, was mit Grundstücken, Flächenwidmung, Bebauung, Abwasser, Wasser und so weiter zusammenhängt, kommen die Gemeinden zu uns. Man kann sagen, dass im Bereich Geodaten die Gemeinden große Kunden von uns sind", wie Hoffmann stolz anmerkt.

2017: Jubiläum 200 Jahre Kataster. Will man den Kataster verstehen, muss man ein bisschen vorher ansetzen, weil solche Dinge entwickeln sich ja nicht wie ein Big Bang. Schon im Mittelalter – und vermutlich schon vor Christi Geburt – mussten die Gutsverwaltungen die Bestände ihres Eigentums dokumentieren. Die Initialzündung waren die staatlichen Strukturen, die damals entstanden sind und wo es vornehmlich um Besteuerung ging. Damit ging einher, dass mit einem Kataster alles transparent und überprüfbar und messbar war. Es gab somit auch keinen Grund für Misstrauen, denn in jedem sozialen Gefüge ist Misstrauen das Schlimmste, was passieren kann – insbesondere bei der Besteuerung. Dieses gewachsene System wurde 1817 in ein staatliches eingefügt, wobei damals aus Steuergründen vor allem die landwirtschaftlich nutzbare Fläche wichtig war. Städtische Gebiete oder Ortsgebiete waren damals mehr oder weniger uninteressant. Das Militär mit seinen Kriegserfahrungen und strategisch-taktischen Vorgaben wollte aber aus eben diesen Gründen die Ortschaften auch dokumentiert haben. Deswegen ist in der Monarchie ein vollständiger Kataster erhoben worden. Aber der ursprüngliche Treiber waren steuerliche Gründe, die haben auch den immensen Aufwand gerechtfertigt.

„Von 1817 bis 1861 wurde dann in rund 165.000 Mappenblättern die gesamte Monarchie erfasst – das waren rund 50 Millionen Grundstücke auf ca. 300.000 km²", gibt Hoffmann zu bedenken. „Dass sich so ein Werk hinterher immer verändert, war damals schon klar. Das bedeutete, dass man den Kataster auch führen muss, was nach 1861 eine gewaltige Aufgabe »

> „Letztendlich versuchen wir, **alles zu digitalisieren.**"
>
> **Wernher Hoffmann**
> auf die Frage, welche Entwicklungen im Kataster absehbar und möglich sind.

FOTOS // KOMMUNAL/Hussak // BEV

war.“ Gleichzeitig sind die Grundbücher entstanden, und 1883 hat man festgestellt, dass diese beiden Systeme besser nicht auseinanderlaufen, so Hoffmann. „Als Reaktion wurde das Evidenzhaltungsgesetz geschaffen, wo genau das beschrieben wurde.“

Heute ist der steuerliche Aspekt noch da, aber bedeutend weniger im Vordergrund als ursprünglich. „Die Besteuerung der Landwirtschaft basiert immer noch auf dem Kataster, aber mit der Entwicklung des Grundbuchs hat man erkannt, dass auch die Lage der Grundstücke zueinander relevant ist.“ Hoffmann meint damit ein Rechtsthema, das auch wieder in Übereinstimmung mit dem Kataster stehen sollte. „Eine im Grundbuch eingetragene Fläche sollte die sein, die im Kataster dokumentiert ist. Das ist sogar heute immer noch eine Herausforderung.“

Rechtlich hat dieses System lange gehalten, wenn sich auch die technischen Möglichkeiten dramatisch verändert haben. „Ein Sonderfall war immer das Gemeindegut, wo es ja nie einen persönlichen Besitzer gegeben hat. Man musste immer schon darauf achten, dass sich nicht Private sozusagen auf Kosten der Gemeinden flächenmäßig bedient haben“, wie Hoffmann anmerkt. Aus dem heraus hat man 1969 mit dem Vermessungsgesetz zusätzlich zum bestehenden Grundsteuerkataster den sogenannten Grenzkataster eingeführt, in dem die Grundstücksgrenzen rechtsverbindlich festgelegt sind und verloren gegangene Grenzzeichen leicht wieder hergestellt werden können. Zudem ist im Grenzkataster auch eine Ersitzung von Grundstücksteilen unmöglich.

Wenn es aber nur das wäre, dann wäre das System ein bisschen aufwändig, wie Hoffmann ausführt. Es ist bei uns nicht so wie in den Vereinigten Staaten, wo der Besitzer der ist, der die Urkunde hat. Was den österreichischen Kataster vor allen anderen auszeichnet, ist das Öffentlichkeitsprinzip. Hoffmann spricht damit den Fakt an, dass sich jeder den Kataster und das Grundbuch und die Informationen darin anschauen darf. „Unterbunden sind nur personengestützte Abfragen, was besonders in unserer Zeit wichtig ist. Man darf nicht online in das Grundbuch gehen und schauen, was wem gehört. Das ist im Wesentlichen den Rechtsberufen und öffentlichen Stellen vorbehalten. Gemeinden benötigten den Kataster immer schon auch für alle Arten von Planung, Flächenwidmung und Dokumentation im täglichen Ablauf. Das konnte sich nur entwickeln, weil der Kataster öffentlich und damit verfügbar war“, betont Hoffmann.

Der Kataster im digitalen Zeitalter. „In keinem Land der Welt hat der Kataster eine derartige Integration in das tägliche Leben in der Verwaltung im Gemeindebereich wie in Österreich.“ Mit diesem Satz beschreibt Hoffmann kurz und knapp, wie es um die Grundlagen der Gemeindearbeit in Planungssachen aussieht. „Wem gehört’s, worauf muss ich bei Widmungen aufpassen, wo ist die Grenze, wo ist ein Naturschutzgebiet – auf all diese Fragen gibt heute der Kataster Antwort. Immer kommt man auf die eine Frage zurück: Wem gehört’s? Wer hat ein Recht?“

Das ist heute über die digitale Führung online sehr einfach, die Gemeinde hat auch immer die Möglichkeit, sich auf die aktuellsten Daten zu beziehen. „Ich muss diese Daten aber auch in einer Form anbieten, damit hinterher jemand etwas damit machen kann“, präzisiert Hoffmann. Nicht umsonst hat das BEV neben den Gemeinden auch Kunden wie die Ziviltechniker oder diverseste Unternehmen, wie zum Beispiel aus der Immobilienbranche oder der Geoinformationswirtschaft. „Und diese Entwicklung ist definitiv ein ‚Kind der Digitalisierung‘.“

Welche Entwicklungen im Kataster absehbar und möglich sind?„Letztendlich versuchen wir, alles zu digitalisieren“, gibt Hoffmann wie aus der Pistole geschossen Auskunft. Da geht es auch um die alten Unterlagen. Vollständige Information zu jeder Zeit an jedem Ort über Rechtsverhältnisse an Grund und Boden – auch in die Vergangenheit gerichtet – ist das Ziel. Damit entstehen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung enorme Einsparungen an aufwändigen Erhebungsarbeiten. Aber bis das alles abgeschlossen ist und richtig funktioniert, wird es noch einige Zeit dauern, vor allem, weil immer noch alte Unterlagen zu digitalisieren und Örtlichkeiten zu vermessen sind. Und die Abfragemöglichkeiten im Internet sind auch immer noch nicht völlig ausgereizt. Was man in der Natur sieht, soll ohne Wenn und Aber das sein, was es im Kataster sein soll. „Aber eines ist auch klar: Durch die Veränderungen wird es nie ein Ende der Arbeit am Kataster geben.“

DAS BEV

Das BEV ist eine dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft nachgeordnete Bundesbehörde mit den Aufgabenbereichen Vermessung und Geoinformation und Mess- und Eichwesen. Sitz der Zentrale ist Wien, österreichweit ist das BEV mit 58 Dienststellen und rund 1100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Bundesländern vertreten.
Die Aufgabenschwerpunkte des Fachbereiches Vermessung und Geoinformation im BEV sind die Grundlagenvermessung, die Anlegung und Führung des Katasters zur Dokumentation der räumlichen Zuordnung der Eigentumsrechte an Grund und Boden und die topographische Landesaufnahme. Die Ergebnisse dieser Arbeiten bilden als nationale Geobasisdaten die Grundlage der österreichischen Geodaten-Infrastruktur.
Der Fachbereich Mess- und Eichwesen umfasst das Nationale Metrologie-Institut und die nationale Eichbehörde. Als Nationales Metrologie-Institut ist das BEV verantwortlich für die Bereithaltung und Weiterentwicklung der nationalen Messnormale. Die Aufgaben der Eichbehörde sind Vollzugsmaßnahmen im Rahmen des gesetzlichen Messwesens, die sicherstellen, dass die zum Schutz und zur Sicherheit der Wirtschaft und Gesellschaft notwendigen Messungen mit der erforderlichen Genauigkeit und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend durchgeführt werden.
www.bev.gv.at

Redaktionell gekürzt. Lesen Sie den ganzen Beitrag auf www.kommunal.at

BMF
BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Neu: Steuergutschrift kommt automatisch

BMF/Colourbox

Antragslose Arbeitnehmerveranlagung: Ersparen Sie sich den Weg zum Finanzamt und profitieren Sie von einem neuen Service. Ihre Steuergutschrift für 2016 erhalten Sie in der zweiten Jahreshälfte 2017 einfach automatisch.

Wann bekommen Sie die automatische Gutschrift?

Unter diesen Voraussetzungen zahlt Ihr Finanzamt zu viel einbehaltene Lohnsteuer ohne einen Antrag automatisch zurück:

- Sie haben bis Ende Juni 2017 keine Arbeitnehmerveranlagung für 2016 beantragt.
- Sie haben 2016 nur lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen.
- Sie haben 2015 und 2016 weder Werbungskosten noch Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen oder etwa den Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag geltend gemacht.

Das soll gewährleisten, dass eine nachträgliche Änderung nicht mehr erforderlich ist.

Warum erst ab Juli 2017?

Bis dahin werden die meisten Arbeitnehmerveranlagungserklärungen zur Berücksichtigung von steuerlichen Abzugsposten abgegeben. Wer das nicht gemacht hat, profitiert von der automatischen Arbeitnehmerveranlagung und bekommt seine Gutschrift überwiesen.

Gute Nachrichten vom Finanzamt

Wenn Sie für die Antragslose Arbeitnehmerveranlagung in Frage kommen, erhalten Sie in der zweiten Jahreshälfte 2017 ein Informationsschreiben. Das Finanzamt bittet Sie darin, Ihre Kontodaten bekannt zu geben oder zu überprüfen und mögliche Änderungen zu melden. Stimmen die Kontodaten, müssen Sie nichts weiter tun. Sie erhalten einen Bescheid, und die Steuergutschrift wird auf Ihr Konto überwiesen.

FACT-BOX

Wussten Sie, dass...

... pro Jahr rund 3,5 Millionen Arbeitnehmerveranlagungen im Finanzamt eingehen?
... 200 Millionen Euro an Steuergutschriften nie abgeholt werden?
... Sie Ihre Steuerangelegenheiten 24 Stunden am Tag und ortsunabhängig online erledigen können? FinanzOnline macht es möglich: www.finanzonline.at.

Mehr über die Antragslose Arbeitnehmerveranlagung finden Sie auf: **www.bmf.gv.at/aanv**

Entgeltliche Einschaltung des Bundesministeriums für Finanzen

70 JAHRE SALZBURGER GEMEINDEVERBAND

MIT GROSSEM IDEALISMUS UND GRENZENLOSEM EINSATZ

70 Jahre bedeuten im Leben jeder Organisation einen Markstein, bei dem es sich lohnt, Rückschau zu halten und das Verbandsgeschehen den Mitgliedern ins Gedächtnis zu rufen.

TEXT / Hans Braun

Schon früh hatte eine Reihe von Salzburger Bürgermeistern erkannt, dass die einzelne Gemeinde bei der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber Bund und Land und sonstigen Körperschaften auf fast verlorenem Posten steht und dass nur eine geschlossene und starke Vereinigung aller Gemeinden in der Lage ist, die kommunale Selbstverwaltung zu schützen und auszubauen.

Am 6. Juni 1947 fand in Salzburg die erste Besprechung zur Gründung eines Salzburger Gemeindeverbandes statt. 17 Bürgermeister aus allen Bezirken waren der Einladung von NR Isidor Grießner, Bürgermeister von Fusch an der Glocknerstraße, gefolgt. Bei dieser Sitzung wurde ein Proponentenkomitee bestellt. In weiterer Folge wurden in allen Bezirken des Landes Bürgermeister-Konferenzen abgehalten und die Satzungen des Verbandes erstellt, die am 26. Juli 1947 behördlich genehmigt wurden. Das Proponentenkomitee war bestrebt, dass möglichst viele Gemeinden dem Salzburger Gemeindeverband beitraten. Tatsächlich hatten bis Ende des Jahres 1947 bereits 78 von 109 Gemeinden ihren Beitritt erklärt und im Rahmen von Bezirksbürgermeisterkonferenzen ihre Delegierten bestimmt. Ebenfalls noch im Jahr 1947 wurde dem neuen Verband das Recht zugesprochen, das Salzburger Landeswappen zu führen.

Am 29. Jänner 1948 fand dann die erste Delegiertenversammlung statt, bei der Bgm. Hans Stelzinger von Seekirchen-Markt zum Landesobmann gewählt wurde. Landesobmannstellvertreter wurde Bgm. Raimund Rohrmoser (Saalfelden). Der Rechtsreferent der Landwirtschaftskammer, Dr. Birner, wurde nebenberuflich zum Sekretär des Verbandes bestellt. In weiterer Folge schloss sich der Salzburger Gemeindeverband dem Österreichischen Gemeindebund an.

> „**Zentrales Anliegen** des Salzburger Gemeindeverbandes **war immer und ist stets die Vertretung der Interessen der Salzburger Gemeinden** gegenüber Land und Bund."

1. Österreichischer Gemeindetag „der Neuzeit" in Salzburg. Einen Höhepunkt des Jahres 1948 stellte der 1. Österreichische Gemeindetag dar, der in Salzburg abgehalten wurde. Wie Stelzinger in einem seiner Berichte ausführte, gab diese erstmalige Veranstaltung ihrer Art auch dem Salzburger Verbandsleben erheblichen Auftrieb.

Im Jahr 1950 wurde satzungsgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Bgm. Hans Stelzinger blieb Landesobmann, stellvertretender Obmann wurde Bgm. NR Hans Schweinberger (Neukirchen am Großvenediger). Im Laufe der Zeit konnte man mit einem nebenberuflichen Sekretär nicht mehr das Auslangen finden, sodass mit 1. November 1953 Josef Schöpp zum ersten hauptberuflichen Landesgeschäftsführer bestellt wurde. Gleichzeitig wurde ein eigenes Büro in Salzburg, in der Franz-Josef-Straße 41, eingerichtet. Dr. Birner blieb Rechtskonsulent des Verbandes. Im Jahr 1974 beendete Josef „Sepp" Schöpp seine Tätigkeit als Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindeverbandes. Sein Nachfolger: Dr. Franz Hocker, der dann im Jahr 2004, nach 30 Jahren erfolgreicher Tätigkeit, seine Aufgaben an Dr. Martin Huber übergab.

Chronik der Verbands-Präsidenten. Bürgermeister Hans Stelzinger, gleichzeitig Landesfeuerwehrkommandant von Salzburg, blieb

FOTOS // KOMMUNAL-Archiv // Österreichischer Gemeindebund // Salzburger Gemeindeverband // Gemiende Oberndorf

Das Präsidium des 37. Österreichischen Gemeindetages aus dem Jahr 1990 mit dem damaligen Salzburger Verbandspräsident Hans Schmidinger (2. v. l.) Ganz links Vizepräsident Rudolf Staudinger, rechts von Schmidinger Gemeindebund-Generalsekretär Robert Hink und ganz rechts Gemeindebund-Präsident Franz Romeder.

In Salzburg fanden immer besondere Gemeindetage mit hochrangigen Besuchern statt. Rechts eine Aufnahme vom 19. Gemeindetag 1968 mit dem späteren Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger (4. v. r.), zu dem Zeitpunkt noch Botschafter in der Tschechoslowakei. Ein paar Wochen später brach dort der „Prager Frühling" los, durch den Kirchschläger Berühmtheit erlangen sollte.

Eine der äußerst raren Aufnahmen des 9. Österreichischen Gemeindetages 1956 in Salzburg. Auf dem Podium saßen damals Johann Siess (Bgld. Gemeindebund), Friedrich Robak (GVV im Burgenland), Josef Ritscher (Kärnten), Franz Schöberl (GVV VP NÖ), Rudolf Wehrl (GVV SP NÖ), Ernst Grundemann-Falkenberg (OÖ), Hans Stelzinger (Szbg.), Josef Krainer (Stmk.), Franz Kröll (T) und Günther Moosbrugger (Vbg.). Gemeindebund-Präsident war zu der Zeit der Oberösterreicher Florian Födermayer, auf dessen Initiative die Gründung des Österreichischen Gemeindebundes zurückging.

DIE PRÄSIDENTEN DES SALZBURGER GEMEINDEVERBANDES SEIT 1948

1. **Hans Stelzinger, Bürgermeister von Seekirchen-Markt**
2. **Hans Maier, Bürgermeister von Oberndorf**
3. **Hans Kappacher, Bürgermeister von St. Johann im Pongau**
4. **Hans Esterer, Bürgermeister von Henndorf am Wallersee**
5. **Hans Schmidinger, Bürgermeister von Thalgau**
6. **Helmut Mödlhammer, Bürgermeister von Hallwang**
7. **Günther Mitterer, Bürgermeister St. Johann im Pongau**

bis 1960 Landesobmann des Verbandes. Nach seinem Ausscheiden als Bürgermeister von Seekirchen-Markt wurde der Bürgermeister von Oberndorf, Hans Maier, zum Landesobmann gewählt. Stellvertreter blieb Bgm. Hans Schweinberger. Nachdem Bgm. Maier 1964 sein Amt als Bürgermeister niedergelegt hatte, wurde im darauffolgenden Jahr der Bürgermeister von St. Johann im Pongau, Hans Kappacher, zum Landesobmann gewählt. Bgm. Komm.-Rat Hans Esterer (Henndorf am Wallersee) wurde stellvertretender Obmann. Nach dem Ausscheiden von Bgm. Hans Kappacher aus seinem Bürgermeisteramt wurde Bgm. Komm.Rat Hans Esterer neuer Landesobmann des Salzburger Gemeindeverbandes. Als sein Stellvertreter kam Bgm. Ök.-Rat Simon Illmer aus Pfarrwerfen ins Amt. Beide kandidierten dann 1984 nicht mehr für das Bürgermeisteramt, sodass 1985 Landtagspräsident Bgm. Hans Schmidinger (Thalgau) zum Präsidenten des Gemeindeverbandes gewählt wurde. Bgm. Labg. Ök.-Rat Rudolf Eder (Lofer) wurde Vizepräsident. Nachdem Landtagspräsident Bgm. Schmidinger aus dem Bürgermeisteramt ausschied, wurde im Jahr 1992 Bgm. Helmut Mödlhammer (Hallwang) zum neuen Präsidenten ernannt.

Mitte 2014 wurde die Führung der Interessenvertretung der Salzburger Gemeinden vom langjährigen Präsidenten Bgm. Prof. Helmut Mödlhammer in die Hände von Präsident Bgm. Günther Mitterer übergeben.

Die Anliegen blieben die gleichen. Zentrales Anliegen des Salzburger Gemeindeverbandes war immer und ist stets die Vertretung der Interessen der Salzburger Gemeinden gegenüber Land und Bund, vor allem in finanziellen Fragen. „Kommunale Selbstverwaltung kann nur dann wirklich bestehen und die ihr zukommenden Aufgaben erfüllen, wenn sie finanziell abgesichert ist. Gerade aus dieser Erkenntnis heraus war es stets das Bemühen der Funktionäre des Salzburger Gemeindeverbandes, gegenüber Gesetzgebung und Vollziehung die Interessen der Gemeinden nach Kräften wahrnehmen zu können“, so der langjährige Präsident Helmut Mödlhammer im Jahre 2008.

In den Jahren seither konnte der Salzburger Gemeindeverband einige besondere Erfolge verzeichnen: Die stufenweise Neuregelung des Sozialhilfeschlüssels zugunsten der Gemeinden, die außerordentliche Anhebung des Grundtarifs für öffentliche Alters- und Pflegeheime sowie mehrere andere Verhandlungserfolge, bei denen die Unterstützung der Gemeinden seitens des Landes Salzburg deutlich verbessert werden konnte, etwa in Sachen Kindergärten und Schulverwaltungssoftware. Den künftigen Herausforderungen – von der demografischen Entwicklung bis zum globalen Destinationswettbewerb – wird der Salzburger Gemeindeverband, wie in den letzten sieben Jahrzehnten, bestrebt und im Sinne der Gemeinden entgegentreten.

> „ZU DEN GRÖSSTEN ERFOLGEN SEIT 2014 ZÄHLT DIE **UMSETZUNG EINER UMFANGREICHEN BEZUGSREFORM BEI DEN KOMMUNALEN MANDATSTRÄGERN.**“

Die Jahre 2009 und 2010 waren für den Salzburger Gemeindeverband und seine Gemeinden von großen wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt, die Senkung des Sozialhilfeschlüssels zugunsten der Gemeinden konnte zumindest einige Jahre die Dynamik in diesem Bereich abfedern. Trotz der Nachwirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise blieben die Gemeinden die mit Abstand größten öffentlichen Investitionsgeber und leisteten damit einen wesentlichen Beitrag für die wirtschaftliche und sozialpolitische Stabilität im Bundesland. Die Folgejahre waren von einem massiven Ausbau und der Erneuerung der kommunalen Infrastruktur insbesondere im Bereich der stationären Senioren- und Pflegeeinrichtungen, der schulischen Nachmittagsbetreuung sowie der Betreuung der unter Dreijährigen geprägt.

Zu den größten Erfolgen seit 2014 zählt die Umsetzung einer umfangreichen Bezugsreform bei den kommunalen Mandatsträgern sowie vollständige Neustrukturierung der Ausbildung der Gemeindebediensteten, auch die gesetzliche Neuregelung der Anliegerleistungen konnte umgesetzt werden. Große Herausforderungen waren und sind bis heute die Raumordnung, die Kinderbetreuung sowie die Kostenentwicklung in der sozialen Wohlfahrt – nur einige Beispiele von vielen.

www.gemeindeverband.salzburg.at

FOTOS // Szbg. Gemeindeverband // Ö. Gemeindebund/Matern // Oczlon

SONDERAUSGABE

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

Klare Aussagen beim Gemeindetag

Beim Gemeindetag in Salzburg ging es nicht ausschließlich ums Geld. Die Gemeinden forderten nicht weniger als mehr Mitspracherecht und die Wiedereinsetzung eines Österreich-Konvents.

36 SEITEN SONDERTEIL GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE 2017 ZUM HERAUSNEHMEN

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

„HAUSVERSTAND UND ZEHN GEBOTE“ WÜRDEN AUSREICHEN

Vieles war neu bei diesem 64. Österreichischen Gemeindetag in Salzburg. Für Alfred Riedl war es der erste Gemeindetag seiner Amtszeit als neuer Gemeindebund-Chef, auch der Bundespräsident feierte eine kleine Premiere. Der Andrang war riesig, die Prominenz groß, die politischen Botschaften in der Sache hart.

WIR BRAUCHEN SO ETWAS WIE EINEN NEUEN ÖSTERREICH-KONVENT. WIR MÜSSEN ENDLICH DEN WIRRWARR AN ZUSTÄNDIGKEITEN BEREINIGEN.“

Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl bei seiner Festrede vor einer übervollen Halle.

TEXT / Daniel Kosak

Mehr als 2300 Gemeindevertreter/innen aus ganz Österreich waren nach Salzburg gekommen, um dort – bei der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs – Erfahrungen auszutauschen und sich bei der Messe über Neuigkeiten zu informieren. Sie waren aber auch gekommen, um den neuen Gemeindebund-Präsidenten Alfred Riedl zu erleben. Für ihn war es der erste ganz große Auftritt seiner Amtszeit. Er hatte die Führung des Gemeindebundes im März von Langzeit-Chef Helmut Mödlhammer übernommen, der sich nach 18 Jahren an der Spitze aus der Politik zurückzog.

Noch selten war die politische Prominenz bei einem Gemeindetag so groß. Zur Eröffnung reiste Bundeskanzler Christian Kern an. „Die Welt wäre eine bessere, wenn sie von Bürgermeistern regiert würde“, zitierte der Kanzler in seinen Eröffnungsworten Benjamin Barber, einen renommierten US-Politikwissenschafter. Dann widmete er sich dem Anstich eines Trumer-Bierfasses, um den Gemeindetag auch physisch zu eröffnen. „Ich habe noch nie einen Fassanstich gemacht, ich bin sicher, ihr werdet euren Spaß mit mir haben. Ich habe sicherheitshalber einen zweiten Anzug mit“, scherzte Kern. Genau wie die Eröffnung vor rund 1000 Zuhörern ging aber auch der Bieranstich problemlos über die Bühne.

Zuvor schon hatte Gemeindebund-Chef Alfred Riedl in einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Salzburger Verbandschef Bgm. Günther Mitterer eine IFES-Studie vorlegt, in der die wichtigsten Themenfelder bei Bevölkerung und Bürgermeister/innen abgefragt wurden. „Thematisch sind die Themen Arbeitsplatz, Sicherheit und gute Wohnsituation im Bedürfnis der Menschen ganz weit vorne“, so Riedl. „Das sind die Faktoren, die entscheidend dafür sind, ob jemand in einer Gemeinde bleibt oder sie verlässt.“ Auch in der Vertrauensfrage liegen die Gemeinden weiterhin unangefochten vorne. „Uns wurde bestätigt, dass wir die bürgernächste Einheit sind, die am besten weiß, welche Bedürfnisse die Menschen haben. Und wir arbeiten effizienter als alle anderen“, so Riedl und Mitterer. (Alle Ergebnisse der Studie finden Sie auch auf **www.gemeindebund.at**)

Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (er hielt die Festrede), Salzburgs Landtagspräsidentin Brigitte Pallauf (sie vertrat den frischverheirateten Landeshauptmann Wilfried Haslauer), Bundespräsident Alexander van der Bellen (er war das erste Mal am Gemeindetag) und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl beim Einzug in die Festhalle, wo 2300 Delegierte den Reden lauschten.

Nach der Eröffnung ging es im Halbstundentakt mit Highlights weiter. Auf der Messe tummelten sich Kommunalvertreter aus allen Regionen, um sich Innovationen und Neuigkeiten für gemeinderelevante Bereiche anzusehen. „Es ist gut, dass es die Kommunalmesse nun jedes Jahr beim Gemeindetag gibt", sagte Riedl. „Es ist für unsere operative Arbeit von großer Bedeutung, dass wir immer am neuesten Wissensstand sind." Am frühen Nachmittag eilte der neue Gemeindebund-Chef schließlich zur höchstrangig besetzten Fachtagung u. a. mit Bildungsministerin Sonja Hammerschmid, Umweltminister Andrä Rupprechter und dem Chef des Verbund-Konzerns, Wolfgang Anzengruber. Das Thema: Digitalisierung. Unter Moderation des bekannten Politikwissenschafters Peter Filzmaier diskutierte man vor rund 800 Gästen über die Chancen und Probleme der Digitalisierung. „Wir kämpfen hier mit extrem komplexen Förderbedingungen, die vor allem für kleine Gemeinden ein großes Problem sind", so Riedl. „Dass wir hochfrequente Breitbandnetze brauchen, daran besteht ja nicht der geringste Zweifel, das gehört inzwischen zur Ausstattung einer Gemeinde, so wie auch die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung von Müll und Abwässern oder gute Straßeninfrastruktur."

Bildungsministerin Hammerschmid verwies verständlicherweise vor allem auf die Vorteile, die Digitalisierung für Bildungseinrichtungen bringt. „Wir haben inzwischen 70 Prozent der Schulklassen am Netz. Die restlichen 30 Prozent werden wir mit entsprechenden Förderungen auch noch schaffen." Für Umweltminister Rupprechter ist die Digitalisierung nur einer von mehreren wichtigen Punkten für den ländlichen Raum. „Wir haben im Masterplan mehr als 3000 Maßnahmen erarbeitet, die dem ländlichen Raum helfen und ihn zukunftsfit halten sollen."

Traditioneller gesellschaftlicher Höhepunkt des Gemeindetages war schließlich der Galaabend, bei dem sich das Bundesland Salzburg von seiner schönsten Seite präsentierte. Zu Beginn verlieh Innenminister Wolfgang Sobotka die Auszeichnung Bürgermeisterin des Jahres an Anita Gössnitzer aus Obervellach (Kärnten), Bürgermeister des Jahres wurde Horst Gangl aus Ernstbrunn (NÖ), zur Gemeinde des Jahres wurde – auserkoren aus 5000 Nominierungen – die Kärntner Gemeinde Griffen, für die Bgm. Josef Müller die Auszeichnung entgegennahm.

Die musikalische Umrahmung für den wunderschönen Galaabend lieferten u. a. die Lieferinger Fischermusik, die Tänzer/innen vom Kuchler Heimatverein sowie die Bürgermeisterkapelle. Eine spektakuläre Show lieferte Manuel Horeth, ein Mentalist, auf der Bühne ab. Er präsentierte seine „Kunststücke" mit willkürlich ausgewählten Menschen aus dem Publikum und gewann auch den staunenden Innenminister Wolfgang Sobotka als Helfer.

Bei der Haupttagung am Freitag wurde es inhaltlich. „Wir haben einige klare Botschaften, die wir als Gemeindevertreter/innen dem Bund senden wollen und müssen", so Alfred Riedl in seiner Rede. „Wir fordern mehr Mitsprache bei Entscheidungen, die uns betreffen, wir können nicht ständig Ausfallshafter für Vorhaben sein, die der Bund sich einbildet. Wir brauchen die direkte Vertragsfähigkeit der Gemeinden mit dem Bund und den Ländern. Dann sitzen wir bei

DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG KOMMUNIKATION & MEDIEN DES ÖSTERREICHICSHEN GEMEINDEBUNDES.
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

FOTOS // KOMMUNAL/Christandl, Thomas Max // Gemeindebunde/Schuller

„Sie sind die Ebene, mit denen die Bürger den meisten Kontakt haben. Ich beneide Sie alle nicht darum, denn das heißt auch, dass man 24 Stunden am Tag verfügbar sein muss."

Alexander van der Bellen streut den Gemeindevertretern Rosen

den Verhandlungen mit am Tisch und sparen uns die Umwege über die Länder. Auf Landesebene wiederum könnten unsere Verbände Vereinbarungen mit ihren Regierungen abschließen."

Insgesamt, so Riedl, leiden die Gemeinden unter der zunehmenden Bürokratie und überbordenden Vorschriften und Gesetzen. „Es gibt viele Dinge, für die würden der Hausverstand und die Zehn Gebote völlig ausreichen", so Riedl. „Es wird alles immer mehr verrechtlicht, das ist keine gute Entwicklung." Ein Mehr an Zutrauen und ein Weniger an Fürsorge, hielte Riedl für angebracht, auch bei den Bürger/innen. „Es muss nicht alles der Staat regeln." Man beobachte mit Sorge, dass auch jetzt, kurz vor einem Wahlgang, wieder Versprechen gemacht und Wahlzuckerl verteilt werden. „Ich sehe die Abschaffung des Pflegeregresses sehr kritisch, das wird viel Geld kosten und liegt finanziell bei Ländern und Gemeinden. Wir werden genau darauf schauen, dass uns der Bund alle entstehenden Mehrkosten vollständig ersetzt", so Riedl.

Die stärkste Ansage lieferte der neue Gemeindebund-Chef mit seiner Forderung nach einer Staatsreform: „Wir brauchen so etwas wie einen

neuen Österreich-Konvent. Wir müssen endlich den Wirrwarr an Zuständigkeiten bereinigen. Aufgaben- und Ausgabenkompetenz gehören für jeden Bereich jeweils in eine Hand. Die Ebene, die eine Aufgabe am besten erledigen kann, soll sie ausführen und dafür auch das Geld bekommen. Ohne Umwege."

Der Bundespräsident, ebenfalls neu im Amt und zum ersten Mal Gast bei einem Gemeindetag, lobte die Arbeit der Gemeinden. „Sie sind die Ebene, mit denen die Bürger den meisten Kontakt haben. Ich beneide Sie alle nicht darum, denn das heißt auch, dass man 24 Stunden am Tag verfügbar sein muss. Und nicht jedes Anliegen der Bürger ist auch gerechtfertigt, das habe ich auch gelernt."

Mit Spannung wurde die Festrede von Außenminister Sebastian Kurz erwartet. Er widmete einen Teil seiner Rede europäischen Fragen, wie etwa dem Schutz der Außengrenzen bzw. der Frage, wie die EU-Staaten gemeinschaftlich die Herausforderungen der Flüchtlingsbewegungen lösen können. „Wir müssen einfach auch festhalten: 95 Prozent der Menschen auf der Welt leben in schwierigeren Verhältnissen als das bei uns der Fall ist. Und trotzdem werden wir nicht alle aufnehmen können. Wir brauchen hier klare Regeln." Den Gemeinden streute der Außenminister naturgemäß Rosen.

„Wer auch immer nach dem 15. Oktober in der Regierung sitzt: **Wir brauchen wieder mehr Vertrauen in die Politik.**"

Außenminister Sebastian Kurz
bei seiner Festrede

„Ich bin sehr viel unterwegs, auch in kleinen Gemeinden. Ich spüre die Nähe, die sie zu den Menschen haben. Und ich glaube auch, dass viele Entscheidungen und Prozesse auf der lokalen Ebene viel besser aufgehoben sind."

Mit der Salzburger Landeshymne, der Europahymne und anschließender Versorgung durch die Gulaschkanone des Bundesheeres ging der 64. Gemeindetag zu Ende. Zuvor wurde Helmut Mödlhammer noch mit der Ehrenpräsidentschaft des Gemeindebundes sowie dem „Großen goldenen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst" vom Bundespräsidenten ausgezeichnet.

„Dieser Gemeindetag war ein tolles Erlebnis und ein wichtiges Zeichen dafür, welche politische Rolle wir in diesem Land haben", sagte Riedl, der drei Tage lang im vollen Einsatz stand. „Wenn man sieht, wieviele Bürgermeister/innen hier sind und dass praktisch die halbe Bundesregierung und Staatsspitze hier war, dann zeigt mir das: Wir sind der Hort der Demokratie in diesem Land, ohne uns Gemeinden, ohne unsere und IHRE Arbeit geht überhaupt nichts. Ich freue mich schon jetzt auf den Gemeindetag Ende September 2018 in Dornbirn."

Dreifache Ehrung für Helmut Mödlhammer

Den Dank für seinen 18-jährigen Kampf für die Interessen der Gemeinden erhielt Alt-Präsident Helmut Mödlhammer. Der Österreichische Gemeindebund ehrte ihn mit der Verleihung des Ehrenrings und der Ehrenpräsidentschaft des Gemeindebundes. Die Stadt Salzburg ehrte ihn mit der Verleihung der „Ehrenwappenmedaille in Gold", die höchste Auszeichnung, die die Mozartstadt zu vergeben hat.
Und Bundespräsident Alexander van der Bellen verlieh ihm das „Große Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst" – als „Beleg für Mödlhammers gestalterische und journalistische Kraft und das hohe Maß an Innovation, für das Mödlhammer steht", wie van der Bellen ausführte.

RESOLUTION DES BUNDESVORSTANDS

DEUTLICHE WORTE

Wie immer markierte die Sitzung des Bundesvorstands des Österreichischen Gemeindebundes den Beginn des Gemeindetages. Und wie immer war der Höhepunkt dieser Versammlung die Verabschiedung der Resolution.

Um gleich in medias res zu gehen: Die Resolution des Gemeindetages ließ nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig:

- **Keine Verfassungsreform ohne die Gemeinden** – unter diesem Punkt fordert der Gemeindebund, dass eine Staatsreform und auch deren Vorarbeiten nicht ohne die kommunalen Interessensvertretungen umgesetzt werden darf.
- **Die Vollziehbarkeit und Leistbarkeit von Gesetzen muss sich verbessern**: Die im Paktum zum FAG vereinbarte einvernehmliche Umsetzung der nötigen Änderungen der VRV-Novelle 2017 sowie die strikte Einhaltung der Verpflichtungen zur Darstellung der Folgekosten von legistischen Maßnahmen auf Gemeindeebene wird gefordert.
- **Die dauerhafte Sicherung der Gemeindefinanzierung:** Keine Gängelung der Gemeinden und Sicherung der Abgabenbautonomie: Der Gemeindebund verlangt einfach handhabbare Fördersysteme und fordert von Bund und Ländern als Gesetzgeber, dass von den halbherzigen Anschubfinanzierungen abgegangen wird und die Gemeinden eine langfristige finanzielle Sicherstellung ihrer Aufgabenerfüllung erhalten. Der Ausbau und die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen ist weiterhin vom Bund sicherzustellen.
- **Digitalisierung:** Der Gemeindebund fordert, dass die Gemeinden kostenlosen Zugriff auf die von ihnen benötigten bundesweiten Registerdaten erhalten. Darüber hinaus wird die Schaffung des Zentralen Haushaltsregisters im Zuge der Haushaltsrechtsreform verlangt. Zur Vermeidung der digitalen Kluft zwischen Stadt und Land hat der Bund ausreichende Mittel für eine tatsächlich flächendeckende und nachhaltige Hochleistungs-Breitband-infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
- **Masterplan für den ländlichen Raum:** Der Gemeindebund begrüßt die Initiative eines Masterplans für den ländlichen Raum und verlangt, dass dieser von der Planung auch in die tatsächliche Umsetzung gelangt, etwa mit der Dezentralisierung diverser Behörden.
- **Schulreform:** Der Gemeindebund verlangt im Zuge der aktuellen Entwicklungen der Schulreform die Sicherstellung der Finanzierung des Schulwesens wie bisher und ohne zusätzliche Belastungen für die Gemeinden. Jede Überwälzung von finanziellen Lasten oder Aufgaben und den damit verbundenen Kosten auf die Gemeinden werden abgelehnt. Der Österreichische Gemeindebund verlangt außerdem auf Bundesebene eine rechtlich klare Lösung für die Schulkonten der Pflichtschulen.

LINK ZUR RESOLUTION

Unter diesem QR-Code finden Sie die Langfassung der Resolution des 64. Österreichischen Gemeindetages zum Nachlesen.

ERÖFFNUNG GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

„WIR SCHAFFEN'S NUR GEMEINSAM ODER GAR NICHT!"

Bundeskanzler Christian Kern legte bei der Eröffnung des Gemeindetages und der Kommunalmesse 2017 ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Gemeinden ab und motivierte mit eindrücklichen Geständnissen die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. 1

Es kann nicht sein, dass die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen den Kopf für Entscheidungen hinhalten, die andere treffen." Es waren Sätze wie dieser, die dem „wunden Bürgermeisterherzen" gut taten. Dementsprechend positiv war die Stimmung in der Messehalle 10 der Salzburger Messe, als der Kanzler gemeinsam mit Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und dem Präsidenten des Salzburger Gemeindeverbandes, Günther Mitterer, Messe und Gemeindetag eröffnete.

Bei dieser „Leistungsschau der Gemeinden in fachlicher, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht" (O-Ton Günther Mitterer) waren neben dem Kanzler und rund 2000 Gemeindevertretern auch Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter und die Präsidentin des Bundesrates, Sonja Ledl-Rossmann, sowie die gesamte Führungsspitze des Gemeindebundes anwesend. Alfred Riedl streute dem Kanzler Rosen, als er attestierte, dass „uns der Kanzler bei unserer Vorsprache sehr genau und gut zugehört hat".

Und als abschließenden „kleinen Dank" der Republik an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brachte Kern dann das Versprechen, dass der Bund die Finanzierung der Hepatitis-Impfungen für die Feuerwehren übernimmt. K

1 „Die Welt wäre eine bessere, wenn sie von Bürgermeistern regiert werden würde." Mit diesem Zitat des kürzlich verstorbenen Benjamin R. Barber, dem Gründer des „Weltparlaments der Bürgermeister", gewann Bundeskanzler Christian Kern die Sympathie der Menge.

2 „Vor dem Fassl habe ich Respekt", gestand der Kanzler vor seinem allerersten Bieranstich und meinte augenzwinkernd, dass er vorsorglich einen zweiten Anzug eingepackt hätte. Dennoch hat er die Aufgabe souverän gelöst.

3 Hans Rauscher, 26 Jahre lang Rechnungsprüfer des Gemeindebundes, erhielt vom Bundesvorstand die Ehrenmitgliedschaft.

LEISTUNGSSCHAU FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALMESSE **STEHT FÜR INNOVATIONEN**

Ein Rundgang durch die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden.

1 Pflichttermin für Andrä Rupprechter, begleitet von den Gemeindebund-Präsidenten Alfred Riedl (l.), Günther Mitterer (3.v.r.) und der Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (2.v.l.) am Stand von A1.

2 Unentbehrlicher Partner der Gemeinden: Die ÖBB. Ohne Öffis hätten die Bürgermeister die Mozartstadt vermutlich mit Autos überschwemmt.

3 Strom aus der Dose gab's bei Neuhauser zwar nicht, dafür aber eine breite Palette an Schildern.

4 Minister Hans Peter Doskozil kam zwar etwas verspätet, besuchte dann aber um so interessierter die Messe – hier bei Smart Control.

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 **Fast fühlte man sich an R2D2 und C3PO aus den „Star Wars"-Filmen erinnert. Aber die Kanalroboter von König & Landl helfen nur Gemeinden, keinen Universen.**

2 **Raiffeisen: Einer der treuesten Partner der Gemeinden.**

3 **Die Raum-Profis von Containex stehen bei Platzproblemen mit Rat und Tat zur Seite.**

.

4 **Kommunalkredit: Die Gemeinde-Financiers waren wieder eine der Anlaufstellen schlechthin.**

5 **Ein Wunschbesuch von Alexander van der Bellen war der Stand der EU-Kommission**

6 **Hoher Besuch bei SPAR: Die Nahversorger-Gruppe unterstützt die Anliegen der Gemeinden .**

MITGLIED DER LEITBETRIEBE AUSTRIA

www.mobilesFestnetz.com

unicope
independent communication solutions

mobiles Festnetz

Die Gemeindelösung für ganz Österreich

- Erhebliche Kostenreduktion
- Festnetz auch am Smartphone
- Ihr regionaler Partner für eine perfekte Gemeinde-Kommunikation

UNICOPE GmbH, 5202 Neumarkt am Wallersee, Tel. 05 06216-200

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 **„Die Post macht Geschichte“: Die modernen Angebote machen Filialen überflüssig.**

2 **Die Gemeindebox war ein Magnet für die Präsidenten Alfred Riedl und Alexander van der Bellen.**

3 **Wasserversorgung ist immer ein heikles Thema. Kein Wunder, dass der Stand von Wasserpark immer gut besucht war.**

SIEMENS
Ingenuity for life

Energiekosten senken?
Mit uns können
Gemeinden rechnen.

Intelligente Gebäudetechnologie bringt Ihre Gebäude zum Sparen. Basis für eine nachhaltige Lösung ist Transparenz. Systeme wie die cloud-basierte Plattform „Siemens Navigator“ können übergreifend Daten aufnehmen, diese analysieren und aus den Ergebnissen konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung ableiten: Von der Planung, der Installation und Inbetriebnahme bis hin zur kontinuierlichen Optimierung.

siemens.at/energieeffizienz

Creating
Perfect
Places
siemens.at/
perfect-places

6

4

5

4 **Straßenbau ist einer der kostenintensivsten Jobs der Gemeinde. Die Experten der Strabag stehen da jederzeit mit Profi-Lösungen zur Seite.**

5 **Gute Bildung braucht nicht nur gute Laptops, sondern auch gute Schulmöbel. Kein Wunder, dass HBP van der Bellen bei den Angeboten von Mayr-Schulmöbel besonders genau hingesehen hat.**

6 **Sportminister Doskozil ganz sportlich: Das Eisstockschießen bei Polyzon ging locker von der Hand.**

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1

2

3

1 **Kein Weg führte an den „Public finance"-Experten von der Hypo NÖ vorbei.**

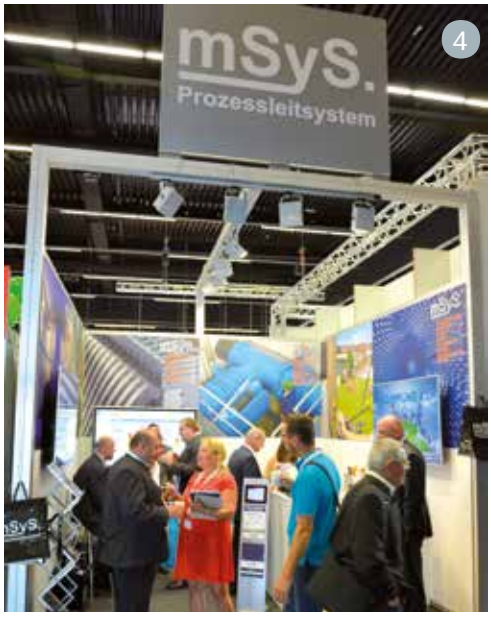
2 **IT-Wirtschaft und E-Government, Verwaltung, Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform – demonstriert anhand einer Modellwelt von Unicope.**

3 **Da leuchteten die Bürgermeister-Augen: Die Top-Angebote von BMW waren auch wirklich ein „Hingucker".**

4 **Die MSS Elektronik GmbH präsentierte das gesamte Spektrum innovativer und nachhaltiger Lösungen für Gemeinden.**

5 **Bei Kontinentale gab es alles über Wasser- und Kanaltechnik zu erfahren.**

6 **Das Audit familienfreundliche Gemeinde war eine der meist frequentierten Anlaufstellen für die Delegierten aus fast allen österreichischen Gemeinden.**



4

5

7 **„Gipfeltreffen“ bei Jenoptik: Ing. Ralf Larcher, Niederlassungsleiter Jenoptik Österreich, Hans Peter Doskozil, Andreas Hartl, Vetrieb Österreich, Benno Schrief, Leiter Strategischer Vertrieb Österreich.**

8 **Hahn Kunststoffe zeigte Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Schul-, Sport- und Spielplatzbau, Verkehrstechnik und -sicherheit sowie Verkehrswegebau.**

9 **Straßenerhaltung / Winterdienst war das Thema am Stand von Bitubau.**

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 Eine der besten Ideen hatten die Gemeinde-Finanzexperten von der BAWAG: Der Versuchung des „weltbekannten" Linzer Originals „Leberkäs-Pepi" konnten nur die wenigsten widerstehen. Das Ideale für eine Kontaktmesse.

2 Swietelsky brachte die Besucher auf den neuesten Stand in Sachen Wasser- und Kanaltechnik.

BIG

Wir schaffen Mehrwert für Generationen.

Als führender Spezialist für Bildungsobjekte und komplexe Bauvorhaben aller Art folgt die Bundesimmobiliengesellschaft einem ganzheitlichen Ansatz - mit nachhaltigem Nutzen für Kunden, Gesellschaft und Umwelt

www.big.at

die BIG ist 25!

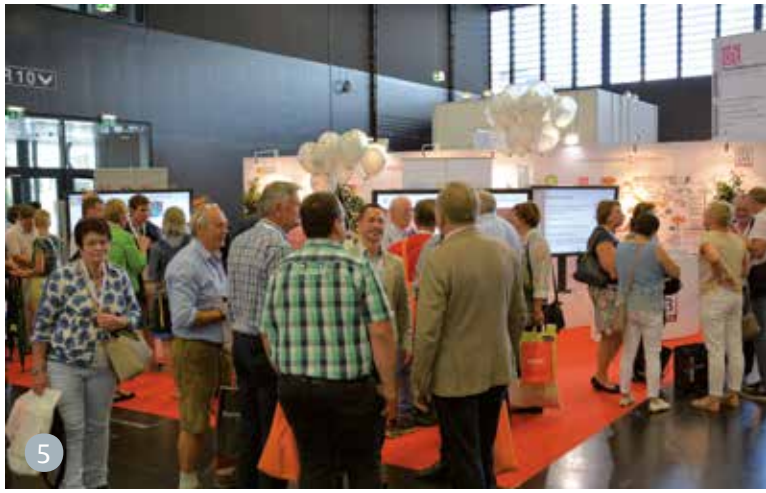
Entgeltliche Einschaltung

3 **Viele Anfragen verzeichnete die Österreichische Vereinigung für grabenlosen Leitungsbau" (ÖGL). Kein Wunder, mit diesen Techniken können Gemeinden die Kosten für Kanalsanierungen deutlich senken.**

4 **Brandmeldesysteme, Rauchwarnmelder, Kassensysteme / bargeldlose Zahlungssysteme, Video-, Alarm-, Notruf- oder Zutrittskontrollsysteme waren die Highlights am Stand von Schrack.**

5 **Das Bundeskanzleramt mit seinen Infos in den Bereichen Verwaltung, Verwaltungsreform, IT-Wirtschaft und E-Government war einer der meistbesuchten Aussteller.**

6 **Wertbau informierte im Bereich „Bauträger" – für Gemeinden immer ein heikles Thema.**

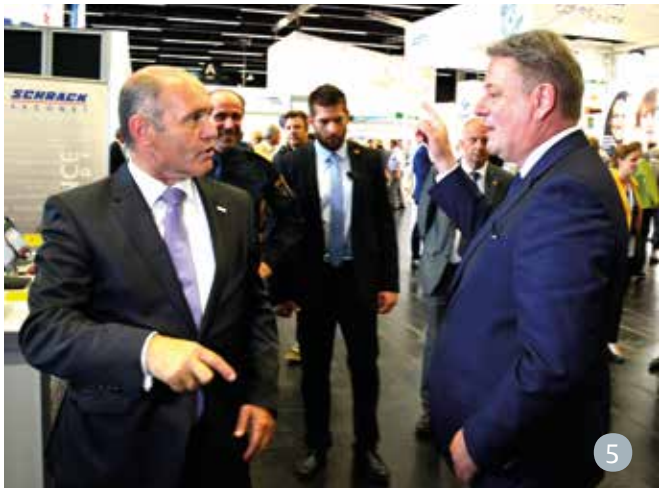


IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 Eishockey spielen ohne Eis – dass das möglich ist, zeigt Greenice.

2 Bundesministerin Hammerschmid soll bei KS Kompetenz und Steuerberatung zu einem Glaserl Wein verführt werden.



3 Großes Publikumsinteresse beim Open Space-Vortrag von Saubermacher.

4 Interessierte Messebesucher lassen sich die kommunalen Fahrzeuge von Kubota erklären.

5 Richtungsentscheidung: Minister Wolfgang Sobotka trifft auf der Messe zufällig Minister Andrä Rupprechter.

6 Rupprechter zeigt sich beim Verbund voller Energie.

7 Richtig gesellig geht es bei den Tirolern von der GEMNOVA zu – da konnte auch Bundespräsident Alexander van der Bellen nicht nein sagen: Prost!

COMM UNITY

ES LIEGT UNS AM HERZEN

Wir bedanken uns recht herzlich für die zahlreichen interessanten Gespräche auf der Kommunalmesse und freuen uns auf die gute Zusammenarbeit!

gemeinden gestalten.
digital verwalten.

COMM-UNITY EDV GMBH PROF.-RUDOLF-ZILLI-STRASSE 4 8502 LANNACH T +43 3136 800 - 0 OFFICE@COMM-UNITY.AT WWW.COMM-UNITY.AT

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1

2

3

1 Aussteller der ersten Stunde sind die E-Werke Wels: Die Ausstatter kommunaler und öffentlicher Einrichtungen und Experten für Energiewirtschaft sind seit der allerersten Kommunalmesse 1995 im Burgenland dabei. Und immer top-besucht.

2 Jede Menge Expertengespräche führten die Maschinen-Profis von den Reformwerken.

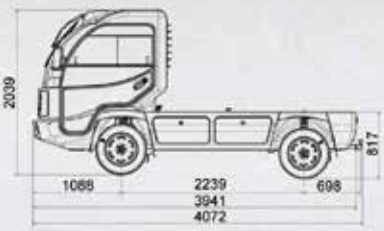
3 **Hubschrauber im Tiefstflug, Zugriffe von Polizeihunden: Die Landespolizeidirektion Salzburg zeigt ein beeindruckendes Spektrum an polizeilichen Aufgaben.**

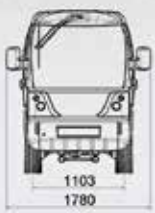
4 **Alles über Verkehrstechnik und -sicherheit, Verwaltung, Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform gab es bei Georg Ebinger zu erfahren.**

5 **Ein Platzhirsch nicht nur in Salzburg: Die Fahrzeuge von Pappas lockten viele Besucher an.**

6 **Die ÖVGW – die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach – informierte über die neuesten Entwicklungen bei der Energiewirtschaft und beriet Verbände und Organisationen zu Wasser- und Kanaltechnik.**

ELEKTRISCH LEISTUNGSSTARK INDIVIDUELL





IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 **Das Freigelände litt zwar unter dem typischen Salzburger Wetter, aber die Angebote ließen die Herzen der Gemeindevertreter höher schlagen.**

2 **Eposa präsentierte Echtzeitdaten, mit denen Gemeinden arbeiten können.**

3 **Die Radlader von Liebherr waren ein Magnet für die Besucher.**

PREISVERLEIHUNG

ZWEI PREISE FÜR **GEMEINDEN**

Die beiden Preise für Gemeinden von Innenminister Wolfgang Sobotka und Familienministerin Sophie Karmasin gehörten zweifelsohne zu den Highlights der Kommunalmesse 2017.

Beinahe wäre es eine fatale Prophezeiung gewesen, die „Wassermusik“ von Georg Friedrich Händel, vorgetragen vom Blasmusik-Quintett der Salzburger Polizei. Aber der Wettergott hatte ein Einsehen, erst mit dem Gruppenfoto der Sieger des „Gemeindepreises 2017“ begann es – wieder einmal – zu regnen. Besonder launig war diese Verleihung auch noch, vor allem Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl erntete Lachstürme, als er den Innenminister mit den Worten begrüßte: „Ich bin froh, dass ihr alle hier seids, da könnts in Wien nicht viel anstellen“. Gemünzt war das natürlich auf die Vielzahl der Minister, die heuer den Gemeindetag besuchten.

Der Gemeindeminister nahm‘s nicht krumm, und so ging die Bekanntgabe der Bundeslandsieger des „Gemeindepreises 2017“ in bester Laune über die Bühne. Gewonnen haben:

- Burgenland: Eisenstadt, Bürgermeister Thomas Steiner
- Kärnten: Griffen, Bürgermeister Josef Müller
- Niederösterreich: Ernstbrunn, Bürgermeister Horst Gangl
- Oberösterreich: Engerwitzdorf, Bürgermeister Herbert Fürst
- Salzburg: Fuschl, Bürgermeister Franz-Josef Vogl
- Steiermark: Sinabelkirchen, Bürgermeister Emmanuel Pfeiffer
- Tirol: Thaur, Bürgermeister Christoph Walser

Der Vorarlberger Sieger, die Gemeinde Nüziders und Bürgermeister Peter Neier, konnten nicht ausgezeichnet werden, da Peter Neier wegen einer Erkrankung in der Familie abreisen musste.

Der Österreichpreis „Gemeinden für Familien“ für herausragende Maßnahmen im Sinne für mehr Familienfreundlichkeit wurde heuer erstmalig verliehen. Am Wettbewerb unter dem diesjährigen Motto „Generationendialog“ nahmen 18 Gemeinden teil. Die Gemeinde Stattegg erreichte den Spitzenplatz, gefolgt von Reichenau an der Rax und Sigmundsherberg. Die Ehrungen verlieh Regina Hartweg-Weiss in Vertretung von Ministerin Karmasin. K

Die Bundesland-Sieger des Österreichischen Gemeindepreises 2017 mit Moderator Peter Filzmaier (links), Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Innenminister Wolfgang Sobotka.

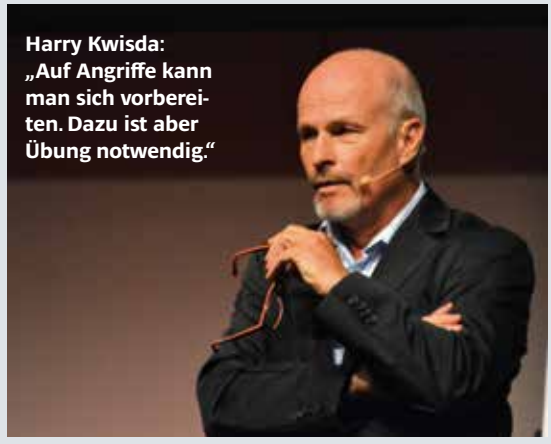
Die Repräsentanten der Siegergemeinden Stattegg, Reichenau an der Rax und Sigmundsgerberg. Als Gratulanten des Österreichpreis „ Gemeinden für Familien" mit dabei: Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und – in Vertretung von Bundesministerin Karmasin – Regina Hartweg-Weiss.

BUNDESFACHTAGUNG DES FLGÖ

SCHLAGFERTIGKEIT KANN MAN LERNEN

Dass man Schlagfertigkeit lernen kann, versuchte der Persönlichkeitstrainer Harry Kwisda den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten beizubringen.

Wie oft kommt es vor, dass einem originelle Antworten erst nach einer Diskussion einfallen? „Jeder ist schlagfertig. Manche *in* der Situation, manche erst *nachher*", meinte Kwisda. Meistens könne man sich auf Angriffe vorbereiten. Dazu sei aber Übung notwendig.



Harry Kwisda: „Auf Angriffe kann man sich vorbereiten. Dazu ist aber Übung notwendig."

Als mögliche Techniken empfahl er unter anderem:

- **Unerwartetes Zustimmen.** So nahm etwa der frühere Berliner Bürgermeister Wowereit einer bevorstehenden Thematisierung seiner Homosexualität mit den Worten „Ich bin schwul – und das ist auch gut so!" den Wind aus den Segeln.
- **Übertriebenes Zustimmen** indem man etwa auf die Feststellung „Sie haben einen Fleck auf der Hose" mit „Ja, und hinten habe ich drei" antwortet.
- **Das Wort „weil" weglassen.** Wenn einem jemand vorwirft, dass man einen 600er Mercedes fährt, dann antwortetet man mit „Es gibt keinen 700er." K

FACHTAGUNG

DIGITALISIERUNG ALS CHANCE FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Über das „Leben im digitalen Dorf“ diskutierte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl mit den Ministern Sonja Hammerschmid und Andrä Rupprechter sowie den Wirtschaftsvertretern Wolfgang Anzengruber (Verbund) und Markus Wild (Spar).

Bisher mussten junge Menschen, die studieren und danach in qualifizierten Jobs arbeiten wollten, oftmals in die großen Städte ziehen. Die Digitalisierung würde es möglich machen, dass sie wieder in ihre Heimatorte auf dem Land zurückkehren können. Voraussetzung dafür ist aber eine durchgehende Versorgung des ländlichen Raums mit Breitband.
Bis jetzt schafft man es aber noch nicht einmal alle Schulen mit schnellem Internet zu versorgen. Im Pflichtschulbereich haben derzeit nur 70 Prozent aller Klassen einen Internetanschluss, musste Bildungsministerin Sonja Hammerschmid eingestehen. Eine Ausstattungsoffensive soll es den Schulen nun ermöglichen, die Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten.
Gemeindebund-Chef Alfred Riedl zeigte sich zuversichtlich, dass Breitband an Schulen bald weitgehend funktionieren wird. „Breitband für alle wird aber noch nicht so schnell verwirklicht sein“, fürchtetet er. Als Gründe, warum es trotz aller Bemühungen noch immer keine flächendeckende Abdeckung mit Breitband gibt, meinte Riedl, dass die Abwicklung von Förderungen zu kompliziert sei. „Den Gemeinden mangelt es oft an den Mitteln für die notwendige Kofinanzierung“, nannte er einen weiteren Hinderungsgrund. Und als drittes wies er darauf hin, dass Anbieter nur dort investieren, wo sie ein Geschäft machen können. „Das ist auf dem Land oft nicht der Fall.“

> „Bei den Kindern darf man **nicht sparen.**“
>
> Bildungsministerin **Sonja Hammerschmid**

Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter erläuterte die Maßnahmen, die der nun fertiggestellte Masterplan im Bereich der Digitalisierung vorsieht. „Ich stimme mit Infrastrukturminister Jörg Leichtfried überein, dass ein Großteil der Breitbandmilliarde in den ländlichen Raum fließen muss“, so Rupprechter. Wichtige Punkte seien etwa die rasche Verlegung von Glasfaserkabeln wie auch die durchgehende Abdeckung mit mobilem Internet.
Angesichts der bevorstehenden Nationalratswahl betonten sowohl Rupprechter als auch Hammerschmid, dass der Masterplan für den ländlichen Raum so konkret ausformuliert ist, dass die nächste Bundesregierung – unabhängig davon, wie sie zusammengesetzt ist – nicht daran vorbeikommen wird, den Plan in ihr Programm aufzunehmen. „Das Geld, das hier investiert wird, fließt der jungen Generation zu. Und bei den Kindern darf man nicht sparen!“
SPAR-CEO Markus Wild zeigte sich nicht ganz so euphorisch über den Masterplan. „Pläne werden

oft gewälzt. Meist sind auch die Bürgermeister sehr aktiv, aber auf höheren Ebenen wird dann vielfach gebremst“, meinte er. Die Rolle des Lebensmittelhandels sieht er nicht nur in der Nahversorgung. „Je digitaler der Alltag wird, desto mehr brauchen Menschen auch den persönlichen Kontakt. Der Nahversorger hat oft eine soziale Funktion im Ort.“

Auch Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber wies auf die Bedeutung seines Unternehmens für das Leben auf dem Land hin, etwa im Bereich der zunehmenden Elektromobilität. „Es ist uns bereits gelungen, ein flächendeckendes Netz von Schnellladestationen zu errichten. In ganz Österreich kann man innerhalb von 60 Kilometern eine Schnellladestation für ein Elektroauto finden.“ 200 dieser Stationen gibt es bereits. Dazu kommen weitere 200 „normale“ Stationen.

Ein Problem, vor dem viele Gemeindeverantwortliche stehen, sprach der Gemeindebund-Chef an als er meinte, dass es für Laien schwierig ist, zu entscheiden, welche Technologien zukunftssicher sind. „Derzeit setzen alle auf Glasfaserkabel, andere meinen aber, man soll gleich in 5G-Mobiles Internet investieren. Hier bräuchte es mehr Beratung und einen koordinierten Ausbau der Infrastruktur.“

Bildungsministerin Hammerschmid war es zuletzt noch wichtig, die Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, dass 750 Millionen Euro für den Ausbau ganztägiger Schulformen bereit stehen, die abgeholt werden können.

RAUMPLANUNG

ANSPRUCH AN **SCHÖNHEIT**?

Österreich ist europaweiter Spitzenreiter beim Verbrauch von Flächen. 20 Hektar pro Tag werden neu verbraucht – das sind umgerechnet 30 Fußballfelder. In einem spannenden Vortrag regte der Journalist Tarek Leitner zum Nachdenken über den hohen Ressourcenverbrauch an.

Landschaften sind wie Kinder – sieht man sie jeden Tag, fällt einem die Veränderung gar nicht auf. Mit dieser These entführte der Journalist Tarek Leitner die Zuhörer in seine Gedankenwelt. Anhand zahlreicher Beispiele machte er deutlich, wie sehr sich unsere Landschaft seit den 1990er-Jahren verändert hat. „Legen Sie einmal ein Bild Ihrer Gemeinde aus dem Jahr 1800 neben ein Bild aus dem Jahr 1950“, so Leitner. „Sie werden feststellen, es gab zwar einen technischen Fortschritt, aber keine grundsätzlichen Veränderungen.“ Ganz anders sehe das aus, legte man ein Bild der Gemeinde aus dem Jahr 1990 und von heute nebeneinander..

„Wir dürfen unseren Anspruch an Schönheit nicht nur drei Wochen im Jahr im Urlaub stellen.“ ZiB2-Anchor Tarek Leitner.

In Österreich würden immer mehr Räume geschaffen, die gar nicht zum Verweilen gedacht seien. Flughäfen ebenso wie Bereiche zwischen zwei Orten. „Wir dürfen unseren Anspruch an Schönheit nicht nur drei Wochen im Jahr im Urlaub stellen“, rief Leitner die Zuhörer auf. Die Schönheiten der Natur schauten sich viele mit einem immer längeren Teleobjektiv an, machte er seinen Standpunkt bildlich deutlich. Insbesondere die zahlreichen anwesenden Bürgermeister rief er dazu auf, Raumplanung weit über Gemeindegrenzen hinaus zu denken. Den Trend der vergangenen 25 Jahre beschrieb er wie folgt: „Wir haben zunächst Umgehungsstraßen gebaut, um die Lkw aus unseren Ortskernen fernzuhalten. Durch die Verlagerung der Lkw haben wir auch das Dorfleben verlagert. Im nächsten Schritt haben sich auch Arzt und Optiker an diese Umgehungsstraßen hin verlagert, denn sie wollen dort sein, wo auch die potenziellen Kunden sind. Nur sind diese neuen Bauten meist deutlich hässlicher geworden als der alte Ortskern“, so Leitner.

1 **Volles Haus bei der Energieallianz.**

2 **Beim Pumpenexperten Hawle wurde fleißig am Rad gedreht.**

3 **Sogar aus Italien kamen Aussteller: Die Leuchten-Experten von Arianna.**

4 **Auch für Christian Heigl, GF von Cramo, war die Kommunalmesse 2017 eine Premiere.**

Rauschende Stimmung beim „Messe-Warm-up“

Ein gelungener Bier-Anstich und ausgelassene und fröhliche Stimmung kennzeichneten das heurige Messe-Warm-up-Festl in der Stiegl Brauwelt. KS-Geschäftsführer Günther Toth, Kommunal-Chef Michael Zimper und Andreas Schlögl von T-Mobile hielten launige „kurze und kernige“ Ansprachen. Den rund 350 Gästen gefiel‘s und sie feierten bis lange nach Mitternacht.

6 Parkraumbewirtschaftung war das Thema von Skidata.

7 Beim Kommunalfahrzeug-Experten Stangl gab es für Minister Rupprechter kein Vorbeigehen.

8 Das Verhältnis Gemeinden und Geld ist ein prinzipiell Gutes. Daher war der Stand der Unicredit Bank-Austria auch eine der zentralen Anlaufstellen.

KOMMUNAL im Zug zur Messe

„Bitte alle einsteigen, Zug fährt ab!“, hieß es für all jene kommunalen Vertreter, die mit dem Sonderzug der ÖBB Richtung Salzburg fuhren.

Die Idee, gemeinsam zur Messe anzureisen, stammt von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die ihren Arbeitsweg heute mit der Bahn zurücklegte und bis St. Pölten im Sonderzug mit dabei war. 1 „Es ist eine nette Art des Zusammentreffens und man kann sich bereits im Zug über gemeinsame Herausforderungen austauschen. Natürlich ist es auch umweltschonender und die Bürgermeister sollen ja in ihrer Vorbildfunktion mit gutem Beispiel vorangehen“, so Mikl-Leitner.

Auch zur Wichtigkeit der Kommunalmesse hat die ÖVP-Politikerin eine klare Meinung: „Unsere Gemeinden sind die Lebensadern unseres Landes. Dort sind die Menschen zu Hause und fühlen sich wohl, und die Gemeinden sind hier die erste Ansprechstelle. Als Verantwortungsträger brauchen sie sehr viel Fachwissen und Know-how und die Kommunalmesse ist eine wunderbare Plattform, um sich auszutauschen und in den verschiedensten Themen auf den aktuellen Stand zu bringen.“ Im gemütlichen Rahmen wurde dann noch beim gemeinsamen Frühstück in der neuesten Ausgabe von KOMMUNAL geschmökert 2.

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 **Bundesminister Rupprechter und der Salzburger Gemeindeverbands-Präsident Mitterer am Stand von T-Mobile.**

2 **Am Stand der österreichischen Apothekerkammer lernte der MInister deren neue Präsidentin, die Oberösterreicherin Dr. Ulrike Mursch-Edlmayr, kennen.**

3 **Auf dem Freigelände zeigte sich der Minister von den kommunalen Fahrzeugen und Gerätschaften der Firma Zeppelin tief beeindruckt.**

4 **Der Besuch des Kommunal-Standes gehörte auch zum Programm für den Minister.**

5 **Das ganze Spektrum seiner Leistungen zeigte der FIAT-Ducato – inklusive der vielfältigen Anbauten das perfekte Angebot für jede Gemeinde..**

GALAABEND

EIN GEMEINDETAG ZUM WOHLFÜHLEN

Wie jedes Jahr war der Galaabend der gesellschaftliche Höhepunkt des 64. Österreichischen Gemeindetages. Um es mit den Worten von Günther Mitterer zu sagen: „Das gemeinsam Feiern, gemeinsam diskutieren und gemeinsam kämpfen ist das Schöne an dem Job. Und es hat in Salzburg seit 1947 Tradition, da fand bei uns der allererste Gemeindetag Österreichs statt."

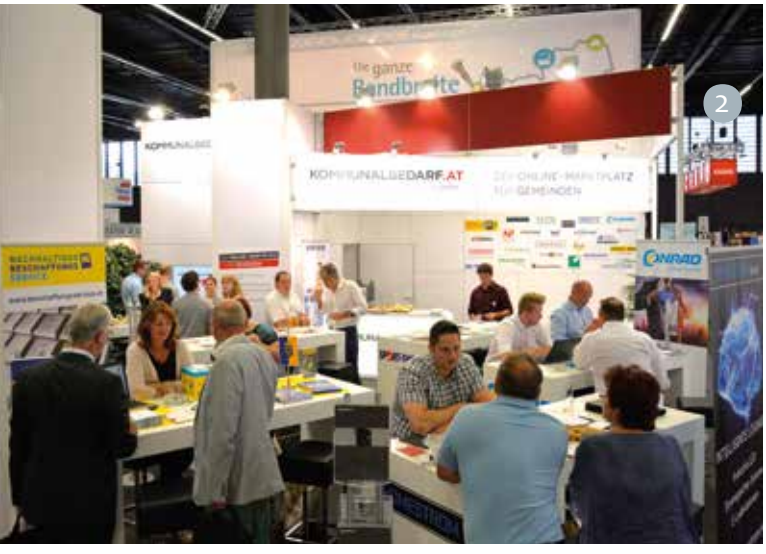
Die Sieger des österreichischen Gemeindepreises 2017

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEPREIS 2017

And the winner is … Beste Bürgermeisterin des Jahres ist Anita Göstnitzer aus Obervellach in Kärnten. Bester Bürgermeister ist Horst Gangl aus Ernstbrunn in Niederösterreich und der Große Gemeindepreis Östereichs ging an die Marktgemeinde Griffen in Kärnten, den Preis nahm Bürgermeister Josef Müller entgegen.

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**



1 **Das BMVIT zeigte den Messebesuchern die ganze Bandbreite seiner Initiative.**

2 **Bei Kommunalbedarf.at sind die Lieferanten persönlich anwesend.**

3 **PORR war einer der Hotspots der Messe 2017.**

4 **Nomen est omen. Der Stand der Erste Bank ist erste Adresse für viele Besucher.**

5 **Immer wieder gefragt waren die Leistungen der Energie AG.**

6 **Kontaktmesse heißt auch anstoßen.**

7 Die BBG hatte sich offensichtlich auch einen Besuchermagneten beschafft.

8 Michael Soriat, Produktmanager Mercedes Benz-Österreich und Stephan Kastner, Marketing Special Trucks, präsentierten die Kommunaltrucks von Mercedes Fahrzeuge.

9 Der Comm-Unity-Chef schenkt Ministerin Hammerschmid sein Herz.

10 Bei Siemens fahren die Poller aus.

FAAC
ZUFAHRTSKONTROLLE & SYSTEME

FAAC Zufahrtssysteme

Sicherheit für Gebäude und öffentliche Plätze

SCHRANKENANLAGEN:
Individuelle Zufahrtsregelung.

POLLER:
Durchdachte Produkte für den professionellen Objektschutz.

PARKPLATZVERWALTUNG:
Effektive Verwaltung von kleinen Parkflächen.

Weitere Informationen unter:
www.faac.de - www.faac.at
www.zufahrtssysteme.com

FAAC
Simply automatic.

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1 Die Karten-Experten von Schubert & Franzke präsentierten auch 2017 auf der Kommunalmesse ihr Portfolio.

2 Die Sicherheitszäune von betafence schützten vor unliebsamem Besuch.

3 WIrd in Zukunft immer mehr zum Thema werden – auch nach dem Aus für den Pflegeregress. Die Profis von SeneCura helfen bei der Betreuung unserer älteren Mitbürger/innen.

STAPLES Business Advantage

Ihr Ansprechpartner: **Kristina Cosic**
Mobiltelefon: **0676 83 696 1050**
kristina.cosic@staples.at

Lösungen für Gemeinden

Papier

Ordnen, Archivieren

Schreibgeräte

Schreibtischaccessoires

Bürotechnik

Etiketten

Flipcharts, Tafeln

Kalender

BBG BUNDESBESCHAFFUNG

BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH

GV/LAB AUSTRIA

e-Service is our Success

BKA und BBG gemeinsam auf der Kommunalmesse

Vom Onlineportal über e-Shop bis zum Bürgerservice der Gemeinde sind verständliche Informationen und komfortable Leistungen gefragt! Mit HELP.gv.at und BBG e-Shop ist das nur ein paar Klicks entfernt!

Bauen wir gemeinsam unsere digitale Kommunikation aus – bürgernah, wirksam und innovativ … und als Gemeinde profitieren Ihre Kommunalbetriebe, Schulen, Feuerwehr sowie Bürgerinnen und Bürger!

Worauf warten? Nutzen Sie unsere digitalen Angebote für Ihre digitale Zukunft!

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE **IM BILD**

1

2

3

1 Das neue Haushaltsrecht steht an – bei den Profis von k5 war allein deshalb reger Andrang.

2 GWW – die geschützten Werkstätten präsentierten weit mehr als nur kommunale Einrichtungen.

3 Immer ein heikles Thema ist die Einbringung von Geldforderungen. Der KSV 1870 informierte, wie es für die Gemeinden einfacher sein könnte.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ARA-SERVICEGUPPE UND „KOMMUNEN 4.0“

DiGiDO: Die digitale Transportdatenplattform

Im Rahmen der Kommunalmesse präsentierte die ARA-Servicegruppe die Plattform DiGiDO, auf der Transportdaten digital ausgetauscht werden können. Durch die automatische digitale Übertragung von Lieferscheinen wird damit die Abwicklung von Lieferungen in der Entsorgungs-, Transport- und Bauwirtschaft und im kommunalen Sektor einfacher und schneller. Darüber hinaus stand das Team der ARA AG den Besuchern bei Fragen zur Verpackungssammlung und darüber hinaus mit Rat und Tat zur Seite.
www.digido.at
www.ara.at

KS UND AUSTIN BFP: BEI ALLEN KOMMUNALEN THEMEN

Unbürokratische und schnelle Unterstützung

Ob Umstellung öffentlicher Haushalte auf die VRV 2015, betriebswirtschaftliche oder steuerliche Fragen, Projektentwicklung und -management, Spezialthematiken wie Vereine, Effizienzoptimierung von Bauhöfen und Kindergärten oder Haushaltsfragen etc. – die AUSTIN | BFP Kommunal Steuerberatung und die KS Steuerberatung unterstützen rasch und unbürokratisch dank umfassendem Know-how und jahrelanger Erfahrung im kommunalen Bereich! Wir lösen schwierigste steuerliche, betriebswirtschaftliche sowie haushaltsrechtliche (Maastricht) Problemstellungen für Ihre Gemeinde!

Günter Toth, Geschäftsführer KS

Auf diesem Wege möchten wir uns bei den zahlreichen Besuchern unseres Messestands auf der Kommunalmesse 2017 bedanken! Sie finden einen Rückblick auf **www.austin-bfp.at/events** und **www.ks-beratung/news/veranstaltungen.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

6

7

8

6 **Mehr als 2100 Gemeinden sind auch mehr als 2100 Großraumbüros – Bürolösungen wie Drucker und Kopierer von Epson waren daher immer gefragt.**

7 **Eine Stihl-Motorsäge ist heutzutage schon ein Markenzeichen. Kein Wunder, dass vor allem die Praktiker vom Bauhof bei den Profis von Stihl immer wieder nachfragten.**

8 **Alles für die Kinder. Unter diesem Motto ist der Spielplatz-Hersteller Fritz Friedrich seit vielen Jahren ein Begriff.**

Technologie
im Einklang mit
der Umwelt

www.epson.at/neudenken

EPSON®
EXCEED YOUR VISION

UNSERE LÖSUNGEN
FÜR IHRE GEMEINDE

- Hybrider Rückscheinbrief
- E-Brief
- Bürgerbefragung
- Gemeindestreuung
- Wahlservice
- Zählerstand-Ablesung
- Energiekosten-Rechner

www.post.at/geschaeftlich

Post

IM FOKUS

KOMMUNALBEDARF IM BILD

MASCHINENRING

Dank an die Gemeindebund-Präsidenten

Der Maschinenring nutzte bei der Kommunalmesse nicht nur die Gelegenheit, seine Angebote für Kommunen zu präsentieren – darunter Straßen- und Winterdienst, Gebäude-Management, Katastrophen- und Hochwasserschutz oder Baummanagement. Salzburgs Landesobmann Thomas Ließ – Bürgermeister von Hof – und der Salzburger Vertriebsleiter Andreas Schreyer bedankten sich persönlich beim Alt-Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer für die jahrelange Zusammenarbeit. Gleichzeitig hießen sie seinen Nachfolger Alfred Riedl in seiner neuen Funktion willkommen.

Beim Stand von kommunalbedarf.at herrschte reges Interesse sowohl von Gemeindevertretern als auch von Lieferanten des Online-Marktplatzes 1. Immer wieder kamen auch Messe-Aussteller und informierten sich bei kommunalbedarf-Mitarbeiterin Judith Idinger 2, wie sie in den Pool der Lieferanten aufgenommen werden können. Webentwickler Martin Brack 3 erläuterte interessierten Besuchern auf einem großen Bildschirm den Aufbau des Online-Shops. Interesse bestand vor allem daran, wie viele Produkte der Shop umfasst (derzeit sind es rund 140.000) und wie schnell Lieferungen erfolgen. Das Feedback, das von den Besuchern der Kommunalmesse kam, wird in die Weiterentwicklung der Website einfließen. Mitaussteller am kommunalbedarf-Stand waren Velosolutions, Conrad, Homestrom, Sport-Thieme sowie die Energie- und Umweltagentur Niederösterreich, die ein Gewinnspiel für nö. Gemeinden veranstaltete.
www.kommunalbedarf.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BREITBANDAUSBAU IM LÄNDLICHEN RAUM

MOBILFUNK ÜBERBRÜCKT DIE „LETZTE MEILE“

Die „letzte Meile“ ist vor allem im ländlichen Raum ein großes Thema. Mobilfunk stellt eine sinnvolle Alternative dar – ganz abgesehen davon, dass Mobilfunk eben auch „mobil“ ist.

Mit der strategisch richtigen Platzierung von Mobilfunkstationen können auch dünn besiedelte Gebiete an das Internet und damit an das wichtigste Datennetz der Welt angeschlossen werden.

So wie Österreich im internationalen Wettbewerb mit anderen Ländern steht, so steht der ländliche Raum im Wettbewerb mit den urbanen Ballungszentren. Dabei spielt die infrastrukturelle Ausstattung einer Region die wohl bedeutendste Rolle, denn schlecht ausgebaute Infrastruktur führt zu schlechter wirtschaftlicher Entwicklung, Wohlstandsverlust und Abwanderung.

Die digitale Revolution hat einen Wandel der Industrie und der Agrarwirtschaft eingeleitet. Infrastrukturschwache Regionen profitieren von den neuen Möglichkeiten, welche die Vernetzung bringt. Wer heute ausschließlich im Büro arbeitet, kann dies überall, also auch in ländlichen Gebieten ohne Einschränkungen tun, solange die Datenverbindungen mit denen im urbanen Bereich mithalten.

Dies ist aber mit deutlich höheren Kosten pro Anschluss als im Städtischen verbunden, denn es macht einen großen Unterschied, ob mit der so genannten „letzten Meile“ nur wenige Einfamilienhäuser oder gar nur ein einziger Bauernhof verbunden wird oder ein ganzer Gebäudekomplex mit vielen Wohn-, Büro- oder Betriebseinheiten.

Deshalb spielt der Mobilfunk als Infrastruktursäule in ländlichen Gebieten eine noch viel größere Rolle als er es sowieso schon tut.

Mit der strategisch richtigen Platzierung von Mobilfunkstationen können auch dünn besiedelte Gebiete an das Internet und damit an das wichtigste Datennetz der Welt angeschlossen werden, was ländliche Regionen für Unternehmensansiedlungen wieder deutlich attraktiver macht, zu Wohlstand führt und die Abwanderung zumindest stark reduzieren kann.

Schnellstes Internet im Gigabit-Bereich wird dabei von höchster Bedeutung sein. Neben der deutlichen Steigerung der Datenübertragungsrate ist die so genannte „Latenz“ oder „Reaktionszeit“ der Datenübertragung für moderne Machine-to-Machine-Kommunikation ganz wesentlich. Beispielsweise in der Landwirtschaft kann M2M erst dann wirklich sinnvoll eingesetzt werden, wenn die Anwendungen mobil sind. Der nächste Mobilfunk-Standard „5G“ wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Deshalb begrüßt das FMK die Pläne des Infrastrukturministeriums ausdrücklich, die „Breitbandmilliarde“ in die Förderung der neuen Technologie zu investieren. Das angekündigte Ziel, eine führende 5G-Nation zu werden, muss insbesondere auch die ländlichen Regionen berücksichtigen, da gerade hier großer Nachholbedarf besteht.

FORUM MOBILKOMMUNIKATION

MEHR INFOS
Forum Mobilkommunikation
Mariahilfer Straße 37–39 I
1060 Wien
Tel: 01/588 39 / 14
office@fmk.at
www.fmk.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GESTALTEN & ARBEITEN

DIGITALISIERUNG
Interview mit Matthias Lichtenthaler
Seite 94

ÖFFENTLICHER RAUM UND DAS LEBEN IM DORF

AM ANFANG DER ZONE **STEHT IMMER DER KAMPF**

Öffentliche Räume als Zonen der Begegnung rücken immer mehr ins Zentrum des Interesses. Für die einen ist es eine logische Weiterentwicklung des „alten“ Dorfplatzes, für die anderen eine der letzten Chancen, das Dorfleben und damit das Dorf am Leben zu erhalten. Und für manche sind Begegnungsräume der „Gottseibeiuns“. Thalgau im salzburgischen Flachgau setzt neue Maßstäbe. Eine Reportage.

TEXT / Hans Braun

Öffentlicher Raum also. Das hängt untrennbar mit öffentlicher Mobilität – den Öffis – zusammen. Also eine Anreise ohne Auto: 8.40 Uhr Abfahrt vom Wiener Westbahnhof, Ankunft 12.05 in Thalgau Ortsmitte. Knapp dreieinhalb Stunden mit Zug und Bus für 31 Euro. Laut Routenplaner kostet die Anreise mit dem Auto auch 31 Euro, dauert aber nur knapp drei Stunden. Die halbe Stunde längere Fahrzeit versüße ich mir mit einem gemütlichen Kaffee und einem kurzen Nickerchen. Wohlfühlfaktor pur gegen Reisestress mit dem Auto.

Die Bushaltestelle in Thalgau liegt schon mitten in der nagelneuen Begegnungszone. Noch ist sie gar nicht richtig eingeweiht, aber schon merkt man die Aufmerksamkeit aller Verkehrsteilnehmer auf diesen knapp 500 m Straße. Die vielen Sitzmöbel, die liebevolle Deko, die vielen Details allein sind der Grund, warum Auto- und Motorradfahrer gleichermaßen das Tempo reduzieren. Was auch Sinn der Sache ist, wie Bürgermeister Martin Greisberger im Gespräch betont. „Wir sind schon lange vor der Begegnungszone in die Schule gegangen und haben die Kinder und die Eltern gleichermaßen vorbereitet. Manchmal mussten die Kinder ja auch den neuen Zugang zum Verkehr lernen. Dass es etwa wieder wichtig ist, Blickkontakt aufzunehmen. Das allein reicht oft schon, um Autofahrer zum Stehen zu bringen. Oder die Leute winken das Auto weiter, sie nehmen einfach wieder Rücksicht aufeinander“, so Greisberger.

Nichtsdestotrotz hat es Jahre gedauert, bis es soweit war. Greisbergers Schilderung des bürokratischen Spießrutenlaufs klingt so bekannt typisch österreichisch, dass es schon komisch ist. Auch wenn Greisberger, der bei der Erinnerung an vergangene Hürden fast schon grantig wird, seinen Unmut kundtut: „Wenn wir nicht mit der Normenhörigkeit aufhören, wenn wir mit dem Reglementierungswahn weitermachen, wenn aller Gestaltungswille unmöglich gemacht wird, befinden wir uns in einer gesellschaftspolitischen Sackgasse“, wettert er. Und so ganz unrecht hat er damit nicht, wir brauchen nur an die unzähligen Bagatellen zu denken, die heute vor Gericht ausgetragen werden (müssen), weil die Menschen nicht mehr miteinander reden. Weil einzig die eigenen Belange zählen und das Wort Kompromiss ein Fremdwort geworden ist.

Fritz Kobi, in Architektenkreisen legendärer

1 Ortszentrum Thalgau: Von unten (Westen) kommt die Salzburger Straße, die die Ortschaft durchquert. Grade weiter führt die Mondseer Straße, während oben rechts (Richtung Süden) die Fuschler Straße abzweigt.

„Die Leute nehmen wieder **mehr Rücksicht aufeinander.**“

Martin Greisberger,
Bürgermeister von Thalgau

5 Zur Orientierung der Menschen und vor allem für die Kinder sind auf den Straßen Fußabdrücke aufgemalt. Sie zeigen, wo früher der Gehsteig endete und die Straße begann. 6 Zur optischen Abgrenzung zu normalen Straßen wurde der Asphalt der Begegnungszone beige eingefärbt, auch die Abdeckungen fügen sich nahtlos in den Bodenbelag.

2 John Grubinger zeigt das Ausgangsmodell der Deko-Elemente.
3 Die massiven Eichen-Poller dienen nicht nur als Sitzgelegenheit, sondern auch zum Abstellen von Fahrrädern.
4 Auch der Trinkbrunnen, entworfen und gebaut von Studierenden der Fachhochschule Kuchl, richtet sich nach dem Modell.

Bauingenieur und Verkehrsplaner, ehemaliger Kreisoberingenieur im Tiefbauamt des Kantons Bern und „Erfinder" des Berner Modells, hakt hier ein: „Am Anfang jeder Zone steht immer der Kampf um das Verteilen von Quadratmetern und Zeit für den öffentlichen Verkehr, die Autos, den Fußverkehr und die Radfahrenden. Das muss allen Beteiligten schon im Vorfeld klar sein. In Bern kamen die Impulse für einen neuen, zukunftsfähigen Umgang mit den Straßen in Ortszentren vom kantonalen Tiefbauamt. Man stellt jedoch fest, dass vielerorts, wenn eine Gemeinde mit so einer Idee zur übergeordneten Stelle kommt, die Verwaltung (nicht nur die Schweizer wohlgemerkt) oft meint, das haben wir noch nie so gemacht oder das kann ja nicht funktionieren. Oder die Verwaltung will kein Präjudiz schaffen, denn ‚dann könnte ja jede Gemeinde' kommen." Ein Dilemma, vor dem auch in Österreich jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin steht, wenn sie ein neues Projekt initiieren wollen. Dass dabei nicht nur die „oberen" Stellen blocken, ist auch klar: Manchmal seien es die Bezirkshauptmannschaften oder die Länder, die Begegnungszonen geradezu forcieren wollen. „Die Gemeinden sollen das doch einfach machen – und dann den Kopf hinhalten, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Rechnung präsentieren", so der Tenor dieser Berichte.

Quintessenz der Erfahrungen von Greisberger und Kobi ist, dass es auf die handelnden Personen ankommt. Die Chemie zwischen den Gemeindevertretern, den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung muss stimmen, sonst ist es ein Kampf gegen Windmühlen.

Die ersten Schritte entscheiden über die Begegnungszone. Wichtig ist aber, so Kobi, dass auch die Bevölkerung schon im Vorfeld mit an Bord »

FOTOS // Gemeinde Thalgau // KOMMUNAL/Braun

Mobilität in Thalgau: **Begegnungszone & Regionalstadtbahn**

Vor acht Jahren donnerten noch täglich mehr als 3000 Fahrzeuge durch das Zentrum von Thalgau. Das ist nun Geschichte: Insgesamt 9000 Quadratmeter Fläche im Ortskern der Flachgauer Gemeinde wurden komplett neu gestaltet und neu konzipiert mit dem Ziel, ein neues Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden zu schaffen, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und die Verweildauer im Zentrum zu verlängern.

Mit der Umsetzung und Eröffnung einer Begegnungszone nach StVO im September 2013 ist Thalgau Vorreiter für innovative Verkehrslösungen. Statt für zwei mitten durchs Zentrum führende stark befahrene Landstraßen eine Umfahrung zu bauen, hat die Gemeinde mit Know-how aus der Schweiz die erste Begegnungszone („Shared Space" ist nur eine andere Bezeichnung) im Land durchgesetzt und dafür den Österreichischen Verkehrssicherheitspreis 2011 gewonnen. Das Ortszentrum wurde neu gestaltet, Gehsteige und Zebrastreifen entfernt, es gilt Tempo 30 und Autofahrer, Radler und Fußgänger sind im Verkehr gleichberechtigt. Der letzte Bauabschnitt 2016/2017 hat das Zentrum in Thalgau maßgeblich verändert. Der neue Aufgang vor der Kirche, die Freilegung der Kirchenmauer mit der Integration des Kriegerdenkmals sowie die Beleuchtung und der Springbrunnen werten den Platz auf. Auch neue Bäume wurden gesetzt und sorgen für einen Ausgleich.

„Um den neuen Platz angemessen zu möblieren, wurde in Verbindung mit der Fachhochschule Kuchl ein Möbelkonzept mit massiven Eichenholz-Elementen entworfen, ein vom EU-Leaderprogramm gefördertes Projekt", so John Grubinger, Vorsitzender des Ausschusses für Zukunfts-Begegnungszonen und Ortsbild. In Sachen Mobilität setzt sich Thalgau auch für eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ein. Der Plan einer Regionalstadtbahn in die nur 20 km entfernte Landeshauptstadt Salzburg wird im Verbund mit anderen Gemeinden und EU-Förderungen aktiv vorangetrieben.

sein muss. In der Schweiz verfiel man daher auf den zugegebenermaßen etwas schwierigeren Zugang, nebeneinander zwei Partizipationsgruppen einzurichten. In der einen arbeitete das kantonale Tiefbauamt mit den Leuten aus der Verwaltung, in der andern wurde das Projekt zusammen mit den Bürgern und Bürgerinnen entwickelt. So wird von der Verwaltung niemand vor der Bevölkerung „mit dem Rücken an die Wand gestellt" und man kann die Personen aus der Verwaltung für neue Lösungen motivieren. Eine gute Zusammenarbeitskultur in der Verwaltung ist für den Weg zum Erfolg eines der Stichworte des Schweizer Profis.

Parallelverhandlungen führen also eher zum Ziel. Wie wichtig eine gute Gesprächsbasis und vor allem viel Geduld ist, erzählt John Grubinger, heute Gemeinderat, bei den Verhandlungen zur Begegnungszone aber Vizebürgermeister von Thalgau und engster Mitstreiter von Martin Greisberger. „Was man zu hören bekommt, wenn man so ein Projekt durchziehen will, ist nicht ohne", so Grubinger.

Und das ist nicht der einzige Grund, warum man nicht einfach hergehen und sagen kann, wir machen aus einem Stück Straße eine Begegnungszone, betont Fritz Kobi. „Ich halte diesen Zugang fast für gefährlich. Nur ein paar Tafeln am Rand aufzustellen, ein bisschen Farbe auf die Straße zu bringen, ein paar Sitzgelegenheiten aufzustellen und zu verkünden, das ist unsere Begegnungszone, ist zu wenig. Es braucht viel Planung, die nur Profis machen können. Wie läuft der Verkehr, wie soll er laufen, wie können wir ihn steuern, wo ist mit dem meisten Fußgängeraufkommen zu rechnen, wie soll der Fahrradverkehr integriert werden, wo die öffentlichen Verkehrsmittel ihre Haltestellen haben. Und wie müssen wir die Menschen darauf vorbereiten, dass es gewohnte Übergänge wie Zebrastreifen hier nicht gibt. Das alles ist schon im Vorfeld zu bedenken."

Kobi weiß, wovon er redet, hat er doch Ortsdurchfahrten von Kantonsstraßen nach dem Prinzip von „Koexistenz statt Dominanz" umgestaltet, u. a. im Zentrum von Köniz bei Bern mit der ersten Zone Tempo 30 auf einer Hauptstraße in der Schweiz. Ein klares Betriebs- und Gestaltungskonzept ist dabei das zentrale Arbeitsinstrument. Ohne dieses ist die Gefahr riesig, dass so ein Projekt scheitert.

Und weil er weiß, wovon er redet, hat Kobi auch zwei klare Exit-Punkte formuliert. „Wenn sich nach ein paar Tagen herausstellt, dass sich die Verkehrssituation nicht drastisch ins Positive gedreht hat, ist es besser, das Projekt zu stoppen und nochmal zu überdenken. Und natürlich, wenn es schon am ersten oder zweiten Tag zu einem schweren Unfall gekommen ist." »

DAS PROJEKT „DA UND DORT"

Mit dem transnationalen LEADER-Projekt „da. und.dort." forcieren die Zukunftsorte gemeinsam mit der bayerischen Partnerregion Landkreis Miesbach den überregionalen und internationalen Austausch und wollen das interkommunale Bildungsnetzwerk weiter ausbauen, Innovationen vorantreiben und ländliche Gemeinden langfristig stärken.

Im Rahmen von halbjährlich wechselnden Präsidentschaften und Themenschwerpunkten übernehmen jeweils ein oder zwei Zukunftsorte die inhaltliche Verantwortung und laden zu mehrtägigen Themenkonferenzen bzw. Einzelveranstaltungen ein. So sollen die praktischen Erfahrungen und Erkenntnisse aus aktuellen Projekten in ländlichen Gemeinden überregional geteilt werden und zu Innovationen und neuen Ideen anregen.

Vor der offiziellen Einweihung des Begegnungszone organisierte Thalgau einen internationalen Kongress zum Thema „Teilen von Räumen", in dem nicht nur die Begegnungszone vorgestellt, sondern auch über die Herangehensweise diskutiert wurde und Erfahrungen geteilt wurden.

www.daunddort.com

Ortsdurchfahrt Wabern in der Gemeinde Köniz, rund fünf Kilometer südlich von Bern (ganz oben nach der Umgestaltung 1997, oben vorheriger Zustand). Das Verhalten der Leute nach der Umgestaltung führte im nächsten Projekt, dem Zentrum von Köniz, zum „Arbeiten mit einer Tempo-30-Zone".

Nach Schweizer Recht ist Köniz eine Tempo-30-Zone, funktioniert jedoch fast wie eine Begegnungszone nach österreichischem Recht (unten).

DAS „BERNER MODELL“

WIEVIEL VERKEHR VERTRÄGT EINE ORTSCHAFT?

Das Berner Modell hat seine Wurzeln in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Dominanz des Autos in den Ortszentren führte nicht nur zu immer weniger Lebensqualität, auch die Wirtschaftskraft der Zentren ließ immer mehr nach. Der Kanton Bern reagierte und entwickelte – ziemlich zeitgleich mit den Holländern – ein ganz neues Verkehrskonzept, basierend auf dem Begriff „nebeneinander“.

Zunehmende Luftverschmutzung, steigende Unfallzahlen, der Verlust an Lebensqualität und Einbußen der Läden und Gewerbebetriebe auf Grund des wachsenden Verkehrs führten zu einem Hinterfragen der autogerechten Straßenräume bezüglich ihrer Verträglichkeit für Ortschaften und Stadtquartiere. In diesem Umfeld begann der Kanton Bern ab 1985 auf teils pragmatischem und teils wissenschaftlichem Weg das Berner Modell zu entwickeln. Dieses bezweckt Verkehrslösungen, welche die Anliegen von Mensch, Siedlung und Umwelt gleichwertig berücksichtigen. Statt dem Auto und dem straßengebundenen öffentlichen Verkehr unbedingte Priorität einzuräumen, werden Straßenräume als Stadträume in einem umfassenden Sinne betrachtet, die allen Nutzergruppen gerecht werden sollen: Koexistenz statt Dominanz im Straßenverkehr. Hinzu kommt: Der Platz in der Schweiz ist beschränkt, die Verdichtung bestehender Siedlungsräume ist zwingend.
Mehr Nutzung bedeutet aber auch mehr Verkehr, in welcher Form auch immer. Verkehrsprojekte müssen deshalb auch Freiräume für die Siedlungsentwicklung nach Innen schaffen und eine verträgliche Mobilität ermöglichen, heute und für kommende Generationen.
Das Berner Modell ist eine qualitätsorientierte Vorgehens- und Planungsphilosophie, welche beides im Auge hat: die Reparatur und das Aufwerten bestehender Straßenanlagen im Sinne der Koexistenz und das Schaffen von Entwicklungsspielräumen.

Verkehrspolitische Grundsätze – die drei „V“: Der Kanton Bern betreibt eine angebotsorientierte Verkehrspolitik: Nicht die ständig steigende Nachfrage bestimmt den Umgang mit Verkehrsinfrastrukturen, sondern ein verträgliches, wirtschaftliches Angebot, das sich an Belastbarkeitsgrenzen orientiert. Die Verwaltung hat die zur Umsetzung nötigen Instrumente zu entwickeln und stützt sich dabei auf die „Drei-V-Strategie“:

- Verkehr **vermeiden** – durch eine gezielte Abstimmung der Siedlungsentwicklung und des Verkehrssystems sollen die gefahrenen Kilometer reduziert werden
- Verkehr **verlagern** – auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr
- Verkehr **verträglich** abwickeln – die Verträglichkeit des verbleibenden motorisierten Verkehrs sicherstellen.

Wirkungsanalysen und Monitoring haben im Berner Modell drei Funktionen:

- Sie legen gegenüber den politischen Behörden Rechenschaft über die Zielerreichung ab.
- Sie dienen der fachlichen Überprüfung des ausgeführten Vorhabens und erlauben damit ein Lernen aus der Erfahrung. Was hat sich bewährt? Wo braucht es Anpassungen? Welche Folgerungen ergeben sich für kommende Projekte?
- Regelmäßiges Monitoring erlaubt es, die Wirkung der „Push-and-pull-Maßnahmen“ zu überprüfen und die Zielerreichung durch eine entsprechende Steuerung oder zusätzliche Maßnahmen sicherzustellen.

Die Einigung auf gemeinsame Ziele, das frühzeitige Erkennen und Angehen von Konflikten und die Diskussion möglicher Lösungsansätze mit den Betroffenen sind ein wichtiges Element des Berner Modells. Die Partizipation erfolgt nach einem vorgängig erarbeiteten, projektspezifischen Kommunikationskonzept. Das Mitgestalten des Projekts fördert das Verständnis und das Vertrauen der Betroffenen und verbessert die Qualität und die Akzeptanz des Projektes.

Der partizipative Prozess beinhaltet sozusagen einen „Robustheitscheck“ und stellt zusammen mit qualitätssichernden Verfahren und mit den Erkenntnissen aus den Wirkungsanalysen sicher, dass Verkehrsprojekte auch Jahre nach ihrer Inbetriebnahme immer noch stimmig sind. Das Berner Modell ist lösungsoffen, aber die Lösungen messen sich am Ziel der Verträglichkeit und des Freiraums für künftige Entwicklungen.

ZUKUNFTSORT THALGAU

Thalgau ist Mitglied des Vereins „Zukunftsorte", die – so die Eigendefinition auf der Website – von den Besten lernen und selbst in vielen Bereichen des kommunalen ländlichen Lebens eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Zukunftsorte-Plattform ist ein Ort des permanenten Austauschs und Know-how-Transfers zwischen den Zukunftsorten und ihren Protagonisten. **www.zukunftsorte.at**

Die Erfahrungen zeigen, dass bei den Benutzern der Zone ein neues Aufmerksamkeitsbildverhalten entsteht. Man nimmt (wieder) mehr Rücksicht aufeinander. Es ist das, was Martin Greisberger zu Beginn unseres Gesprächs mit Blickkontakt gemeint hat. Fritz Kobi belegt das auch mit Zahlen: „Die Anhaltebereitschaft der Autofahrer speziell gegenüber Kindern ist sehr stark gestiegen. In Köniz sind die Unfälle bei einer Verfünffachung des Fußgängeraufkommens um 33 Prozent gesunken, die Zahl der Verletzten um 40 Prozent. Es gab keine Unfälle mit Fußgängern. Der Lärmpegel ist um 2,2 dBA gesunken, die CO_2-Belastung um 30 Prozent zurückgegangen. Gestiegen ist dagegen der Umsatz der Läden und Geschäfte nach den Aussagen der Inhaberinnen und Inhaber." Kurz: Der belebte Straßenraum wird vornehmlich als „gestalteter Lebensraum" wahrgenommen, als „fehlerverzeihende Straße".

Und der Handel? Eines der Hauptargumente gegen eine Begegnungszone, die ja primär mit dem Verlust von Park- und Zufahrtsmöglichkeiten in Verbindung gebracht wird, kommt vom Handel. Die Realität schaut anders aus. Eines der Kaufhäuser in Köniz bei Bern musste im ersten halben Jahr nach Errichtung der Begegnungszone einen neuen Aufzug im Haus installieren, weil der bestehende die Menge an Besuchern nicht bewältigen konnte. Und in der Zollikofener Bernstraße brachte es der örtliche Apotheker auf den Punkt, als er meinte, dass „jetzt auch die Leute von der anderen Straßenseite zu ihm kommen würden". Davor war es eher so, dass die Autos drohen, „den Detailhandel plattzufahren", wie Patrick Feuz von der Schweizer Zeitung „Bund" titelte.

Unterm Strich bleibt also, dass eine Begegnungszone jede Menge Chancen für Gemeinden, die Menschen und den Handel bietet. Der Haken daran ist, dass man es professionell angehen muss – was schon im Vorfeld viel Geld kostet.

1 Wo früher Auto an Auto stand und ein Überqueren der Straße nur schwer möglich war, findet heute im Ortszentrum von Thalgau ein Nebeneinander der Verkehrsteilnehmer statt.

2 „Park & Ride" neben der Busstation. Für die Radfahrer besonders hilfreich ist die eigens eingerichtete Servicestation, wo es – mit Drahtseilen gesichert – Werkzeug für kleine Reparaturen und eine Druckluftstation für die Reifen zur freien Entnahme gibt.

3 Die Bushaltestelle im Ortszentrum ist gleichzeitig ein Art Dorfmuseum mit historischen Fotos des Ortes.

4 John Grubinger, Martin Greisberger, Fritz Kobi und der Autor beim Testen der Dekoelemente.

NEUER RADLADER FÜR SAALBACH

VIELE GRÜNDE SPRECHEN FÜR LIEBHERR

Nach elf Jahren bekommt der Bauhof Saalbach einen neuen Radlader. Warum, verrät Bürgermeister Alois Hasenauer bei der Schlüsselübergabe.

Extrem wendig und sehr flexibel einsetzbar“, bezeichnet Saalbachs junger Bürgermeister Alois Hasenauer die Vorteile seiner neuesten Anschaffung für den Bauhof. In der Garage blitzt ein nagelneuer Stereolader der Firma Liebherr. Ganz sauber und sogar noch ohne Nummerntaferl bekommt man so ein Fahrzeug selten zu sehen. Warum gerade jetzt ein neuer? „Schon das Vorgängermodell stammte von der Firma Liebherr, aber es war schon elf Jahre alt. Wir waren sehr zufrieden mit dem Fahrzeug und wurden gut betreut. Daher entschieden wir uns für das Nachfolgemodell“, verrät der 33-jährige Ortschef.

Im Winter ist der Radlader im Dauereinsatz. Die einzigartige Kombination aus Knicklenkung und gelenkter Hinterachse, ermöglicht eine enorme Wendigkeit, deshalb wird er gerne auch für die Räumung des Parkplatzes genützt. Die großen und weit nach unten gezogenen Glas- und Fensterflächen verbessern die Rundumsicht und sorgen so für mehr Sicherheit. „Aber auch wenn kein Schnee liegt, haben wir den Radlader täglich im Einsatz“, erzählt Bauhofleiter Fabian Krejci. Für die Arbeiten im Bauhof kaufte die 2900-Einwohner-Gemeinde eine Schneeschaufel, eine Erdschaufel, Gabelträger und -zinken sowie einen Arbeitskorb.

Saalbach-Hinterglemm hat sich für den Typ „L 507 Stereo“ entschieden. Das Modell entspricht den neuesten Abgasnormen, ist sehr energieeffizient und ist durch die unterschiedlichen Module, die sich mit dem Schnellwechselsystem rasch umtauschen lassen, sehr flexibel einsetzbar. Im Vergleich zum elf Jahre älteren Modell zeigt sich für die Bauhofmitarbeiter doch ein deutlicher Unterschied, weiß Krejci: „Der Sitz ist viel ergonomischer, die Federung ist besser und auch die Instrumente sind nochmal übersichtlicher angeordnet.“

Andreas Hummelbrunner (re), Verkaufsrepräsentant der Firma Liebherr, übergibt die Schlüssel für den neuen Radlader an Bgm. Alois Hasenauer und Bauhofleiter Fabian Krejci.

> Auch wenn kein Schnee liegt, **haben wir den Radlader täglich im Einsatz.“**
>
> **Fabian Krejci,** Bauhofleiter von Saalbach

Mehr als nur Kühlschränke. Die Radlader der Firma Liebherr werden in Bischofshofen hergestellt. In Österreich verfügt die Firma über sechs Standorte (Bischofshofen, Korneuburg, Lienz, Nenzing, Schruns und Telfs) und produziert weit mehr Geräte als nur Kühlschränke, mit der die meisten dieses Familienunternehmen verbinden. Über die bekannten Kühl- und Gefrierschränke, die übrigens in Lienz produziert werden, hinaus, umfasst das Geschäftsfeld der Firma Liebherr Radlader, Bagger, Kräne, Aerospace und Verkehrstechnik, Werkzeugmaschinen, Komponenten der mechanischen und elektrischen Antrieb- und Steuerungstechnik und sogar Hotels. Mit über 42.000 Mitarbeitern weltweit – davon fast 5000 in Österreich – ist Liebherr ein wichtiger Arbeitgeber in den Regionen.

FOTO // Liebherr

ROADSHOW

TÜV AUSTRIA - IHR PARTNER ZUR RECHTSSICHEREN GEMEINDE

Die Roadshow „Mit dem TÜV AUSTRIA zur rechtssicheren Gemeinde!“ macht nun ihren sommerlichen Boxenstopp.

In Salzburg war der TÜV Österreich erstmals mit einem Team auf der Kommunalmesse vertreten.

Nach der Sommerpause startet der TÜV AUSTRIA am Standort Linz mit der Roadshow „Mit dem TÜV AUSTRIA zur rechtssicheren Gemeinde!“ in Oberösterreich durch. Im Oktober tourt die Roadshow in die Mozart- und Festspielstadt Salzburg, um dann im November 2017 die Zieleinfahrt in das letzte und sonnigste Bundesland, das Burgenland, zu nehmen (Termine werden noch veröffentlicht).

Nachlese: TÜV AUSTRIA auf der Kommunalmesse 2017. Erstmalig war TÜV AUSTRIA mit einem eigenen Messestand auf der Kommunalmesse in Salzburg vertreten und stand für Fragen von Gemeindevertretern zur Verfügung. Die Nachlese finden Sie unter **www.tuv.at/gemeinde**

Unterstützung für Ihre Gemeinde. TÜV AUSTRIA ist Ihr Partner für Ihre Rechtssicherheit. Ihr Mehrwert ist Ihr Fokus auf die Bürgerinnen und Bürger Ihrer Gemeinde, während TÜV AUSTRIA das Bescheide-, Prüf- und Auflagenmanagement für Sie übernimmt.

Photovoltaik-, Biomasse-, und Biogasanlagen. Für die Errichtung und Betrieb von Photovoltaik-, Biomasse- und Biogasanlagen ist die Einhaltung einer Vielzahl von gesetzlichen und behördlichen Forderungen relevant.

Prüfungen nach § 82b der Gewerbeordnung. TÜV AUSTRIA ist die einzige akkreditierte Stelle für Prüfungen nach §82b GewO. Jeder genehmigte Gewerbebetrieb ist zu prüfen, ob er dem Genehmigungszustand und den sonstigen gewerberechtlichen Bestimmungen entspricht.

Prüfung gemäß § 134 Wasserrechtsgesetz. Begehung und Aufnahme der wasserrechtlich relevanten Anlagen sowie Überprüfung auf Dichtheit.

Spiel-, Sport- und Freizeiteinrichtungen. Ein gutes Spiel- bzw. Freizeitgerät zeichnet sich vor allem durch folgende Eigenschaften aus: hoher Spiel- bzw. Erlebniswert, Attraktivität und Sicherheit – TÜV AUSTRIA geprüft.

ÖNORM B 1300: Gebäudesicherheit. Vermietete Wohngebäude, Alten- und Pflegeheime sowie sonstige Unterkünfte müssen einer regelmäßigen Objektsicherheitsprüfung unterzogen werden.

ÖNORM B 1600: Barrierefreiheit. „Barrierefreiheit“ von Gebäuden laut Bundes-Behinderten-Gleichstellungsgesetz.

Hygiene bei der Trinkwasserversorgung. In technischen Anlagen (Trinkwasserversorgungssysteme, Wellnesseinrichtungen, Kühlsystemen) können sie sich, wenn die Parameter passen, sehr schnell vermehren und somit zu einer Gefahr für die Gesundheit werden.

NASV – Nicht amtliche Sachverständige. Fachtechnische Begutachtung im Verwaltungsverfahren.

Aus- und Weiterbildung von Gemeindemitarbeitern. Praxisorientierte Kurse und Lehrgänge, zugeschnitten auf Gemeindethemen in den Bereichen Sicherheit, Technik, Umwelt und Qualität.

TÜV AUSTRIA Prüfmanagement. Wird individuell auf Gemeinden und Organisationen angepasst. Es kennt die relevanten Gesetze und Regelungen die anzuwenden sind und verschafft Ihnen so einen Gesamtüberblick.

INFOS
Diana Knabe
TÜV AUSTRIA Campus
TÜV AUSTRIA-Platz 1
2345 Brunn am Gebirge
Tel.: 0504 54-6093

diana.knabe@tuv.at
www.sicheregemeinde.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

JETZT EINREICHEN!

NATURSCHUTZPREIS „DIE BRENNNESSEL“

Vorzeigebeispiel Weidmoos-Moor bei Lamprechtshausen.

Gemeinden, die sich für Naturschutz engagieren, können Projekte beim heimischen Naturschutzpreis „Die Brennnessel – Naturschutz is ka gmahde Wies‘n“ einreichen. Bis zu 20.000 Euro gibt es für Projekte, die natürliche Lebensräume schaffen, aufwerten und erhalten. Reichen Sie jetzt einfach und schnell über das Online-Einreichformular bis 31. Oktober 2017 ein!

Auf einen Blick:

- 100.000 Euro Preisgeld
- 80.000 Euro für Gemeinden, NPOs, Vereine und Unternehmen
- 20.000 Euro für Kindergärten und Schulen
- Gesucht sind Naturschutzprojekte, die natürliche Lebensräume schaffen, aufwerten und erhalten. Wichtig ist, dass diese erst in der Planungsphase bzw. noch nicht umgesetzt sind. Das reicht vom Ankauf eines Waldgrundstücks, über die Erhaltung extensiver Streuobstwiesen bis zur Umwandlung von öffentlichen Grünflächen in artenreiche magere Blühwiesen.
- Ein Beispiel für eine Einreichung ist Johann Grießner, Bürgermeister von Lamprechtshausen in Salzburg. Er setzt sich seit Jahren für den Erhalt des Weidmoos-Moores ein: www.diebrennnessel.at
- Naturschutzfachliche und medial/kommunikative Begleitung der prämierten Projekte über ein Bonding- und Mentoringprogramm
- Preisverleihung am 25. Jänner 2018
- Einreichphase von 2. Mai bis 31. Oktober 2017.

ONLINE-EINREICHUNG

www.diebrennnessel.at

Ein Markenzeichen Österreichs:
SICHERE WASSER- UND ERDGASVERSORGUNG.

ÖVGW
GEPRÜFT

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG VON PRODUKTEN:
In der Erdgasversorgung: Leitungs- und Rohrsysteme • Armaturen
Heizkessel • Gasthermen • Regel-, Sicherheits- und Steuereinrichtungen
In der Wasserversorgung: Leitungs- und Rohrsysteme • Armaturen
UV-Desinfektionsanlagen • Messeinrichtungen • Aufbereitungsgeräte

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH
www.ovgw.at

GESUNDHEIT IM ORT

APOTHEKEN SICHERN NAHVERSORGUNG

Eine Apotheke ist ein wesentlicher Pfeiler in der Gesundheitsversorgung und wertet jede Gemeinde auf. Sie stärkt die Infrastruktur im Ort und leistet damit einen wichtigen Beitrag gegen drohende Abwanderung.

Apothekerinnen und Apotheker beraten ihre Kunden gewissenhaft bei der Wahl, der Einnahme und der Dosierung der Medikamente.

In Österreich gibt es 1380 öffentliche Apotheken, die alle privatwirtschaftlich als unabhängige Betriebe von einer Apothekerin oder einem Apotheker geführt werden. Durch neue Serviceleistungen wird die Arzneimittelversorgung der Österreicherinnen und Österreicher ständig verbessert. In einer Apotheke arbeiten durchschnittlich 12 Personen, elf davon sind Frauen. Insgesamt haben mehr als 16.000 Personen in den österreichischen Apotheken einen sicheren und hochqualifizierten Arbeitsplatz. Ein durchschnittlicher Apothekenbetrieb zahlt der Gemeinde Kommunalsteuer in Höhe von 6000 bis 7000 Euro pro Jahr. „Zum Glück haben wir eine Apotheke im Ort", sagen deshalb viele Bürgermeister.

Gemeinsam für mehr Gesundheit. In den letzten 10 Jahren wurden in 64 Gemeinden in Österreich Apotheken neu eröffnet, wo es vorher noch gar keine Apotheke gab. „Das ist nicht weiter verwunderlich, ist eine Apotheke doch ein Gewinn für jede Gemeinde", so Dr. Martin Hochstöger, Mitglied des Präsidiums der Österreichischen Apothekerkammer. Bei vielen Bürgerbefragungen wird eine öffentliche Apotheke als größter Wunsch der Bevölkerung genannt. Es braucht jedoch gewisse Rahmenbedingungen, damit sich eine Apotheke vor Ort niederlassen darf. In der täglichen Praxis arbeitet der Apotheker vor Ort eng mit den anderen Gesundheitsberufen, den Ärztinnen und Ärzten, den Pflege- und Seniorenheimen zusammen. Durch gemeinsame Aktionen und enge Zusammenarbeit schaffen wir mehr Gesundheit im Ort.

Aufklärung und Information über Arzneimittel. Eine öffentliche Apotheke ist eine Aufwertung für eine Gemeinde. Die Apothekerinnen und Apotheker beraten ihre Kunden gewissenhaft bei der Wahl der Medikamente, der richtigen Einnahme und Dosierung und auch bei Wechselwirkungen. Diese wichtigen Beratungsleistungen werden von den Kunden immer stärker in Anspruch genommen. Denn die Apotheke steht für beste Qualität und vermittelt ein Gefühl der Sicherheit bei der Einnahme von Medikamenten.

„EINE APOTHEKE IST **EIN GEWINN FÜR JEDE GEMEINDE.**"

Dr. Martin Hochstöger,
Mitglied des Präsidiums der Österreichischen Apothekerkammer

MEHR INFOS
Österreichische Apothekerkammer
www.apothekerkammer.at

ÖSTERREICHISCHE APOTHEKERKAMMER

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BUSINESS NET CUBES VON A1

MOBILE OFFICE: ÜBERALL ARBEITEN OHNE DATENLIMIT

Gerade für Gemeinden mit ihren vielfältigen „Vor-Ort-Kontakten“ zu Bürgerinnen und Bürgern ist eine Mobile Office-Lösung wichtig. A1 zeigt vor, wie es gehen kann.

Martin Resel, A1 Chief Customer Officer Enterprise.

KOMMUNAL sprach über moderne Lösungen für Mobiles Office mit Martin Resel, der als A1 Chief Customer Officer Enterprise seit einem Jahr das Großkunden-Geschäft von A1 leitet.

Herr Resel, der Mitarbeiter, der von 9 bis 5 am Schreibtisch sitzt – ein Bild, das längst überholt ist: Welche Vorteile bringt die digitale Zukunft für Mitarbeiter, aber auch für Kunden?
Martin Resel: Ganz sicher sind der Einsatz von Mitarbeitern und der Service am Kunden dynamischer und flexibler geworden. Denn wir arbeiten heute ganz anders als noch vor zehn Jahren: Die Welt ist vernetzter und schneller geworden. Offene Systeme und agile, vernetzte Strukturen bieten stets wachsende Potentiale an frischen Ideen und Entfaltungsmöglichkeiten. Tagtäglich eröffnen sich durch all das neue Märkte, die es zu erobern gilt – sowohl von kleinen, als auch von großen Unternehmen.

Stichwort Enterprise Mobility: Was kann ich mir als Unternehmer darunter vorstellen?
Im Kern geht es bei Enterprise Mobility darum, Daten und (Teil-)Geschäftsprozesse über mobile Endgeräte wie Smartphones oder andere Devices orts- und zeitunabhängig verfügbar zu machen. So können Mitarbeiter oder Kunden auf diese Prozesse und Informationen zugreifen.

Mobiles Internet für flexibles Arbeiten: Was bieten Sie Unternehmern?
Mit den A1 Business Net Cubes wollten wir auch im Business-Bereich eine einfache Alternative zu Festnetz-Internet schaffen. Natürlich sind komplexe Anwendungen nach wie vor mit Festnetz-Internet besser lösbar. Für einen einfachen, mobilen Zugang sind die flexiblen Net Cubes aber gerade durch die Ausstattung mit einer fixen IP-Adresse eine gute Lösung.

A1 Business Net Cube

- Einfach anstecken & gleich lossurfen ohne Installationstermin
- Unlimitiertes Datenvolumen – egal ob Büro oder Home-Office
- Ideal für Unternehmen mit Baustellenbetrieb und wechselnden Standorten
- Nutzung mobiler Zugangsalternativen von Wirtschaftsprüfern oder Versicherungsmaklern, wenn sie Prüfungen/Gespräche bei Kunden vor Ort durchführen müssen.
- Temporärer Internetzugriff z. B. von Außendienst-Mitarbeitern
- Mit der fixen IP-Adresse Zugriff von außen auf firmeninterne Geräte bzw. Server
- Einfacher Hotspot-Aufbau: alle haben gleichzeitig Zugriff auf relevante Daten
- Ortsunabhängiger und flexibler Einsatz

Mehr Infos auf www.a1.net

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

MATTHIAS LICHTENTHALER ZUR DIGITALEN ROADMAP

WIE DIE DIGITALISIERUNG **GEMEINDEN REVOLUTIONIEREN KANN**

Ziel der Digitalen Roadmap ist es, Österreich wieder als Vorreiter beim E-Government zu positionieren. Digitalisierung soll den Zeit- und Bürokratieaufwand erheblich reduzieren.

Digital Roadmap der Bundesregierung: Wie wirkt sich die behördenübergreifende automatische Verknüpfung von Daten etc. auf österreichische Gemeinden aus?
Matthias Lichtenthaler: Die öffentliche Verwaltung wird mit individuellen Services zum digitalen Partner der Bürger/innen und der Wirtschaft. Ein effizienter Dienstleister, der selbst als Innovator wirkt. Eine wichtige Maßnahme dazu ist die Ausweitung von One-Stop- und No-Stop-Verfahren. Das sind Transaktionen, bei der die Bürger/innen nichts aktiv tun müssen. Das spart der Verwaltung Kosten und den Bürger/innen Zeit. Ein sehr gutes Beispiel für einen solchen Service ist etwa die vom BRZ für das BMF umgesetzte „Antraglose Familienbeihilfe". Die Finanzverwaltung prüft hier automatisiert, ob alle Kriterien für den Bezug erfüllt sind. Dafür ist aber die behördenübergreifende automatische Verknüpfung von Daten notwendig. Sie sehen, die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung sorgt für mehr Effizienz, etwa wenn vorhandene Daten sinnvoll verknüpft und genutzt werden.

Welche konkreten Chancen und Vorteile bringt die Digitalisierung österreichischen Gemeinden im Hinblick auf verbesserten Bürgerservice und eigene Prozess- & Strukturoptimierung?
Zur Prozessoptimierung ein Beispiel: Das BRZ hat für das BMF eine Lösung zur sicheren Speicherung, Synchronisierung und zum Teilen von Files in der Cloud umgesetzt. Warum haben wir das gemacht? Laut einer deutschen Umfrage arbeiten vier von zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines Unternehmens mit Kundinnen und Kunden oder externen Partnern an einer gemeinsamen Datei. Wenn beruflich keine Lösung verfügbar ist, wird mitunter auf private Filesharing-Konten in der Cloud ausgewichen, um Daten bereitzustellen. Im Hinblick auf Datenhoheit, Datensicherheit und Compliance ein bedenkliches Szenario.
Das BMF hat mit GoverDrive bereits einen offenen, aber gleichzeitig geschützten Raum im Einsatz, in dem Dateien – auch mit externen Usern – ausgetauscht und gemeinsam bearbeitet werden können. Diese vom BRZ umgesetzte Cloud-Lösung in einem virtuellen Ablageplatz basiert auf der etablierten OpenSource-Lösung Nextcloud. Der Zugriff auf GoverDrive erfolgt über das jeweilige Mitarbeiter/innen-Portal mittels Single-Sign-On und ist auch auf mobilen Endgeräten via iOS- oder Android-App möglich. Auch für das Dokumentenmanagement hat das BRZ Lösungen zur Prozessoptimierung, denn in der öffentlichen Verwaltung entsteht täglich eine Vielzahl unterschiedlicher Dokumente – der Großteil davon elektronisch. Das BRZ hat rund um das Management von Dokumenten IT-Lösungen zur Automatisierung und Digitalisierung entwickelt. Vom Eingang (Stichwort: Scan Services) über Archiv Services bis zum Ausgang (Stichwort: Elektronische Zustellung) deckt das optimal abgestimmte Produktportfolio die komplette Prozesskette ab.

ZUR PERSON
Matthias Lichtenthaler ist seit November 2016 Leiter des BRZ-Bereichs Digitale Transformation.

Wie kann man mit Hilfe von „Big Data" neue, maßgeschneiderte Tools und Informationen

DIE BREITE BEVÖLKERUNG DARF BEI DER UMSETZUNG DER DIGITALEN TRANSFORMATION **NICHT ABGEHÄNGT WERDEN.“**

für Gemeinden und ihre Bürger bereitstellen?
Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Bei einer Übersiedlung hat eine Familie mit Ein-, Um- und Ausräumen alle Hände voll zu tun. Dazu Hürden wie etwa den Schulwechsel der Kids oder einen Platz im neuen Kindergarten für den jüngsten Nachwuchs zu organisieren, das Auto am aktuellen Wohnort zuzulassen und natürlich den Hauptwohnsitz umzumelden, aber nicht nur für alle Familienangehörigen, sondern auch für den Hund.
Eine Anlaufstelle ist seit 20 Jahren HELP.gv.at, die behördenübergreifend über Amtswege in Österreich informiert. Ziel ist es, dass die Behörden für die Bürger/innen mit- und auch noch weiterdenken. Für das Umzugsszenario der Familie Österreicher heißt das: Nach gezielten Abfragen – etwa „Besitzen Sie ein Auto?“ oder „Geht Ihr Kind bereits in den Kindergarten?“ – können entsprechende Services automatisch angeboten werden. Damit lässt sich ein Mehrwert für die Bürger/innen schaffen, wie man sie von Amazon, Zalando und Co her kennt.

Welche „kommunalen“ Anwendungen würden dafür infrage kommen?
Kfz-Zulassung, Meldepflicht bei einem Umzug, Anmeldung, Ummeldung, Abmeldung etc., wie eben beschrieben. Pass-Service bei Ablauf des Reisepasses automatische Nachfrage bzgl. Verlängerung, automatischer neuer Personalausweis/Führerschein bei Namensänderung ...

Stichwort Datensicherheit: Inwieweit werden Gemeinden personelle oder finanzielle Mehraufwendungen haben, um die Prävention von Datendiebstahl, Cyberattacken oder Manipulation zu gewährleisten?
Informationssicherheit dient dem Schutz vor Gefahren bzw. Bedrohungen, der Vermeidung von wirtschaftlichen Schäden und der Mini- »

Martin Kweta, MBA, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE:
ICH BIN FÜR SIE DA.

HYPO NOE
Mit Sicherheit unsere Bank.

Eine Information der HYPO NOE Gruppe Bank AG

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Gruppe Bank AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 6/2017

mierung von Risken. Informationssicherheit bedeutet Aufwand, den sich heutzutage auch kleine Unternehmen oder Organisationen leisten müssen.

In welchen Schritten raten Sie einer Gemeinde die digitale Transformation zu vollziehen? Was kann schon heute umgestellt werden? Was ist am sinnvollsten?
Es ist aus der Erfahrungen von anderen öffentlichen Organisationen zu empfehlen, hier schrittweise in verschiedenen Modulen vorzugehen. Dennoch sollten vor allem auch bisherige analoge Prozesse auf den Prüfstand gestellt, bevor diese digitalisiert werden. Die Digitalisierung allein wird einen umständlichen, ineffektiven Prozess im Zweifel auch nicht verbessern können.
Viele dokumentenbasierte (und damit noch typischerweise papierbasierte) Verfahren können in der Regel sehr rasch umgestellt werden, wenn ein frühzeitiges Scannen des Papiers und eine teilautomatisierte Weiterverarbeitung eingeführt wird. Dafür bietet das Bundesrechenzentrum standardisierte Leistungspakete an, die in einem knappen Kostenrahmen schnell Effizienzen erzielen.

> „Mit Digitalisierung ist **viel mehr möglich als nur das Scannen von Akten.“**

Gibt es Kardinalfehler, die eine Gemeinde bei der digitalen Umstellung begehen kann? Welche wären das?
Digitale Transformation bedeutet weitaus mehr, als vorhandene Abläufe mittels Digitalisierung „papierlos“ zu gestalten. Die bestehenden Prozesse funktionieren in der Papierwelt reibungslos. Aber funktionieren sie dann auch in der digitalen Welt? Mit Digitalisierung ist viel mehr möglich als nur das Scannen von Akten!

Worauf müssen Gemeinden bezüglich der neuen EU-Datenschutzverordnung achten? Gibt es Ausnahmen, und wie ist ein eventueller Mehraufwand automatisierbar?
Natürlich unterliegen auch die Gemeinden der Datenschutzgrundverordnung mit all ihren neuen Anforderungen und müssen als öffentliche Stelle beispielsweise einen Datenschutzbeauftragten bestellen. Eine zentrale Bedeutung hat

Unter dem Motto „Gemeinsam fit. Beweg dich mit!“ rufen wir alle Gemeinden und Sportvereine auf, bei der Initiative „50 Tage Bewegung“ vom 7.09. bis zum 26.10. mitzumachen!

Tragen Sie auf www.gemeinsambewegen.at Ihre Bewegungsangebote ein und bestellen Sie kostenlose Werbemittel.

Unser Ziel ist klar: Bewegung macht Spaß! Bewegung ist gesund und Gemeinden und Sportvereine haben für Alle passende Angebote in ihrer Nähe. Denn mit nur 150 Minuten Bewegung pro Woche kann man ganz leicht etwas für die eigene Gesundheit tun.

MINISTERIUM FRAUEN GESUNDHEIT · Gesundheit Österreich GmbH · Fonds Gesundes Österreich · SPORT MINISTERIUM · BSFF · ASKÖ · ASVÖ · SPORT union

auch der Aufbau eines Datenschutzmanagementsystems, im Zuge dessen als eine der ersten Schritte die bestehenden Verarbeitungstätigkeiten erfasst werden müssen.

Wo befinden sich Österreichs Gemeinden im internationalen Vergleich hinsichtlich des Fortschritts der Digitalisierung?
Höchstens im hinteren Mittelfeld.

Wie würden Sie einem normalen Anwender in einer Gemeinde die „digitale Roadmap" erklären? Und wo sind die vordringlichsten Schnittstellen zu den Gemeinden?
Die digitale Roadmap ist eine Art Fahrplan zu einem digitalen Österreich. Damit wurde seitens des Bundes erstmals ein Gesamtkonzept zur Digitalisierung erstellt – und nicht wie bisher lediglich einzelne Strategien. Die Handlungsfelder reichen von Arbeit bis Zivilcourage: Zwölf Leitprinzipien und 150 konkrete Maßnahmen wurden erarbeitet, um den digitalen Wandel aktiv umzusetzen.

Das Interview wurde redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf
kommunal.at/artikel/wie-die-digitalisierung-gemeinden-revolutionieren-kann/

oder unter folgendem QR-Code

Abschließend noch eine (Glaubens-)Frage: Digitale Transformation findet bereits statt. Fürchten Sie nicht, dass unsere Gesellschaft durch diese Transformation völlig zerrissen wird? In dem Fall in „die Teilnehmer" und jene, die nicht einmal mehr eine Tür öffnen können.
Sie sprechen die digitale Kluft an. Diese beschreibt Unterschiede im Zugang zu und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.
Aber: Das Konzept der digitalen Kluft ist umstritten. Kritiker/innen bemängeln, dass sich die digitale Kluft nicht empirisch belegen lässt. Die Entwicklungschancen hängen weniger von technischen Gegebenheiten ab, als von den Fähigkeiten der Menschen, mit diesen Techniken umzugehen.
Da kommt eher das Alter ins Spiel. Die Kluft sowohl in der Verwendung als auch in der Akzeptanz von Internet und Handys entsteht zwischen den verschiedenen Altersschichten. ●

INTELLIGENT BESCHICHTEN

NATURSTEINTEPPICH FÜR DEN KAISER

In Ebensee, wo einst Kaiser Franz Joseph zur Jagd ging, steht ein geschichtsträchtiges Haus aus dem Jahre 1660. Den Abschluss der Renovierungsarbeiten bildete ein Murexin-Natursteinteppich im Außenbereich. Dieser wurde auf einer Fläche von rund 130 m² von der Firma Creafloor aus Laakirchen auf der Terrasse, dem Eingangsbereich und den Stufen errichtet.

Seine geringe Einbauhöhe macht den Natursteinteppich zur idealen Lösung bei Sanierungen. Der dekorative Belag ist frostfrei, naht- und fugenlos, ermöglicht sicheres Gehen auf rutschhemmendem Boden und kann ganz nach eigenen Vorstellungen individuell gestaltet werden. Über das Jahr ist er leicht zu reinigen und im Winter ausgezeichnet von Schnee und Eis zu befreien. Seine Widerstandsfähigkeit sorgt für eine langlebige und natürliche Optik.

Die Einsatzgebiete sind vielfältig: Stiegen im Innen- und Außenbereich, Balkone, Gehwege, Eingangsbereiche auch öffentlicher Bauten,

Laubengänge, Flure, Garagen, Carports, Badezimmer oder Umkleidekabinen.

KONTAKT
Murexin GmbH
Franz-von-Furtenbach Str. 1
2700 Wiener Neustadt
T +43 (0)2622 27401-0
F +43 (0)2622 27401-173
info@murexin.com
www.murexin.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

RIS – IHR STARKER PARTNER IN SACHEN WEB- UND APP-ENTWICKLUNG

MOBILER BÜRGERSERVICE **IST DIE ZUKUNFT**

Mit über 1100 Gemeindekunden in ganz Österreich nutzen bereits knapp 50 Prozent aller Gemeinden und Städte die Fachkompetenz und Leistungen der RIS.

Vor allem das Website-Management-Tool RIS Kommunal ist nicht nur aufgrund der Funktionalität, sondern auch aufgrund der einsteigerfreundlichen Benutzeroberfläche bei vielen Gemeindemitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr beliebt.

Mit RIS Kommunal ist man sich eines perfekt auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger abgestimmten Webauftritts sicher. Zahlreiche auf Gemeinden und Städte abgestimmte Funktionen und Schnittstellen zu Kooperationspartnern wie das Bundeskanzleramt, help.gv.at, die WKO oder karriere.at sind Teil von RIS Kommunal.

Ständige Updates, Top-Support aus erster Hand, ein auf die Wünsche und Bedürfnisse der Kunden abgestimmtes Design sowie zahlreiche Workshops und Schulungen runden das komplette Leistungsangebot von RIS Kommunal ab.

Kombiniert mit Gem2Go, der Gemeinde-Info- und Service App, bieten Sie Ihren Bürgern und Bürgerinnen auch unterwegs Bürgerservice nach Maß und das ohne doppelte Eingabe.

Bürgerservice 2.0 – wie Ihre Bürger auch unterwegs immer topinformiert sind! Smartphones und Tablets sind allgegenwärtig. Die Bürger/innen wollen Information immer und überall abrufen können. Gemeinden haben zwar eine Webseite, die aber in den meisten Fällen nicht mobiltauglich oder nur schwer am Smartphone bedienbar ist. Gem2Go die Gemeinde Info und Service App schafft hier Abhilfe.

Gem2Go – Eine App für ganz Österreich. Gem2Go ist eine Gemeinde App und vereint erstmals alle Gemeinden Österreichs. Benutzer der App können somit idealen Bürgerservice direkt am Smartphone genießen. Funktionen wie ein Veranstaltungskalender, Müllkalender oder die integrierte Erinnerungs-Funktion für Termine, Müllabholungen und Neuigkeiten bieten dem Benutzer einen tollen Mehrwert.

„Unsere langjährige Erfahrung bei der Entwicklung von RIS Kommunal ermöglicht es uns, auf die Bedürfnisse von Bürger/innen und Gemeinden gleichermaßen einzugehen, um die beste Gemeinde-App-Lösung zu realisieren“ erklärt der Geschäftsführer der RIS GmbH, Ing. Michael Kölbl.

Zahlreiche tolle Partner, verteilt in ganz Österreich, wie die Gemdat NÖ, Gemdat OÖ, Kufgem, PSC, Gemeindeinformatik Vorarlberg und A1 gewährleisten allen Gemeinden und Städten die bestmögliche Betreuung.

Gem2Go ist eine Gemeinde-App und vereint erstmals alle Gemeinden Österreichs. Benutzer der App können somit idealen Bürgerservice direkt am Smartphone genießen.

GEM 2GO

RIS KOMMUNAL

MEHR INFOS
RIS GmbH
A-4400 Steyr
Ing.-Kaplan-Gasse 1
T: +43 (0) 7252 86186 0
Web: **www.riskommunal.net**
Web: **www.gem2go.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIE ÖSTERREICHISCHE POST AM GEMEINDETAG

EFFIZIENTE SERVICES DER POST

Beim 64. Österreichischen Gemeindetag am 29. und 30. Juni im Messezentrum Salzburg stellte die Österreichische Post ihre Services und Leistungen für Gemeinden vor.

Das Team der Österreichischen Post wurde von Bundespräsident Alexander van der Bellen und Vertretern des Österreichischen Gemeindebundes begrüßt.

Dieses Jahr stand der Gemeindetag unter dem Motto „ursprünglich und innovativ". Passend zu diesem Thema, nutzte die Österreichische Post die Gelegenheit, dem interessierten Publikum neue, moderne Produkte und Lösungen vorzustellen. Im Mittelpunkt stehen dabei immer die optimale Versorgung der Bürgerinnen und Bürger, sowie der verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen.

Beim Stand der Post konnten sich Gemeinden zu den aktuellsten Themen informieren und beraten lassen:

- Hybrid Rückscheinbrief
- E-Brief
- Bürgerbefragung
- Wahlservices der Post
- Zählerstand-Ablesung
- Stromkosten sparen mit dem Energiekosten-Rechner

Die Bedeutung der Kommunikation mit den Gemeinden unterstreicht DI Walter Hitziger, Vorstand Brief, Werbepost & Filialen:

„Die innovativen Services der Post – wie etwa der E-Brief oder der Hybrid Rückscheinbrief – unterstützen Gemeinden dabei, effizienter zu arbeiten. Für diese ist es auch wichtig, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und deren Bedürfnisse bestmöglich abzudecken. Der Gemeindetag ist eine wertvolle Plattform, um unsere Services und Dienstleistungen einem breiten Zielpublikum vorzustellen. Denn mit den Lösungen der Post können Behördenbriefe digital und physisch zugestellt, Meinungen der Bürger zeitnah erhoben und Wahlkartenanträge kosteneffizient verschickt werden. Der Gemeindetag bietet den idealen Rahmen für den Austausch mit Gemeindevertretern – wir danken den Veranstaltern und freuen uns schon auf nächstes Jahr!"

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Asphaltierte Flächen erreichen an Sommer-tagen mit 30 Grad durchwegs 80 Grad, wohingegen Grünflächen nie eine höhere Temperatur als die umgebende Luft haben.

FOTOS // shutterstock/ra.photo // ÖVP/ Jakob Glaser /SOBOS // VÖB

Dachbegrünung gegen die Erderwärmung

„Wie kühlen wir die Stadt der Zukunft?“ Diese Frage beschäftigt jedes Jahr im Sommer Städteplaner. Besonders stark verbaute Gebiete sind von der Hitze betroffen. Experten sehen vor allem eine Lösung: Es braucht mehr Grün. Ein Baum hat den gleichen Kühlungseffekt wie zehn Klimaanlagen, zeigen Studien – und absorbiert nebenbei die CO_2-Emissionen von 10.000 Autokilometern. Um der Erderwärmung entgegenzuwirken, die besonders in Stadtgebieten spürbar sein wird, muss deshalb mehr begrünt werden, erklären Experten. In älteren Teilen der Stadt ist eine derartige Planung nicht umsetzbar. Das größte Potenzial stellen die Gebäude selbst dar: Wien hat nach einem Bericht auf ORF-Online Dachflächen im Ausmaß von 60 Millionen Quadratmetern und weitere 120 Millionen Quadratmeter Fassadenfläche. Und fast jede zweite Dachfläche in Wien ist begrünbar. Aktuell begrünt sind jedoch nur zwei bis drei Prozent. Wären alle Dächer Wiens bepflanzt, könnte man, laut Maja Zuvela-Aloise, Meteorologin und Klimaforscherin bei der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), die Erwärmung der Stadt Wien ausgleichen. Zumindest was die Prognose bis 2100 betrifft.

http://wien.orf.at/news/stories/2847004/

» Beton aus der Region – **ein Teil von uns.“**

Gernot Brandweiner, Geschäftsführer des Verbands Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB), über das bekannte Gütesiegel des VÖB, das den hohen Stellenwert der Regionalität für die Branche betont. Massive Baustoffe sichern die wirtschaftliche Existenz von rund 200.000 Menschen, vorwiegend im ländlichen Raum, wie eine aktuelle Studie belegt. In diesem Wirtschaftszweig dominieren mittelständische Betriebe – meistens seit Generationen geführte Familienbetriebe. Sie beschäftigen überwiegend Menschen aus der näheren Umgebung.
Mehr auf **www.voeb.at**

72.394

8.772.865 Einwohner hat Österreich mit 1. Jänner 2017 gehabt. Das entspricht einem Zuwachs von 72.394 Personen oder 0,83 Prozent binnen eines Jahres, teilte die Statistik Austria mit. Die Bevölkerungszunahme war damit deutlich geringer als 2015 mit damals 1,35 Prozent. Knapp 90 Prozent des Anstiegs gingen auf die Nettozuwanderung zurück, aber auch die Geburtenbilanz war positiv. Den größten Bevölkerungszuwachs gab es wie in den vergangenen 15 Jahren in Wien. **www.statistik.at**

„Innovation muss in **Regionen stattfinden**."

Harald Mahrer, Wissenschafts- und Forschungsminister, beim Startschuss für vier Innovationswerkstätten, den sogenannten „Mitmach-Labs". Mehr auf **www.wfw.gv.at**

---

84 %

der Österreicher-Innen halten am Bargeld fest. Trotz der rasch fortschreitenden Digitalisierung von Bezahlsystemen bleibt laut einer Erhebung im Auftrag der Ing-DiBa das Bargeld der Österreicher liebste Zahlmethode. Ganze 84 Prozent der Österreicher meinen, dass sie niemals ohne Bargeld unterwegs sein werden. Sogar bei den 18- bis 24-Jährigen sind es 79 Prozent, die am Bargeld festhalten.

Sofort informiert bei Hochwasser

Zu Beginn der Hochwassersaison stehen viele Gemeinden vor der Aufgabe, ihr Schutzkonzept für den Ernstfall zu überprüfen. Ein Teil des Konzepts ist die Erhebung und Weitergabe von Gewässerinformationen. Diese rechtzeitige Information baut Angst ab und schafft mehr Vorlaufzeit für Gegenmaßnahmen. Immer mehr Gemeinden verwenden dafür das Messsystem PegelAlarm der Firma SOBOS.
Neben der Möglichkeit, sich aktiv zu informieren, können Personen auch Benachrichtigungen abonnieren und erhalten automatisch beim Erreichen eines kritischen Wasserstands eine SMS oder Nachricht auf ihr Smartphone. Bürgermeister, Feuerwehren und Bürger erhalten so längere Vorlaufzeiten und können auf eine herannahende Hochwasserwelle frühzeitig reagieren.
Für Feuerwehren und Gemeinden, die zusätzliche Wasserstandsmessungen einführen möchten, bietet SOBOS Messstationen zur dauerhaften Miete. Diese benötigen keinen Strom- oder Internetanschluss und sind einfach zu installieren. Bereits 15 Minuten nach Installation sind die Werte dauerhaft einsehbar.
So wird die Überwachung auch von kleineren Flüssen möglich, für die eine Messung aufgrund von finanziellen Aufwänden bisher nicht möglich war.

Infos unter: www.pegelalarm.at

LAND & LEUTE

SOCIAL MEDIA
Neue Strategien sind gefragt
ab Seite 104

SÜDTIROL
Zwei neue Gesichter unter den Ortschefs
Seite 118

Andreas Haitzer hat lange Jahre im Notfallinterventionsteam der ÖBB gearbeitet, läuft Marathon und leitet heute die Geschicke von Schwarzach im Pongau.

NAME:	**ANDREAS HAITZER**
ALTER:	**49**
GEMEINDE:	**SCHWARZACH IM PONGAU**
EINWOHNERZAHL:	**3547** (1. Jänner 2017)
BÜRGERMEISTER SEIT:	**2008**
PARTEI:	**SPÖ**

VOM FAHRDIENSTLEITER ZUM GEMEINDELEITER

Wie sind Sie in die Politik gekommen?
Über die ÖBB. Ich war fast 20 Jahre bei den ÖBB, war Fahrdienstleiter, zum Schluss Mitarbeiter in der Betriebsführungszentrale in Salzburg, und habe mich schon zur damaligen Zeit hinsichtlich der Personalagenden engagiert. Nach langen Jahren auswärts habe ich dann in Schwarzach, meiner Heimatgemeine, in der ich auch geboren bin, ein Haus gebaut. Der Bürgermeister ist auf mich aufmerksam geworden und hat mich gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, in der Gemeinde ein wenig mitzuarbeiten. Das war 1999. Da ich immer einer war, der den Mund nicht halten konnte, bin ich 2004 relativ rasch in die Gemeindevorstehung eingezogen. 2006 bin ich Vizebürgermeister geworden, und nachdem mein Vorgänger Hermann Steinlechner doch schon im fortgeschrittenen Alter war, hat er 2008, ein Jahr vor der Wahl, das Amt an mich übergeben.

Was hat Sie in Ihrem Leben geprägt?
Geprägt hat mich sicher meiner Arbeit bei den ÖBB. Es gibt dort ein sogenanntes Notfallinterventionsteam. Das ist in etwa gleichzusetzen mit dem Kriseninterventionsteam des Roten Kreuzes. Der Vorteil, wenn man mit Kollegen spricht, ist natürlich der, dass man sehr, sehr viele Interna kennt, und dass die Kollegen nicht aufpassen müssen, wie sie etwas erklären, denn als Kollege weiß man natürlich, worum es geht. Bei diesem Team war ich seit 1987 mit dabei.
Die Ausbildungen dazu sind auf einem sehr hohen Niveau, im niederschwelligen Bereich. Wir haben viele psychologische Schulungen bekommen, und das hat mich aufgrund meiner sozialen Einstellung einerseits und mit der Ausbildung andererseits geprägt. 1987 bis 2017, das sind 30 Jahre, und das spielt bis heute bei mir in den Umgang mit Menschen mit hinein.

Was ist für Sie die große Herausforderung im Bürgermeisteramt?
Wir haben ca. 3600 Einwohner, und ich sehe es als klaren Auftrag von unseren Bürgerinnen und Bürgern, dass ich die Gemeinde nach außen möglichst gut vertrete.

> „ICH WAR IMMER EINER, **DER DEN MUND NICHT HALTEN KANN.**“

Wenn die Leute zu mir kommen, weil sie ein Problem haben oder etwas brauchen, dann möchte ich das so gut wie möglich erfüllen. Doch man kann Wünsche nicht immer erfüllen, und es gibt immer wieder Situationen, in denen du als Bürgermeister den „Bösen“ spielen musst. Wenn heute jemand irgendetwas ohne einer Baugenehmigung baut oder umbaut, dann muss ich eine Anzeige machen. Das sind dann die unangenehmen Geschichten, aber das gehört halt auch dazu. Das Schlimme dabei ist, wenn derjenige, den man gezwungenermaßen anzeigen muss, nicht einsieht, dass er einen Fehler gemacht hat.

Was gefällt Ihnen an Ihrem Beruf am besten und was am wenigsten?
Das Schöne ist, und das würde ich ganz dick unterstreichen, dass du als Bürgermeister in der Gemeinde direkt etwas bewegen kannst. Wenn man mit offenen Augen durch die Gemeine geht und auf die Wünsche der Bevölkerung hört, dann kann man aktiv etwas bewegen. Das geht. Schön ist auch, dass man direkt am Bürger ist. Wenn ich im Amt bin und jemand kommt, dann kann er einfach reinkommen. Das wissen die Leute in Schwarzach. Die müssen nicht anrufen, ob sie einen Termin haben können.

Der **Mensch** hinter dem Bürgermeister

MEIN LEBENSMOTTO:
Wir haben die Welt nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.

WENN ICH EINEN WUNSCH FREI HÄTTE, WÜRDE ICH ...
... mir wünschen, dass die Menschen nicht immer das Eigene in den Vordergrund stellen, sondern das Gemeinsame.

WOVOR HABEN SIE ANGST?
Ich habe keine Angst.

DAS WILL ICH UNBEDINGT NOCH ERLEBEN:
Viele, viele glückliche Jahre mit meiner Frau.

WAS BRINGT SIE AUS DEM GLEICHGEWICHT?
Inkonsequenz und Unehrlichkeit.

BESCHREIBEN SIE SICH SELBST MÖGLICHST KURZ:
Gerecht und kommunikativ.

Das Interview mit Andreas Haitzer in voller Länge auf http://kommunal.at/artikel/lehren-und-lernen-als-erfolgsrezept-2/

GEMEINDEN & SOCIAL MEDIA

NEUE STRATEGIEN SIND GEFRAGT

Will sich eine Gemeinde für den Tourismus in Social Media präsentieren, dann gehört erwogen, welche Inhalte relevant sind und wie sich diese von jenen unterscheiden, die nur für die eigene Bevölkerung wichtig sind. Damit wird ersichtlich, dass Social Media selber vielseitig sind und den Anforderungen, Bedürfnissen und Interessen einer Gemeinde angepasst gehören. Schlussendlich legt die Gemeinde fest, wie die Kommunikation ablaufen soll.

TEXT / Alen Velagic

Es ist Montag, gegen 7.30 Uhr, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Gemeinde sind schon am Arbeitsplatz eingetroffen, die Sonne wacht langsam auf und der Morgentau reflektiert ihre Strahlen. Der Bürgermeister hält einen Moment inne, erblickt die Wasserperlen und zückt das Smartphone, um die Atmosphäre einzufangen. Doch dieser Moment ist nicht nur für ihn persönlich etwas Besonderes, sondern das Foto wird mit der Gemeinde und der Nachbarschaft geteilt, und zwar über einen oder mehrere Kanäle im Social Web. Es ist eine willkommene Gelegenheit, einen erfolgreichen Wochenstart zu wünschen.

Neue Medien bieten diese Möglichkeit der Vernetzung mit relevanten Orten, Institutionen und Menschen in der Nähe und der Ferne. So lassen sich Distanzen überwinden und Barrieren abbauen. Diese Technologie bietet den Menschen eine Wahlmöglichkeit, um die eigenen Anforderungen, Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen.

MAG. ALEN VELAGIC
IST PROJEKTMANAGER UND NETZWERKER
alen.velagic@gmx.at

Soziale Netzwerke und Gesellschaften. Die Verbreitung der Informationstechnologie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat dazu beigetragen, dass die Welt näher zusammengerückt ist. Mit nur wenigen Klicks können Informationen weltweit abgefragt und mit anderen Menschen geteilt werden. Die dabei sichtbarer werdende Vernetzung wird von verschiedenen Disziplinen in der Gegenwart sowie der Vergangenheit identifiziert, die sich etwa im Straßennetz des Römischen Imperiums, den Handelsrouten zur See, Eisenbahnnetzen und Unterseekabel zeigen. Neue Medien haben ein vergleichbares Beispiel in Gesellschaften, die sich in Beziehungen, der Wahlmöglichkeit, dem Regierungssystem, Entwicklungsgrad oder

zwischenmenschlicher Kommunikation unterscheidet.

Die Individualisierung hat nicht zur Zerstörung jeglicher Ordnung geführt, sondern zu einer feineren Differenzierung menschlicher Anforderungen, Bedürfnisse und Interessen. Daraus sind neue Beziehungen und Netzwerke entstanden, die für Vielfalt und neue Möglichkeiten stehen. Dabei haben sich ebenfalls die Lebensläufe der Menschen verändert. In westlichen Gesellschaften finden sich heute drei wichtige Errungenschaften der Individualisierung: Selbstorganisation, Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung. Diese drei stehen für die Wahlmöglichkeit, für die Freiheit. Die Rechte und Pflichten, welche Individuen gegenüber sich und anderen wahrnehmen können, sind nach wie vor geblieben. Verantwortungsbewusstsein ist nicht nur eine Kompetenz im Berufsleben, sondern gilt auch für die zwischenmenschliche Kommunikation, und zwar offline und online.

Social Media in der Gemeindearbeit. In Österreich ist das E-Government seit Jahren präsent und wird laufend weiterentwickelt. Die Digitalisierung schreitet in Österreich voran und ist nicht nur ein Thema für Wirtschaft, Bundes- und Landesbehörden, sondern ebenfalls für Gemeinden. Für Bürger und Bürgerinnen stehen Mobile Apps, Webseiten und Social-Media-Kanäle zur Verfügung, um sich zusätzlich miteinander auszutauschen, um informiert zu werden, welche Veranstaltungen anstehen, wann welcher Arzt und Ärztin Dienst haben, wann die Müllabfuhr kommt und an welchen Projekten die Gemeinde arbeitet.

Eine Erhebung der Facebook-Präsenz niederösterreichischer Gemeinden zeigte, dass von 573 Gemeinden 134 eine Facebook-Seite gehabt haben. Nicht einbezogen worden sind FB-Seiten des Stadtmarketings, Kulturreferats, Profile oder Gruppen. Während das Stadtmarketing und Kulturreferat einen bestimmten Schwerpunkt haben, sind Profile und Gruppen in der Regel nicht für alle offen. Mit der Erhebung der Präsenz ist ebenfalls eine quantitative Inhaltsanalyse verbunden, um das Kommunikationsverhalten der Gemeinden im Monat Oktober 2016 aufzuzeigen. Insgesamt sind 93 Gemeinden im Untersuchungszeitraum aktiv gewesen, die viele Veröffentlichungen (Posts) von Montag bis Freitag aufweisen. Die meisten Posts werden zw. 7 und 13 Uhr veröffentlicht. Der Veröffentlichungszeitpunkt hängt entsprechend von den Arbeitszeiten der Gemeindebediensteten ab.

Rund 40 Prozent der Posts dienen der Bewerbung von Veranstaltungen, womit Facebook als Ankündigungsplattform gesehen und verwendet wird. Hinzu kommen Nachberichte zu den Veranstaltungen, die rund 17 Prozent ausmachen. Dagegen haben Nachrichten (News) aus der Gemeinde und allgemeine Informationen zu der Gemeindearbeit einen Anteil von 16 bzw. acht Prozent. Die Gemeinden verwenden verschiedene andere Medien, um die eigenen Facebook-Seiten zu befüllen. Mit 46 Prozent überwiegen Fotografien und Grafiken. Die Inhalte der Gemeindewebseite folgen mit 19 Prozent. Dagegen wird mit jeweils 0,3 Prozent am wenigsten auf Facebook Instant Articles oder Videos gesetzt, obwohl sie mit 36 bzw. 26 Interaktionen (Like, Kommentar und Teilung) je Post die meiste

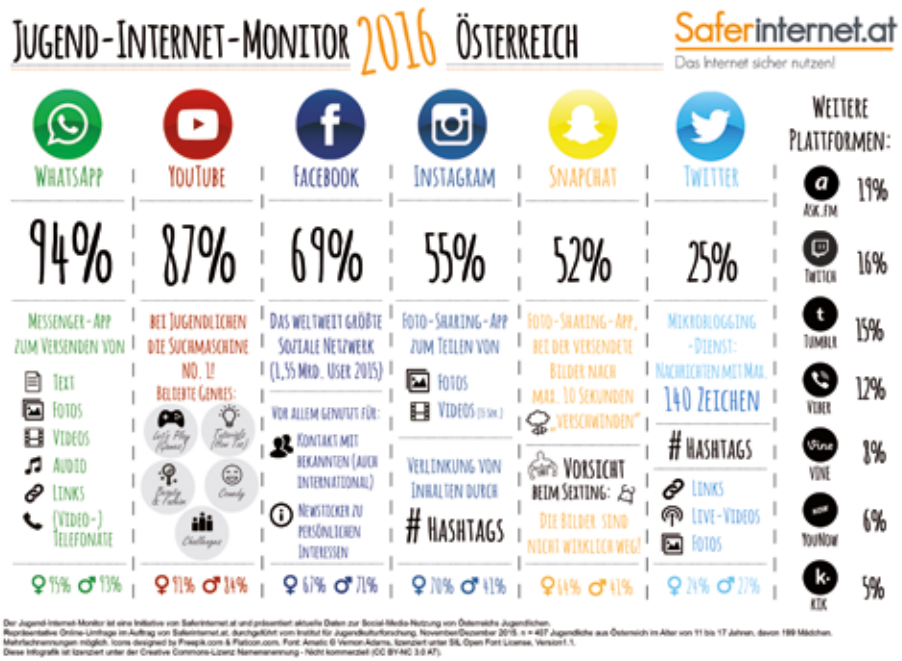
STRATEGIE

Eine Gemeinde braucht eine Social-Media-Strategie, die festlegt, was veröffentlicht wird. Andererseits gilt es die gewünschten Zielgruppen zu definieren, um verstehen zu können:

- Was geteilt werden soll (Thema)
- Wann geteilt werden soll (Tag und Tageszeit)
- Welche weiteren Medien eingebunden werden sollen (Text, Fotografie, Grafik, Video, externer Link, Facebook Event etc.)
- Wie oft geteilt werden soll (Inhalte können auch mehrmals verwendet werden)

ZIELGRUPPE & MEDIENNUTZUNG

Jede Zielgruppe hat ein bestimmtes Mediennutzungsverhalten. Die Webseite Saferinternet.at führt beispielsweise im Jugend-Internet-Monitor 2017 die Mediennutzung von Jugendlichen in Österreich im Alter von 11 bis 17 Jahren an. Ersichtlich wird eine Nutzung verschiedener Onlineangebote wie WhatsApp (93%), YouTube (90%), Instagram (68%), Snapchat (65%) und Facebook (48%). Das heißt also, wenn eine Gemeinde auf die eigene Jugend zugehen möchte, dann muss erst in Erfahrung gebracht werden, welche Medien diese verwendet. Gleiches gilt für andere Zielgruppen.



Eine Gemeinde braucht Cleverness, wenn es um zeitgemäße Informations- und Kommunikationsstrukturen geht. Es geht um ständiges Hinterfragen der eigenen Möglichkeiten und Ziele."

Interaktion im Untersuchungszeitraum erhalten haben. Insgesamt enthielten 538 Veröffentlichungen Fotografien oder Grafiken, die je Post 15 Interaktionen erhalten haben. Analysiert worden sind 1168 Posts im Oktober 2016.

Einen Einblick liefern acht Leitfadengespräche mit niederösterreichischen Bürgermeistern, warum Social Media angenommen bzw. abgelehnt werden. Die Argumente sind durchaus nachvollziehbar, weil sie Gemeinden vor unterschiedliche Herausforderungen stellen. Gerade der lange Bundespräsidentschaftswahlkampf 2016 hat in Österreich gezeigt, welche wichtige Rolle Social Media zukommt, wenn es um politische Bildung und öffentliche Meinung geht. Die Meldungen in Printmedien oder im Fernsehen reichten von erfolgreichen Kampagnen bis hin zu dem Postfaktischen, den Fake News. Kanäle in Social Media brauchen daher menschliche und finanzielle Ressourcen, um Qualität zu präsentieren. Die befragten Bürgermeister haben aber nicht nur die Hürden argumentieren können, sondern ebenfalls die positiven Möglichkeiten genannt, um beispielsweise mit jenen Bevölkerungsgruppen in Kontakt zu treten, die über klassische Wege nicht bis schwer erreicht werden können. Hinzu kommt die Direktvermarktung, die einen leichten und kostengünstigen Zugang ermöglicht.

Social Media brauchen ein Konzept, eine Strategie. Die oben erwähnten Ergebnisse tragen dazu bei, die Kommunikation der untersuchten Gemeindeseiten in Facebook zu verstehen und künftige Strategien abzuleiten. So zeigt sich beispielsweise eine höhere Interaktion zwischen zehn und 14 Uhr als gegenüber den frühen Morgen- oder späten Abendstunden. Die höchste Interaktion ist dagegen zwischen 15 und 16 Uhr gegeben. Dies mag auch mit dem Tagesablauf der Menschen in der Gemeinde zusammenhängen. Die Interaktion kann damit als Indikator herangezogen werden, um die Beliebtheit eines Posts zu messen. Hinzu kommen Inhalte (Thema) und zusätzlich verwendete Medien (Foto, externe Links etc.). Die Gemeindewebseite gehört ebenfalls zu den in Facebook geteilten Inhalten und externen Medien, womit sie nach wie vor ein wichtiger Kommunikationskanal bleibt.

Social Media bieten nicht nur eine Informations- und Mobilisierungsmöglichkeit für Gemeinden, sondern können auch im Sinne des Wissensmanagements verwendet werden. So können Gruppen in Facebook dazu verwendet werden, um die Kommunikation innerhalb von Arbeitsgruppen, Ausschüssen etc. zu unterstützen und allen Mitgliedern Unterlagen digitalisiert bereitzustellen.

Weitere Möglichkeiten sind mit Slack, Dropbox oder Google Drive und Google Docs zu nennen, mit denen mehrere Mitglieder gleichzeitig auf Unterlagen zugreifen und an diesen arbeiten können.

Dieser Beitrag basiert auf einer Magisterarbeit, die der Autor im zweiten Halbjahr 2016 am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien verfasst hat. Die Arbeit ist als PDF auf www.kommunal.at unter obenstehendem QR-Code zum Download erhältlich.

enature® Fishpass-Anlage in Rottau-Mühldorf an der Möll (Kärnten): Im Zuge der Errichtung des Pumpspeicherkraftwerks Reißeck II wurde am Wehr Rottau eine 435 Meter lange Fischaufstiegshilfe mit über 100 Becken und elf Kehren, die zugleich als Ruhe- und Laichzonen fungieren, installiert.

ENATURE® FISHPASS

NICHT NUR FISCHAUFSTIEG, SONDERN AUCH LAICHPLATZ

Nach knapp zehnjähriger Forschungszusammenarbeit steht den Betreibern von Wasserkraftwerken in Österreich eine Fischaufstiegshilfe zur Verfügung, die sich eindrucksvoll in der Praxis bewährt hat.

Umweltschutz in Einklang mit einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen ist nicht nur eine schwierige, sondern oft auch widersprüchliche Herausforderung. Nirgendwo wird das deutlicher als bei der Errichtung von Wasserkraftwerken: Auf der einen Seite ist der Ausbau erneuerbarer Energien gefragt, auf der anderen Seite wird der möglichst naturnahe ökologische Zustand von Flüssen eingefordert. Entsprechend einer EU-Wasserrahmenrichtlinie ist auch die Errichtung von sogenannten „Wanderanlagen" erforderlich, die es Fischen und anderen Lebewesen ermöglichen, Barrieren in Gewässern zu überwinden.

Nach zahlreichen hydraulischen Modellversuchen wie auch biologischen Testserien wurde 2009 mit „enature® Fishpass" ein innovatives Fertigteilsystem patentiert, das nach dem „multiple slot"-Prinzip eine massive Verringerung der Wasserdurchflussmenge erzielt und selbst schwimmschwachen Lebewesen in allen Alters-

> „Selbst schwimmschwachen Lebewesen in allen Alterstadien **ist die Passage der Wanderanlage in beiden Richtungen möglich.**"

stadien die Passage der Wanderanlage in beiden Richtungen ermöglicht: Durch eine spezifische und variable Abfolge von versetzten Schlitzen in unterschiedlicher Breite, Ruhebecken, Kehren und Neigungsknick-Elementen wird ein hydraulisch komplexer, „entschleunigter" Wasserweg geschaffen, der den wirtschaftlichen Betrieb von Kraftwerksbauten in optimaler Weise mit dem Schutz der betroffenen Ökosysteme kombiniert.

Das als Fertigteilmodul vorgefertigte System hat sich seit den erfolgreichen und in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten und internationalen Fachvorträgen dokumentierten Pilotprojekten mittlerweile auch bereits ebenso eindrucksvoll in der Praxis durchgesetzt: In über 40 Installationen in Österreich, Südtirol, Bayern und in der Schweiz konnte die aus nur wenigen Grundelementen bestehende Fischaufstiegshilfe nicht zuletzt aufgrund attraktiver Systemvorteile überzeugen.

familienfreundlichegemeinde

Familienfreundlichkeit lohnt sich.

Und zwar für jeden. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* zeigt wie es geht.

Familie stärken. Zukunft sichern.

Familienfreundlichkeit lohnt sich:

Unter Einbezug aller Generationen ermöglicht das Audit ***familienfreundlichegemeinde*** gemeinsame Maßnahmen zu erarbeiten. Das führt zu einer stärkeren Identifikation der Bürger/innen mit der Gemeinde und schafft ein positives Image nach außen. Denn letztlich trägt ein familienfreundliches Umfeld dazu bei, dass die Attraktivität der Gemeinden sowohl für Familien als auch für die Wirtschaft steigt.

Infos auf www.familieundberuf.at

audit berufundfamilie

familienfreundlichegemeinde

Bgm. Mag. Thomas Ram, Stadtgemeinde Fischamend

Die Stadtgemeinde Fischamend unterstützt uns bei unserer österreichweiten Informationsoffensive für mehr Familienfreundlichkeit.

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen stellen viele Gemeinden vor eine Reihe an Herausforderungen: Altersstrukturen ändern sich und die Abnahme finanzieller Ressourcen lassen Handlungsspielräume immer geringer werden. Mit der Entwicklung des Lebensraumes und durch einen stärkeren Zusammenhalt der Gemeinschaft kann diesen Herausforderungen bestmöglich begegnet werden. Denn je attraktiver das Lebensumfeld einer Gemeinde ist, desto interessanter ist es für Bürger/innen, sich dort anzusiedeln und zu bleiben. Das stärkt auch den Wirtschaftsstandort und die regionalen Betriebe.

Langfristiger Erfolg durch umfassende Bürgerbeteiligung

Bei der Entwicklung des Lebensraumes kann der Auditprozess *familienfreundlichegemeinde* nachhaltig unterstützen. Unter Einbeziehung aller Generationen werden in Workshops gemeinsam gezielte, den individuellen Bedürfnissen entsprechende Maßnahmen definiert und erarbeitet und so das familien- und generationenfreundliche Angebot vor Ort verbessert. Kinder, Familien, Singles und ältere Menschen innerhalb einer Gemeinde profitieren so von einer höheren Lebensqualität.

In der Stadtgemeinde Fischamend wird Familienfreundlichkeit längst groß geschrieben. Bereits seit 2012 befindet sich die Gemeinde im Auditprozess und hat seither zahlreiche Schritte für ein familienfreundlicheres Umfeld vor Ort gesetzt. Von der Einrichtung eines Eltern-Kind-Zentrums über Jugendcoaching und dem Aufbau eines lokalen Leihoma, -opa und Tagesmütterangebots bis zur Umgestaltung des Getreideplatzes zu einem Generationentreffpunkt im Grünen - das generationsgerechte Angebot in Fischamend ist sehr vielfältig und trägt maßgeblich zur Aufwertung des Lebensraumes bei.

Der Auditprozess

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte Bisher haben österreichweit bereits rund 430 Gemeinden am Auditprozess teilgenommen. Gemeinden, die sich erfolgreich dem Thema Familienfreundlichkeit im Rahmen des Auditprozesses gewidmet haben und familienfreundliche Maßnahmen nachhaltig umsetzen, werden mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde*, verliehen durch das Bundesministerium für Familien und Jugend, ausgezeichnet.

Interesse bekommen?

Alle Informationen zur Teilnahme am Audit sowie viele weitere Best Practice-Beispiele finden Sie außerdem auf unserer Webseite:

www.familieundberuf.at

Bereit für mehr Familienfreundlichkeit?

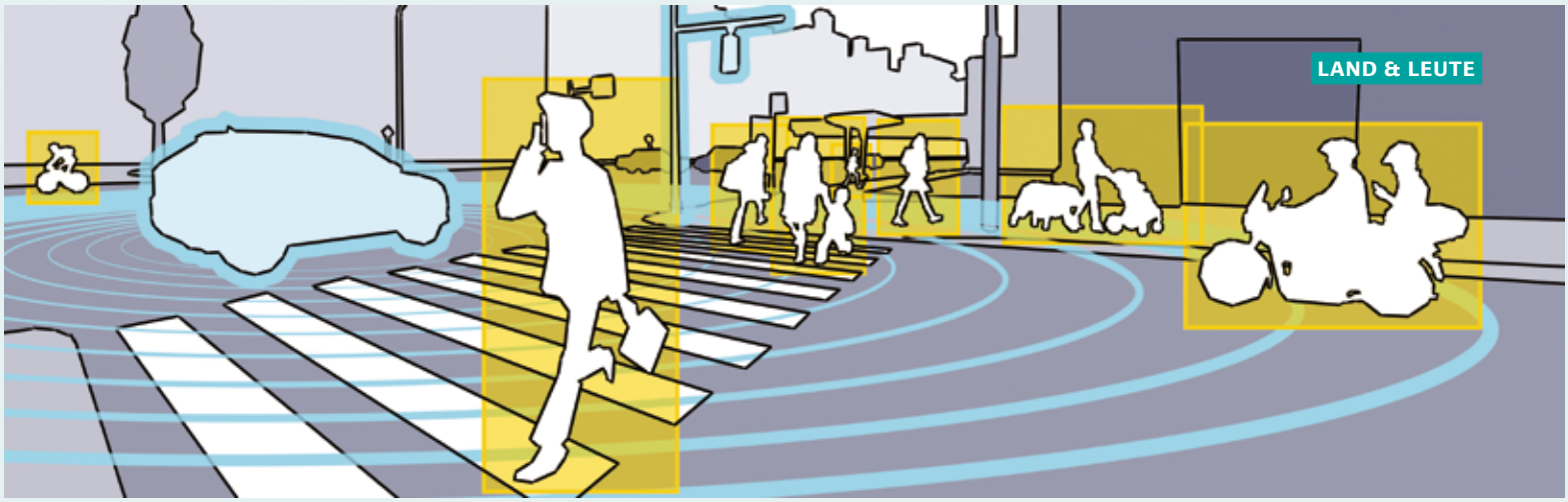
Familie & Beruf Management GmbH

/familieundberufat

@familieundberufat

bmfj BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige



DIE ZUKUNFT WIRD AUTOMATISIERT

SELBSTFAHRENDE FAHRZEUGE UNTERWEGS

Was Gemeinden über automatisierte Fahrzeuge wissen sollten. Das KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) hat die wichtigsten Fragen zusammengefasst.

Selbstfahrende Fahrzeuge sind derzeit in aller Munde: Die hochautomatisierten Vehikel versprechen etliche Vorteile: Von einer Reduzierung der Unfälle, die derzeit noch zu 90% auf menschliches Fehlverhalten zurückgeführt werden können, bis hin zur Einbindung all jener Gruppen, die bisher von selbstständiger Mobilität weitestgehend ausgeschlossen waren. Für Gemeinden bedeutet zwar die Veränderung der Mobilität hin zum automatisierten Fahren eine Herausforderung, die aber auch als Chance begriffen werden kann. Das individuelle Mobilitätsangebot steigt, und Bürger, auch jene, die es nicht mehr können, werden mobiler. Weiters stellt ein begleitetes automatisiertes Mobilitätssystem auch eine Chance für die Verkehrssicherheit der Gemeinden dar.

Wann spricht man überhaupt von einem selbstfahrenden Fahrzeug? Ein Fahrzeug ist selbstfahrend oder „autonom", wenn es alle Aufgaben im Straßenverkehr selbstständig meistern kann.

Welche Maßnahmen wurden in Österreich zum automatisierten Fahren umgesetzt?
In Österreich veröffentlichte das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie 2016 den Aktionsplan „Automatisiert – Vernetzt – Mobil". Hauptziele des Aktionsplans sind u. a. die Stärkung der österreichischen Forschung und Wirtschaft im Bereich des automatisierten und vernetzten Fahrens, der Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie die Sicherstellung der Gewährleistung der Verkehrssicherheit.

Wie ist derzeit die rechtliche Lage in Österreich?
Die Auseinandersetzung mit rechtlichen Fragestellungen rund um automatisiertes und vernetztes Fahren hat gerade erst begonnen; eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist bislang international wie national erst in einem geringen Ausmaß erfolgt.

Wie kann bei den GemeindebürgerInnen Akzeptanz geschaffen werden?
In einer vom KFV durchgeführten repräsentativen Studie kam der deutliche Wunsch der Bevölkerung hervor, dass automatisiertes Fahren erlebbar gemacht werden soll. Immerhin wünschen sich fast 70 Prozent der Befragten, aktiv über die neue Form der Mobilität aufgeklärt zu werden.

Wo wird derzeit in Österreich getestet?
Derzeit gibt es mehrere Projekte in Österreich. Zwei Projekte werden mit Beteiligung vom KFV entwickelt: Wien ZWA (Testumgebung vom Flughafen Wien bis zur Messe Wien) sowie das Testprojekt auto.Bus Seestadt in der Seestadt Aspern. K

WEITERFÜHRENDER LINK

Der Beitrag musste aus Platzgründen redaktionell gekürzt werden. Die Langversion auf

http://kommunal.at/artikel/selbstfahrende-fahrzeuge-unterwegs/

zum Nachlesen.

LOST PLACES IN DER ALPEN-ADRIA-REGION

VERFALLEN & **VERGESSEN**

Was „Ungunstlagen“ und mangelndes Interesse unter Gemeinden ausrichten können, wird Lesern durch ein Buch der beiden Kärntner Georg Lux und Helmuth Weichselbraun augenscheinlich und drastisch vor Augen geführt. Ein mahnendes Beispiel, den ländlichen Raum zu stärken.

TEXT / Hans Braun

Wer im Internet nach dem Buch der beiden Kärntner sucht, wird schnell fündig. Vom „reizvollen Reiseführer der etwas anderen Art“ wird berichtet. „Beeindruckende Orte abseits touristischer Pfade, die dem Verfall preisgegeben sind“ schwärmen andere. Für andere sind es einfach nur „abenteuerliche Orte in der Alpen-Adria-Region“ wie das unbewohnte Schloss Waldenstein, wo das Foto mit den Autoren geschossen wurde.

Die Geschichten der abenteuerlichen Orte im Grenzgebiet Italien, Kärnten. Slowenien sind absolut lesenswert, es sind Zeugen einer Vergangenheit, die langsam schwindet und wie eine ferne Erinnerung verblasst. Lost Places geben Besuchern das Gefühl, in diesem Moment eine Geschichte festzuhalten, die bald endgültig vergessen sein könnte. Die Autoren zeigen die Faszination solcher Plätze in beeindruckenden Fotos und erzählen ihre Abenteuer „in der beliebten Mischung aus augenzwinkernder Leichtigkeit und hintergründigen Fakten“, wie der Styria-Verlag in seiner Kurzbeschreibung schreibt. Allerdings meldet sich beim Schmökern ein bisschen ein Gefühl des Unbehagens, vor allem, wenn man mit der Situation der ländlichen Gemeinden Österreichs vertraut ist.

Wie war das noch, dass man den Anfängen wehren soll? Aus meiner Kindheit habe ich auch eindringliche Mahnungen im Ohr, dass aus

DIE AUTOREN

GEORG LUX, (links), Jahrgang 1974, ist Newsdesk-Chef der „Kleinen Zeitung“ Kärnten und Blogger

HELMUTH WEICHSELBRAUN, Jahrgang 1972, Fotostudio www.fotoquadr.at, ist Redaktionsfotograf der „Kleinen Zeitung“ Kärnten

Oben: Historischer Ruhepol im Industriegebiet: Hinter belebten Fabrikshallen ragt in Rijeka die Ruine der weltweit ersten Torpedo-Abschussrampe ins Meer. Auch die ersten und letzten österreichischen U-Boote wurden hier zu Wasser gelassen. Unten: Poollandschaft des „Park Hotel Obelisco“ in Opicina bei Triest.

In Bad Bleiberg sprudeln pro Minute 880 Liter Thermalwasser aus dem Berg, aber danach großteils ins Leere: das öffentliche Bad, das man aus der Heilquelle gespeist hat, ist seit 2014 geschlossen, weil das Geld für seine Sanierung fehlt.

FOTOS // Helmuth Weichselbraun

Für Tarvisio Centrale ist der Zug abgefahren. Der Grenzbahnhof ohne Anschluss ist seit der Jahrtausendwende dem Verfall preisgegeben. Wo einst Luxuszüge haltgemacht haben, kommen heute nur mehr Radfahrer vorbei.

DAS BUCH

„Verfallen & vergessen – Lost Places in der Alpen-Adria-Region", von Georg Lux und Helmuth Weichselbraun
ISBN: 978-3-222-13551-4
208 Seiten
Preis: 22,90 Euro
Erschienen März 2017

Erhältlich in allen Buchhandlungen und versandkostenfrei auf **www.styriabooks.at**

kleinen Kratzern eine lebensgefährliche Blutvergiftung werden kann. Aufpassen, aufpassen, hieß es dann. Und sofort zum Arzt, Hilfe holen.

Eines der Beispiele aus dem Buch ist die Therme Bad Bleiberg. Christian Hecher, Bürgermeister der Marktgemeinde Bad Bleiberg, schildert darin die Geschichte des örtlichen Thermalbads, das seit Februar 2014 geschlossen und trockengelegt ist. Auf Laien macht die Anlage, so die Autoren, gar keinen maroden Eindruck. Ein paar Fliesen müssten die Bleiberger zweifellos erneuern, aber insgesamt scheint alles machbar. Leider ist alles nicht so einfach wie es aussieht. Der Teufel steckt im Detail. Vor allem die technischen Anlagen hinter beziehungsweise unter den Becken des fast 50 Jahre alten Bades müssten dringend saniert werden. Geschätzte Gesamtkosten: mehr als fünf Millionen Euro! Mehr als 1,5 Millionen Euro konnte die nicht besonders vermögende Marktgemeinde Bad Bleiberg als Eigentümerin nicht selbst aufbringen. Für den Rest hat man über Jahre hinweg vergeblich das Land um Hilfe gebeten.

1964 fasste der Gemeinderat den Beschluss, ein Thermal-, Hallen- und Freibad zu errichten. Es ging 1967 in Betrieb und wurde mit dem Heilwasser gespeist, das bis dahin nur das Mannschaftsbecken des Bergbauunternehmens gefüllt hatte. Rund um das Bad entstanden neue Hotels und 2003 das Kurzentrum, das seither mit mehr als 100.000 Nächtigungen pro Jahr der größte Tourismusbetrieb im Tal ist. Damit ist es aber vorbei.

Die Anlage wurde „vorerst" stillgelegt. Im Herbst 2015 wurden die Räume für einen Flohmarkt geöffnet. Von den Liegestühlen über den Saunaofen bis zu den Kästchen in der Umkleide war damals alles zu haben. „Obwohl das Bad geschlossen ist, muss die Gemeinde pro Jahr dafür 32.000 Euro Steuern und Versicherungen zahlen", erklärt Bürgermeister Hecher. „Durch den Ausverkauf haben wir wenigstens einen Teil refinanziert." Wie es weitergeht, steht noch in den Sternen.

Mein Fazit: Ein lesenswertes Stück Geschichte, und mit den vielen Tipps und Hinweisen und Erklärungen ist es wirklich ein „Reiseführer der etwas anderen Art". Das seltsame Gefühl, das mich beim Lesen überkommt, stammt vermutlichz nur daher, dass mir die Gemeinden am Herzen liegen und ich es nicht gerne höre, wenn sie alleingelassen werden.

BURGENLAND

Das Projekt „Buntes Burgenland“ wurde in Oslip von Volksschuldirektorin Ljuba Palatin-Wild, Vzbgm. Paul Walzer, Umweltlandesrätin Astrid Eisenkopf, Bgm. Stefan Bubich und Projektleiterin Julia Kelemen-Finan vorgestellt.

Trockenrasen ist gar nicht fad

Wenn man von einem „Trockenrasen“ oder „Halbtrockenrasen“ spricht, stellen sich die meisten eine braune, verwahrloste, von der Sonne verbrannte Wiese vor. Dabei beherbergen Trockenrasen eine Vielzahl von Pflanzen, die gerade jetzt im Sommer die Wiesen in bunte Farben tauchen. Sie zählen zu den artenreichsten Lebensräumen und beherbergen oft seltene Pflanzen und Tiere. In Oslip wurde nun das Projekt „Buntes Burgenland“ vorgestellt, das über die Bedeutung von Steppen- und Trockenrasen informieren soll.
Im Burgenland finden sich über 2300 Trockenrasen-Gebiete mit einer Gesamtfläche von circa 3500 Hektar. Fast jede Gemeinde hat im Gemeindegebiet bzw. in der Umgebung ein Trockenrasen-Vorkommen.

Waldpreis geht nach Pinkafeld

Die Stadtgemeinde Pinkafeld ist seit Jahren bemüht, die großflächig vorhandenen Waldbestände aus Fichten und Kiefern laufend in naturnahe und klimafitte Laub-Nadel-Mischbestände umzustrukturieren, wobei besonders die Tanne, die in unseren Wäldern sehr selten geworden ist, gefördert wird. Für dieses Engagement wurde Pinkafeld nun mit dem „Waldpreis des Landes Burgenland“ ausgezeichnet.
In Pinkafeld erfolgt auch in allen Alterskategorien des Waldes eine konsequente Waldpflege und es gibt eine vorbildliche Wald-Wild-Situation, heißt es in der Begründung.

KÄRNTEN

Gemeinden investieren in **den Tourismus**

Damit die Gemeinden die Kärntner Tourismusstrategie umsetzen, wurde im Vorjahr eine neue Förderschiene entwickelt: der Berg-Rad-See-Topf im Gemeindereferat. Damit soll nachhaltige touristische Infrastruktur in den drei Kernthemen der Tourismusstrategie - Berg-Rad-See-Infrastruktur – unterstützt werden. Eine erste Bilanz zeigt, dass 30 Gemeinden in Summe knapp 9 Millionen Euro in touristische Infrastruktur investiert haben.
„Wir haben Produkte und Infrastruktur, die funktionieren, aber sie sind Durchschnitt. Daher war eine Fördervoraussetzung, dass die Gemeinden etwas Besonderes, etwas Neues schaffen“, sagt Landesrat Christian Benger.
Bei der Online-Buchbarkeit von Urlaubsquartieren hinkt Kärnten noch hinterher. Mit einem Schwerpunkt auf e-Tourismus soll sich das nun ändern. Der erste Schritt ist die Ausbildung von Beratern für jede Tourismusregion.

Radfahren am Weißensee.

Umsatteln aufs Alltagsradeln

Seit Juni fördert das Land Kärnten im Rahmen des Mobilitätsmasterplans den Kauf neuer Räder, Radanhänger und Radabstellanlagen für eine umweltfreundliche Mobilität. Sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen, Gemeinden und Vereine können Förderungen beantragen.
Die Anschaffung eines Dienstfahrrads wird mit 100 Euro gefördert, die Errichtung einer Radabstellanlage mit 200 Euro.

fahr-rad.ktn.gv.at

NIEDERÖSTERREICH

In Niederösterreich soll nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Alltag mit dem Rad gefahren werden.

Sicher radeln in Tulbing

Die Gemeinde Tulbing gewann den heurigen niederösterreichischen RADLand Infrastrukturpreis. Ausgezeichnet wurden unter anderem Gemeinden, Pfarren, Firmen und Privatpersonen, die im Jahr 2016 zur Steigerung des Radverkehrs im Alltag beigetragen haben. Tulbing hat durch die Schaffung einer Radwegeverbindung von der Katastralgemeinde Katzelsdorf zum Veranstaltungszentrum und dem Standort der neuen Volksschule die Radverkehrssicherheit stark erhöht.

Für ihr Engagement zur Förderung der E-Mobilität wurden die Gemeinden Brunn am Gebirge in der Kategorie „E-Mobilität am Bauhof bzw. im Gemeindebetrieb“ und Baden in der Kategorie „E-Carsharing“ ausgezeichnet.
In der Kategorie „Bewusstseinsbildung“ gewann die Region „Zukunftsraum Thayaland“ mit dem RADLPASS, bei dem 360 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in 130 teilnehmenden Betrieben und Geschäften ihre Einkäufe umweltfreundlich erledigten.

Spielplätze auf Sicherheit checken

Kinder lernen auf Spielgeräten, Risiken abzuschätzen und ihre Grenzen auszuloten. Wichtig dabei ist, dass die Spielplätze und Schulhöfe sicher gestaltet sind und auch regelmäßig einer Wartung unterzogen werden.

Eine jährliche Überprüfung der Spielgeräte ist essentiell, um gefahrloses Spielvergnügen zu sichern. Die NÖ Familienland GmbH bietet in Kooperation mit dem TÜV Austria jährlich ein Seminar für Gemeindevertreter, Schulleiter sowie Pädagogen an, die für die Wartung eines Bewegungsraumes zuständig sind.

OBERÖSTERREICH

Aus sechs **mach drei**

Der Fahrplan für die freiwilligen Gemeindefusionen im oberen Mühlviertel steht fest. Aus sechs Gemeinden sollen drei werden. Es handelt sich um die Gemeinden Afiesl, Sankt Stefan, Schönegg, Helfenberg und Ahorn im Bezirk Rohrbach sowie Vorderweißenbach im Bezirk Urfahr-Umgebung. Bei einem Termin der sechs Bürgermeister mit Landesrat Max Hiegelsberger wurde die weitere Vorgehensweise festgelegt und Bürgerbefragungen wurden geplant. Neben den Gemeindefusionen wird es auch erstmalig zu einer Änderung der Bezirksgrenzen kommen. So wird der Bezirk Urfahr-Umgebung um eine Gemeinde wachsen.

GR Josef Eisschiel, Bgm. Josef Hintenberger, Bgm. Erhard Grünzweil, VzBgm. Wilhelm Hofbauer, Landesrat Max Hiegelsberger, Bgm. Peter Pagitsch, Bgm. Alfred Mayr, Bgm. Stefan Hölzl, Bgm. Leopold Gartner

Neuregelung Stellplatzverordnung

Ein Auto-Abstellplatz kostet in der Errichtung zwischen 13.000 und 20.000 Euro, und je mehr Stellplätze errichtet werden, umso mehr Bauland wird benötigt. Eine Novelle zum Bautechnikgesetz bringt nun eine Neuregelung der Stellplatzverordnung.
Wie bisher gilt der Grundsatz, dass pro Wohnung ein Stellplatz zu errichten ist. Mit der neuen Regelung der Stellplatzverpflichtung wird die Anzahl der Stellplätze, welche die Gemeinden mittels Bebauungsplan verpflichtend vorschreiben können, auf zwei pro Wohnung begrenzt. Zusätzlich wird die Möglichkeit geschaffen, auch eine geringere Anzahl an Stellplätzen vorzusehen. Gerade im städtischen Bereich soll dadurch etwa auf die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel Bedacht genommen werden können.

FOTOS/Bgld. Landesmedienservice, Kärnten Werbung/Edward Gröger, www.BilderBox.com, Land OÖ

SALZBURG

Landesrätin Martina Berthold (3. v. l.) mit den Bürgermeisterinnen Michaela Höfelsauer (Lend), Sonja Ottenbacher (Stuhlfelden), Gabriella Gehmacher-Leitner (Anif) und Monika Schwaiger (Seekirchen).

Frau gestaltet mit

Insgesamt 50 Frauen besuchen derzeit die drei Lehrgänge „Frau gestaltet mit", welche jeweils gebündelt für die Bezirke Pinzgau und Pongau, den Flachgau und den Tennengau sowie für den Lungau angeboten werden. Neben praxisorientierten Grundlagen wird bei den Lehrgängen umfangreiches Wissen zu Themen wie Wahlrecht und Gemeindehaushalt vermittelt.

Einigung über Raumordnung

Nach langen Verhandlungen konnten die letzten offenen Punkte zur Novelle des Salzburger Raumordnungsgesetzes (ROG) abgeschlossen werden. Die wesentlichen Änderungen:

- Neue Widmungen werden auf einen Zeitraum von zehn Jahren befristet. Werden sie innerhalb von zehn Jahren nicht bebaut, tritt die vorher festgesetzte Folgewidmung – sprich Grünland – automatisch in Kraft.
- Zur Mobilisierung bestehenden Baulands wird eine Fünf-Jahres-Frist für eine Bebauung eingeführt.
- Neue Handelsgroßbetriebe an den Ortseinfahrten oder auf der „grünen Wiese" sollen der Vergangenheit angehören.
- In Gemeinden mit einem hohen Anteil an Zweitwohnsitzen können nur mehr Hauptwohnsitze begründet werden.
- Den Gemeinden wird eine zusätzliche Möglichkeit eingeräumt, den Gestaltungsbeirat als beratendes Gremium beizuziehen.
- Dem Gemeindeverband war die Möglichkeit zur Änderung der alten räumlichen Entwicklungskonzepte ein wichtiges Anliegen.

STEIERMARK

Thermische Analyse aus der Luft

Statt wie bisher Energie- und Wärmeverluste einzelner Gebäude isoliert zu betrachten, wurde in Gleisdorf erstmals ein ganzer Stadtteil aus der Luft thermisch analysiert. Dadurch wird eine flächendeckende und effiziente Sanierung ermöglicht. Forscher von Siemens haben dazu im Projekt „Hotspots" eine neue Technologie zum Erfassen von Energieverlusten in ganzen Stadtvierteln entwickelt. Die Bildverarbeitungssoftware arbeitet mit Fotos, die aus der Luft – von Drohnen oder Heißluftballons – aufgenommen werden. Die Software erstellt ein dreidimensionales Modell, das Energieverluste sichtbar macht.

Die Fotos können aus Heißluftballons oder Drohnen gemacht werden.

Partnerschaften bringen Erfahrungen

In Bad Radkersburg fand die Abschlusskonferenz eines erfolgreichen EU-Projekts statt. Im Mittelpunkt stand die Frage „Wie können Städte und Gemeinden die vielfältigen EU-Förderungsmöglichkeiten optimal nützen?" Dabei wurden zahlreiche Beispiele aus der Praxis präsentiert.
Die Beispiele zeigten durchwegs, dass bei EU-Projekten von Regionen und Gemeinden – neben der Unterstützung aus Brüssel – vor allem der Erfahrungsaustausch als enormer Gewinn einzustufen ist. Dies trifft auf viele Bereiche zu, wie etwa Maßnahmen gegen die weiterhin drohende Abwanderung der Jugend aus ländlichen Gemeinden, Altenpflege, Bürgerbeteiligung oder zunehmend auch verschiedenste Ansätze zur Integration von Migrantinnen und Migranten.

TIROL

150 Gemeinden wurden mit Breitband versorgt.

Tirol nutzt **Breitband-Förderungen** am besten

Durch Projekte aus der Breitbandinitiative des Bundes werden 50 Prozent mehr Tiroler Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein als vorher. Damit erreicht das Bundesland den österreichweit höchsten Wert.
Bis jetzt haben 150 Tiroler Gemeinden mit Unterstützung des Landes bzw. des Bundes ihr eigenes Glasfasernetz realisiert.
In Tirol wurden 5,5 Millionen Euro für die Leerrohrförderung abgeholt. Im Burgenland und in Salzburg vergleichsweise noch gar nichts.

Revitalisierung in 46 Gemeinden

Die qualitätsvolle Revitalisierung bestehender Bausubstanz ist ein wichtiges Handlungsfeld der Dorferneuerung. Um Sanierungen, die dem Erhalt wertvoller Objekte dienen, zu forcieren, wurden im Jahr 2012 neue Förderrichtlinien erstellt. Auch einzelne Maßnahmen außerhalb von eigens definierten Revitalisierungszonen können seither gefördert werden. Diese praxisgemäße Anpassung zeigt nachweisbare Erfolge, zieht Landesrat Johannes Tratter Bilanz. „Zwischen 2004 und 2011 wurden in fünf Tiroler Gemeinden Revitalisierungsprojekte gefördert, von 2012 bis Ende 2016 waren es bereits 41.Von fünf auf nunmehr insgesamt 46 – das ist eine enorme Steigerung! Durch die Reaktivierung ungenutzter Leerstände wurde ein Bedarf an erforderlichem Bauland im Ausmaß von rund neun Hektar eingespart, das entspricht einer Fläche von immerhin zwölf Fußballfeldern.“

tirol.gv.at/dorferneuerung

VORARLBERG

Gemeindeförderungen **am Plafond**

Die Förderungen für Gemeinden haben in Vorarlberg im Jahr 2017 ein Rekordniveau erreicht. Große Steigerungen wird es jetzt aber nicht mehr geben, kündigte Landeshauptmann Markus Wallner bei der Präsentation des Rechnungsabschlusses 2016 an. Mit 186,8 Millionen Euro (gegenüber 173,03 Millionen Euro 2015) sei man nahe am absoluten Limit. Schulden will Wallner keine machen. Landesrat Johannes Rauch (Grüne), meinte, dass er sich – bei gleichbleibendem Volumen – eine „innere Differenzierung“ zwischen finanziell stärkeren und schwächeren Gemeinden vorstellen kann. Gemeindeverbands-Präsident Harald Köhlmeier wollte gegenüber ORF-online die Ankündigungen nicht überbewerten, da derzeit Verhandlungen über die Neuaufteilung der Mittel im Rahmen des neuen FAG laufen. Er wies aber darauf hin, dass die Gemeinden mit immer höheren Belastungen zu kämpfen hätten.

Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser, Landeshauptmann Markus Wallner, Landesrat Johannes Rauch und Mario Reis von der Abteilung Finanzangelegenheiten des Landes Vorarlberg.

Zusammenarbeit im Walgau

Im Walgau ist sichtbar, welche Vorteile verstärkte Gemeindezusammenarbeit bringt. Die Kooperation von 14 Gemeinden erstreckt sich auf viele Bereiche – angefangen von der Raumplanung, über die Verkehrsinfrastruktur, die Nahversorgung, Sport, Generationen bis hin zur Kultur. Dem Verein „Regio Im Walgau“, der im Herbst 2011 aus einem dreijährigen Regionalentwicklungsprozess hervorgegangen ist, werden heuer vom Land Vorarlberg 80.000 Euro als Unterstützung ausbezahlt.

FOTOS/Land Salzburg/Büro Landesrätin Berthold, Siemens, www.BilderBox.com, VLK/Gerhard Wirth

PERSONALIA

HANS FERLITSCH HÖRT AUF

Ein Großer der Kommunalpolitik tritt in den Ruhestand

ST. STEFAN IM GAILTAL // Mit Hans Ferlitsch geht einer der ganz Großen der Kommunalpolitik. Er hat nicht nur die Entwicklung seiner eigenen Gemeinde St. Stefan im Gailtal, sondern auch jene aller Gemeinden als Präsident des Kärntner Gemeindeverbandes wesentlich mitgetragen. „Ich habe meinen Beitrag für die Gemeinschaft geleistet und möchte nun meinen Beitrag für meine Familie leisten", umschreibt der 71-jährige Hans Ferlitsch die Beweggründe für seine Entscheidung, sein Amt als Bürgermeister der Kärntner Gemeinde St. Stefan im Gailtal zurückzulegen.Hans Ferlitsch' kommunale Karriere begann vor 44 Jahren als Vizebürgermeister, 1985

folgte die Wahl zum Bürgermeister. Mit 32 Jahren Amtszeit war er unter den dienstältesten Bürgermeistern an vierter Stelle. Neben seiner jahrzehntelangen Tätigkeit in der Kommunalpolitik war er auch auf Landes- und Bundesebene erfolgreich. Sein Engagement in der Landespolitik sollte ihn nicht daran hindern, auch für die Gemeinden weiter stark mitzumischen. Zwei Jahre nach seinem Einstieg in den Landtag, 1996, wurde er Präsident des Kärntner Gemeindebundes. Diese Funktion übte er bis 2011 – 15 Jahre lang – aus. Ob seiner zahlreichen Verdienste – wurde er u a. mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichens mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.
Die 32 Jahre waren von zahlreichen Herausforderungen gekennzeichnet: „Am schlimmsten war das Hochwasser 2003. Gleichzeitig habe ich auch gesehen, dass in der Not die Menschen sehr zusammenhalten. Daher war es mir immer wichtig, die Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass es keiner Katastrophe bedürfen soll, damit wir uns gegenseitig helfen."
Um seine Bürger vor zukünftigen Hochwassern zu schützen, hat er sich um einen Hochwasserschutz bemüht, der bis 2020 in der Höhe von 500 Millionen Euro auch umgesetzt werden soll.
Nach über vier Jahrzehnten in der Kommunalpolitik und seinen vielen politischen Funktionen – bisher unerwähnt blieb beispielsweise auch sein Einsatz für das Rote Kreuz – wird er sich nun in ruhigere Fahrwasser begeben und die Zeit seiner Ehefrau Elfi, mit der er seit fünf Jahrzehnten verheiratet ist, und seiner Familie widmen. „Ich habe aufgrund meiner politischen Tätigkeit viel bei meinen Kindern versäumt. Das möchte ich nun bei meinen Enkelkindern nachholen", so Ferlitsch.

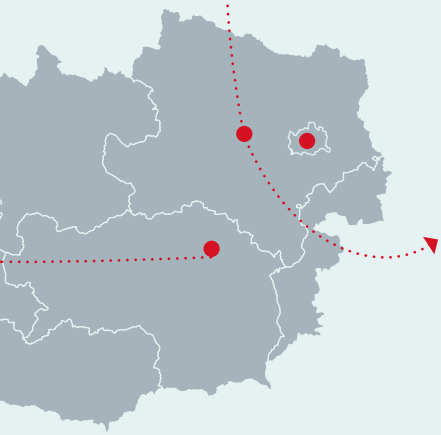
Peter Koch ist neuer Bürgermeister

BRUCK A. D. MUR // Alt-Bürgermeister Hans Straßegger teilte schon früher mit (siehe KOMMUNAL 05/2017), dass er Ende Mai, nach Vollendung seines 63. Lebensjahres, in Pension gehen wird. Zu seinem

Nachfolger wurde nun einstimmig sein Wunschkandidat und bisheriger Finanzstadtrat und Geschäftsführer des Sozialhilfeverbands, Peter Koch, gekürt. Koch bezeichnet sich als „echtes Arbeiterkind", das nun in „große Fußstapfen" treten muss. Er muss einen Sparkurs schaffen, hat aber auch Visionen für Bruck: „Die agilste Innenstadt der Obersteiermark, die modernste Verwaltung des Landes, eine intensivere Kooperation mit unseren benachbarten Städten!" Seine Tätigkeit beim Sozialhilfeverband beendet Koch ohne Rückkehrrecht, wie er betont.

Es soll Friede einkehren: Ortschef tritt zurück

SCHWARZENBERG // „Es soll Friede in der Gemeinde einkehren", wünscht sich Armin Berchtold. Der Alt-Bürgermeister des 1864-Einwohner-Orts Schwarzenberg, südlich des Bodensees gelegen, blickt auf 13 Jahre im Amt zurück, die ihm besonders am Ende zu viel abverlangten. „Ich gelangte als Quereinsteiger in den Bürgermeistersessel. Seit 2000 war ich Ersatz auf der Liste der Gemeindevertretung. Als mein Vorgänger ausschied, sieben Leute vor mir verzichteten, wurde ich wählbar." Den Rücktritt erklärt Berchtold mit der zunehmend kritischen Bevölkerung und Querschlägen aus der eigenen Partei: „Mir erging es ähnlich wie Mitterlehner." Innerhalb der eigenen Partei wurde eine Opposition gegründet. „Die Situation im Ortsparlament war auch ausschlaggebend für meinen Rücktritt."



Harald Bachhofer
ist Professor

ST. PÖLTEN // Der Direktor und Schulungsleiter der NÖ Kommunalakademie, Harald Bachhofer, erhielt aus den Händen von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner das Dekret über seine Ernennung zum „Professor“ (s. Foto). Die Landeshauptfrau würdigte die Verdienste Bachhofers um die Aus- und Weiterbildung der Gemeindefunktionäre, seine Lehr- und Leitungstätigkeit und seine publizistischen Arbeiten, unter anderem die umfassende Kommentierung der Gemeindeordnung. Er ist darüber hinaus Experte im Haushaltsrecht, weitere Fachgebiete sind Finanzausgleich, Prüfungsausschuss, Buchführung und Protokollführung. Bachhofer wurde 1988 Schulungsleiter der Kommunalakademie.

LINKS ZUM THEMA

Mehr Personalia gibt es auch auf

gemeindebund.at
kommunalnet.at

Neuer Geschäftsführer im nö. Gemeindebund

ST. PÖLTEN // In der Führungsriege des NÖ Gemeindebundes gibt es einen Personalwechsel: Mag. Gerald Poyssl folgt auf MMag. Gerald Kammerhofer als Geschäftsführer.
Am 25. Juni 1975 geboren, hat er Kindheit und Jugend in Krems verbracht. Nach dem Abschluss des Oberstufenrealgynasiums der Englischen Fräulein Krems 1993 und der Ableistung des Präsenzdienstes, studierte er von 1994 bis 2001 Rechtwissenschaften.
Seine berufliche Karriere begann der 42-Jährige 2002 in einer Steuerberatungskanzlei in Wien. 2007 begann seine Laufbahn im NÖ Landesdienst zunächst in den BHs Mistelbach und Hollabrunn. Er war dort als Fachgebietsleiter für Gewerbe- und Anlagenrecht und später für Strafen, Verkehr, Forstwesen und Jagd tätig. Von Juli 2011 bis September 2013 war der Vater zwei Kinder im Landtagsklub der NÖ Volkspartei bis ihn im Oktober 2013 Erwin Pröll in sein Büro holte.
„Wir freuen uns, dass wir mit Gerald Poyssl einen erfahrenen Kommunalju-risten und Politikkenner für die Leitung unserer kommunalen Interessenvertretung gewinnen konnten. Rechtsberatung, politische Unterstützung und Service für die Gemeinden sind wesentliche Stärken unserer täglichen Arbeit. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch mit Gerald Poyssl fortsetzen“, so NÖ-Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund

NEUE BÜRGERMEISTER

ZWEI NEUE **GESICHTER**

Am 7. Mai 2017 waren die Bürger der Südtiroler Gemeinden Barbian und Unsere Liebe Frau im Walde – St. Felix zu den Urnen gerufen, um Bürgermeister und Gemeinderat neu zu wählen.

Knapp zwei Jahre nach den allgemeinen Gemeinderatswahlen war der Urnengang notwendig geworden, weil der Bürgermeister von Barbian sein Amt aufgrund gesundheitlicher Probleme aufgegeben hatte und der Bürgermeister von Unsere Liebe Frau im Walde – St. Felix über Streitigkeiten in seiner eigenen Mehrheit gestolpert war.

Neuer Bürgermeister der Gemeinde Barbian ist **Erich Mur**. Der 56 Jahre alte Landwirt und bisherige Vizebürgermeister konnte 495 Stimmen auf sich vereinen, während sein parteiinterner Kontrahent Meinrad Rabanser 456 Stimmen erhalten hat. Damit trennen die beiden lediglich 39 Stimmen. Mit kapp 76 Prozent lag die Wahlbeteiligung leicht über jener vor zwei Jahren. Die 15 gewählten Gemeinderäte kommen alle von der Südtiroler Volkspartei.

Mur wird der Gemeinde für die nächsten drei Jahre vorstehen und hat bereits angekündigt, seinen Konkurrenten in die Regierung einzubinden. „Ich möchte die Projekte zusammen mit meinem Mitbewerber voranbringen. Es gilt, eine gemeinsame Strategie auf den Weg zu bringen und gemeinsame Lösungen zu finden. Ich bin mir sicher, die Unterstützung des Gemeinderates zu erhalten, zumal wir alle der selben Partei angehören. Das ist schließlich im Sinne der Bevölkerung.“ Murs Motto lautet: Es gibt viel zu tun, packen wir es gemeinsam an.

Gabriela Kofler ist die neue Bürgermeisterin der Gemeinde Unsere Liebe Frau im Walde – St. Felix. Die 54-jährige Landesangestellte setzte sich äußerst knapp gegen ihren Herausforderer Romedius Kofler durch. Mit 264 Stimmen konnte die Schwester der ehemaligen Bürgermeisterin nur zehn Stimmern mehr erreichen als ihr Gegner. Die Wahlbeteiligung lag bei 85 Prozent und damit etwas niedriger als im Jahr 2015.

Die Auszählung der Stimmen war bis zuletzt spannend. Während Romedius Kofler in St. Felix noch 23 Stimmen vor Gabriela Kofler lag, konnte diese das Ergebnis in Unsere Liebe Frau im Walde noch drehen und die Wahl schließlich mit zehn Stimmen Vorsprung gewinnen. Die 12 gewählten Gemeinderäte kommen auch hier alle von der Südtiroler Volkspartei.

Trotzdem wird die Regierungsbildung alles andere als einfach. Obwohl sämtliche Gemeinderäte der selben Partei angehören, ist der Gemeinderat tief in zwei Lager gespalten. Für die Bürgermeisterin wird es daher nicht leicht werden, die Gräben zu schließen, die sich in den letzten Jahren aufgetan haben. Zumal sie von ihren Gegnern für den Sturz der bisherigen Regierung verantwortlich gemacht wird und die drei meist gewählten Gemeinderäte auf der gemeinsamen Liste allesamt zu ihren politischen Widersachern gehören.

Historisch gesehen rühren die Konflikte in der Gemeinde noch aus dem Jahre 1974, als die beiden Gemeinden Unsere Liebe Frau im Walde und St. Felix zusammengeschlossen wurden. Während es der ehemaligen Bürgermeisterin Waltraud Kofler gelungen war, diese Konflikte zu entschärfen, haben sich die Unstimmigkeiten in den letzten Jahren wieder verschärft und die Bevölkerung ist nunmehr in zwei Lager gespalten, so wie es auch das Wahlergebnis zeigt.

Der neuen Bürgermeisterin bleiben 30 Tage Zeit, um eine handlungsfähige Regierung auf die Füße zu stellen. Sollte dies nicht gelingen, drohen die kommissarische Verwaltung und schließlich erneute Wahlen. Die Probleme wären damit aber nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben.

Mehr Informationen bei: Südtiroler Gemeindenverband | presse@gvcc.net | Tel. +39 0471 304655

FORUM INFRASTRUKTUR: 2017 MIT DEM SCHWERPUNKT SCHIENE & STRASSE

WIE QUALITÄT IM INFRASTRUKTURBEREICH GELINGT

Ob Bahn- oder Straßenbau, Kraftwerks- oder Siedlungswasserbau: Im internationalen Vergleich wird die Qualität der vorhandenen Infrastruktur in Österreich sehr gut bewertet.

Für Auftraggeber liegt es auf der Hand: Der zukunftsorientierte Infrastrukturbau betrachtet den gesamten Lebenszyklus des Bauwerks – sowohl im Hinblick auf die Kosten der späteren Kunden,als auch in Bezug auf die Auswirkungen des Bauwerks auf Umwelt und Gesellschaft.

Das vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und der IG Lebenszyklus Bau initiierte „Forum Infrastruktur mit dem Schwerpunkt Schiene & Straße" holt erstmals die Innovationstreiber des österreichischen Infrastrukturbaus vor den Vorhang, die obige Kriterien in der Planung, Errichtung und dem Betrieb ihrer Bauwerke berücksichtigen: Auftraggeber präsentieren ihre lebenszyklusorientierten Leuchtturmprojekte und informieren über ihre Modelle der lebenszyklusorientierten Abwicklung von Infrastrukturbauten.

FORUM INFRASTRUKTUR 2017

WANN & WO ?
Montag, 23. Oktober 2017
Einlass ab 13:00 Uhr
Beginn: 13:30 Uhr (pünktlich)
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Radezkystraße 2, 1030 Wien

Mehr Infos auf **www.foruminfrastruktur.at**

„Digitale Lösungen und Lebenszyklusbetrachtung stehen im Mittelpunkt unserer Veranstaltungsreihe und zeigen Innovationspotenzial für die Bau- und Immobilienwirtschaft auf."

Mag. Karl Friedl,
M.O.O.CON, ist Sprecher der IG Lebenszyklus Bau

WEITERE TERMINE

KONGRESS 2017: ZUKUNFT PASSIERT JETZT!
Der jährliche Kongress der IG Lebenszyklus Bau steht 2017 unter dem Motto „Zukunft passiert jetzt". Anhand bereits erfolgreich umgesetzter digitaler Lösungen im Lebenszyklus von Bauwerken werden im Rahmen der Veranstaltung Beispielprojekte präsentiert, die zeigen, wie durch die Digitalisierung bereits heute bestehende Prozesse optimiert und neue Erlösströme generiert werden können.
Dabei werden etablierte Lösungen aus der Praxis und innovative Umsetzungskonzepte in den vier Phasen des Lebenszyklus' in den Mittelpunkt gestellt. Hochkarätige Diskussionsrunden und zahlreiche Best-Practice-Beispiele bilden den Rahmen des Programms.
Wann:
21. November 2017, Einlass: ab 12.00 Uhr
Wo:
Wirtschaftskammer Österreich, Julius-Raab-Saal, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Start-up-Initiative DBS – Award Ceremony
12. September 2017, 18.00 Uhr
Gösserhalle, Laxenburger Straße, 1100 Wien

Alle Infos auf www.ig-lebenszyklus.at

TERMINE FÜR SOMMER & HERBST

19-21 / Juli

Kommunale Sommergespräche

Unter dem Thema „Digitalisierung und Kommunikation" werden die verschiedensten Aspekte der Kommunikation beleuchtet. Vor allem die Frage, was sich in den vergangenen 20 Jahren auf diesem Sektor getan hat, welche Chancen sich auch für die kommunale Ebene bieten, aber auch, welche Gefahren drohen, werden diskutiert.
Zur Frage, wie digitale Herausforderungen angenommen werden, diskutieren unter anderem Innenminister Wolfgang Sobotka und Gemeindebund-Chef Alfred Riedl mit Elisabeth Blanik, Bürgermeisterin von Lienz, Peter Filzmaier, Politologe, und der freiberuflichen Bloggerin und Autorin Anke Knopp.

www.gemeindebund.at//sommergespraeche
Ort: Bad Aussee

27-29 / September

Stadtmarketing: Warum Menschen nicht in unser Stadtzentrum wollen

Generalthema der Tagung sind Geschichten der Stadt, die auf die Marke abzielen. Aufbauend auf Leitbild und Marke wird die Stadt als Geschichte erzählt. Es geht um die Geschichte hinter der Geschichte – von der Ereigniskommunikation zur Beziehung Netzwerke, Hubs und Storytelling.

http://stadtmarketing.eu
Ort: Nußdorf am Attersee

FOTO// shutterstock/UMB-O

26/ September

Die „Unimog-Tour 2017“

Erleben Sie die Unimog-Tour 2017 in ausgewählten ÖAMTC-Fahrtechnikzentren: Diese einzigartige Veranstaltung bietet rund um den Unimog im Winterdienst, bei Transport- und Forstarbeit, im Feuerwehreinsatz und im Sommerdienst alles für den kommunalen Fuhrpark. Melden Sie sich zu Ihrem Wunschtermin an und Sie erhalten ein Einlassband bei der Veranstaltung und ein trendiges und hochwertiges Unimog-Polo-Shirt!

www.unimog.at
Ort: 26.9.: Lebring, 5.10.: Innsbruck, 10.10.: Melk

13/ Oktober

Ausbildungskurs zum/zur **„ÖWAV-Wildbachaufseher/in“**

Ziel des ÖWAV-Kurses „Ausbildungskurs zur/zum WildbachaufseherIn“, der in Kooperation mit der WLV (Wildbach- und Lawinenverbauung) entwickelt wurde, ist die Schulung von Wildbachaufsichtsorganen, um die Aufgaben im Bereich der Wildbachaufsicht und laufenden Überwachung von Schutzbauwerken gem. § 101 Forstgesetz zu erfüllen.
Die Ausbildung richtet sich an jene Aufsichtsorgane von Gemeinden, Wasserverbänden, Wassergenossenschaften, Forstdiensten, Behörden, Verkehrsunternehmungen, Straßenerhaltern und Forstbetrieben, die die regelmäßigen und laufenden Überwachungsaufgaben erfüllen müssen. Die Ausbildung ist umfassend und interdisziplinär ausgerichtet und deckt alle relevanten Inhalte in rechtlicher, technischer, ökologischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht ab, wobei das Wissen praxisnahe mit ausreichend Zeit im Gelände vermittelt wird. Die AbsolventInnen sind zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Planung und Durchführung von laufenden Überwachungs- und Inspektionsaufgaben und zur Dokumentation derselben ermächtigt.

www.oewav.at
Ort: Gmunden

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Katze wird mit 91 Prozent **zum Bürgermeister gewählt**

Einen wahren Erdrutschsieg errang Barsik in der sibirischen Stadt Barnaul, südöstlich von Novosibirsk. Bei Bürgermeisterwahlen im Jahr 2015 gingen 91 Prozent der Wählerstimmen an den Kandidaten. Das Besondere: Barsik ist eine Katze. Und laut den Einwohnern der einzige Kandidat, dem sie zutrauen, nicht korrupt zu sein.

700.000 Einwohner leben in Barnaul. Und alle leiden sie unter der extremen Korruption ihrer Politiker. Kurz vor den Wahlen musste der bis dahin amtierende Bürgermeister zurücktreten. Igor Savintsev und seine Verwandten sind in einen Skandal verwickelt, der die Stadt um elf Millionen Rubel (rund 157.000 Euro) brachte.
Wenig überraschend, ist das Vertrauen der Barnauler in die Politiker nicht vorhanden.
Ein findiger Bürger organisierte deshalb auf einer Social-Media-Plattform eine inoffizielle Wahl. 5400 Bürger machten mit und es gab einen klaren Sieger: Bürgermeister-Wunschkandidat Barsik ist 18 Montate alt und eine Schottische Faltohrkatze. Unglaubliche 91 Prozent wählten die „First Mieze“.

www.heute.at

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

Abfall & Umwelt

Die Organisation der Abfallwirtschaft und – damit logischerweise verbunden – alle Umweltgedanken rangieren für Österreichs Gemeinden an einem der vordersten Plätze. Wie und warum das bei uns weltweit vorbildlich funktioniert, ist Thema im kommenden KOMMUNAL.

KOMMUNAL 9/2017 erscheint am 1. September 2017

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten: **http://kommunal.at/leserservice/**
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)
Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.116 (2. Halbjahr 2016)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.
Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

AUF DEM WEG IN DIE ZUKUNFT –
NEUES MÖGLICH MACHEN.
MEHR ALS 1.300 GEMEINDEN VERTRAUEN AUF DIE BAWAG P.S.K.
Die Bank, der Gemeinden Ihre Zukunft anvertrauen.
Tradition und Veränderung sind kein Widerspruch. 130 Jahre Erfahrung, ein österreichweites Filialnetz und fundierte Beratungsqualität machen uns zur Bank, die auch Ihre Gemeinde verlässlich in die Zukunft begleitet.
Mitten im Leben. Mitten im Business.
www.bawagpsk.com/firmenkunden
BAWAG PSK

saintstephens

DIE ZUKUNFT BEGINNT HIER

Eine ausgeklügelte Logistik ist der Anfang der Kreislaufwirtschaft, die seit fast 25 Jahren von der ARA vorangetrieben wird. Ihre Investitionen in Forschung und Innovation entwickeln Recycling, Packstoffe wie Verpackungsdesign laufend weiter, machen Österreich zum Musterschüler Europas und ersparen der Umwelt ganz nebenbei 734.408 t Verpackungen und mehr als 500.000 t CO_2.

DIE TREIBENDE KRAFT IM RECYCLING.

ARA
Altstoff Recycling Austria

ara.recycling www.ara.at

ARA Altstoff Recycling Austria | ARAplus | ERAE Elektro Recycling Austria | ARES Advanced Recycling Solutions | LOGman | NETman | austria glasrecycling